

Beteiligentransparenzdokumentation

Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts

Einbringer: Landesregierung

(Drucksache 6/6961)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 16. Dezember 2023

1. Drucksache

Gesetzentwurf der Landesregierung

Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Aufgrund der Rechtsentwicklung in den vergangenen Jahren und der Vielzahl der Maßnahmen im Gesundheitswesen ist heute davon auszugehen, dass sowohl in der gesetzlichen als auch in der privaten Krankenversicherung das Krankheitsrisiko abgesichert werden kann, ohne mit unzumutbar hohen Aufwendungen belastet zu werden. Zudem sind das System der gesetzlichen Krankenversicherung und das System der privaten Vorsorge einschließlich ergänzender Beihilfe gleichwertig (BVerwG, Urteil vom 15.12.2005 – 2 C 35/04). Vor diesem Hintergrund erscheint es gerechtfertigt, eine zusätzliche Form der Beihilfegewährung einzuführen, die es dem Dienstherrn ermöglicht, sich pauschal an den Kosten einer Krankheitskostenvollversicherung zu beteiligen. Hamburg ist auf diesem Weg bereits vorangegangen. Die neue Form der pauschalen Beihilfegewährung beruht auf einer freiwilligen und unwiderruflichen Entscheidung der beihilfeberechtigten Person. Mit der schriftlich durch Antrag zu treffenden Entscheidung für die pauschale Beihilfe entfällt die Gewährung der individuell errechneten Beihilfe. Damit bestehen zukünftig zwei Formen der Beihilfegewährung nebeneinander, die klar voneinander zu trennen sind. Von der freiwilligen Entscheidung für die pauschale Beihilfe wird jedoch nicht das System der Beihilfegewährung in Pflegefällen berührt. Dieses besteht in der derzeitigen Form ungemindert weiter.

Beamte werden durch ihre dienstliche Tätigkeit oder aufgrund ihrer beruflichen Stellung zunehmend Opfer von gewalttätigen Angriffen. Für die gerichtliche Verfolgung dieser Ansprüche kann zwar Rechtsschutz durch den Dienstherrn in Anspruch genommen werden, jedoch scheitert die spätere Vollstreckung des erwirkten Titels häufig an der fehlenden Liquidität des Schädigers. Dienstherrn sollen daher die Möglichkeit erhalten, den betroffenen Beamten als Ausdruck der Anerkennung und der besonderen Fürsorge dadurch einen Ausgleich zu verschaffen, dass sie die Erfüllung eines titulierten Schmerzensgeldanspruchs übernehmen, wenn oder soweit die Vollstreckung beim Schädiger erfolglos geblieben und der Zahlungsausfall als erheblich anzusehen ist. Der Anspruch der verletzten Bediensteten gegen die Schädiger geht dann auf den Dienstherrn über.

Die fortschreitende Digitalisierung stellt die Landesverwaltung hinsichtlich Ausstattung, Umsetzung und Anwendung vor erhebliche Herausforderungen. Die hiermit einhergehenden personellen Anforderungen und die Stabilität des Personalbestands haben das Bedürfnis offenbart, eine eigene Fachrichtung einzurichten, um für einen leistungsfähigen Personalkörper hinreichend qualifiziertes Personal gewinnen und perspektivisch auch halten zu können.

Im Zuge des inzwischen verstärkt notwendigen Wettbewerbs um die besten Köpfe wird der Zugang zu den Laufbahnen des höheren Dienstes entsprechend den Laufbahngruppen des mittleren und gehobenen Dienstes erweitert. Hierdurch wird ermöglicht, auch in den Laufbahnen des höheren Dienstes Studiengänge beziehungsweise Mindestanforderungen festzulegen, die einen unmittelbaren Zugang zum höheren Dienst eröffnen.

Im Thüringer Beamtenversorgungsgesetz (ThürBeamtVG) erfolgen redaktionelle Anpassungen sowie aufgrund praktischer Erfahrungen notwendige Ergänzungen bei den Bestimmungen zum Ruhegehalt bei Professorenzeiten.

Hauptamtliche kommunale Wahlämter werden im Beamtenverhältnis auf Zeit zu einem kommunalen Dienstherrn wahrgenommen. Das Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) sieht vor, dass ein Beamter grundsätzlich kraft Gesetzes entlassen ist, wenn er in ein öffentlich-rechtliches Dienst- oder Amtsverhältnis zu einem anderen Dienstherrn tritt (§ 22 Abs. 2 Satz 1 BeamtStG). Ausnahmsweise kann die Fortdauer des Beamtenverhältnisses neben dem neuen Dienst- oder Amtsverhältnis im Einvernehmen mit dem für das Beamtenrecht zuständigen Ministerium und dem neuen Dienstherrn angeordnet werden (§ 22 Abs. 2 Satz 1 BeamtStG, § 19 Abs. 2 Satz 1

des Thüringer Beamtengesetzes). Von der Möglichkeit, die Fortdauer des Beamtenverhältnisses anzuordnen, kann aufgrund des gesetzlichen Regel-Ausnahme-Verhältnisses nur im Ausnahmefall Gebrauch gemacht werden, wenn überwiegende dienstliche Interessen oder sonstige öffentliche Belange dies erfordern. Somit kommt diese Lösungsvariante nur in seltenen Ausnahmefällen zum Tragen.

Im Interesse der Förderung des politischen Engagements ist es deshalb angezeigt, eine Regelung zum Rückkehrrecht für solche kommunale Wahlbeamte zu schaffen, die zuvor in einem Beamtenverhältnis zum Land standen.

Weiterer Änderungsbedarf im Thüringer Beamtengesetz, Thüringer Laufbahngesetz sowie im Thüringer Disziplingesetz hat sich aufgrund von Erfahrungen bei der Gesetzesanwendung ergeben.

B. Lösung

Der Gesetzentwurf enthält die notwendigen Änderungen des Thüringer Beamtengesetzes, des Thüringer Laufbahngesetzes, des Thüringer Disziplingesetzes, des Thüringer Beamtenversorgungsgesetzes und des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte um dem Regelungsbedürfnis angemessen Rechnung tragen zu können.

C. Alternativen

Beibehaltung des bisherigen Rechtszustands.

Alternativ zur Einführung des Wahlrechts zwischen individueller und pauschaler Beihilfe bestünde die Möglichkeit das derzeitige System der alleinigen Gewährung von individueller Beihilfe fortzuführen. In diesem Fall würden jedoch die Personen, die sich für eine Krankheitskostenvollversicherung entschieden haben, die daraus resultierenden finanziellen Mehrbelastungen selbst tragen. Hinsichtlich der Übernahme titulierter Schmerzensgeldansprüche müssten Beamte, die im Dienst oder wegen ihrer dienstlichen Stellung Opfer tätlicher Angriffe geworden sind, weiterhin das Risiko tragen, dass die Vollstreckung eines gerichtlich geltend gemachten Schmerzensgeldanspruchs gegen den Schädiger ohne Erfolg ist. Landesbeamte die die verantwortungsvollen Ämter als kommunale Wahlbeamte übernehmen werden entlassen und haben keinen Anspruch auf Rückkehr in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit.

D. Kosten

Die genaue Anzahl der derzeit freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Beamten ist nicht bekannt. Die Berechnung der Mehrkosten erfolgte unter Berücksichtigung der seitens der gesetzlichen Krankenversicherungen ermittelten Angaben sowie weiterer Annahmen zur Anzahl und durchschnittlichen Höhe der monatlich zu gewährenden pauschalen Beihilfe pro Kopf für die derzeit freiwillig gesetzlich versicherten Beamten. Unter Zugrundelegung der Annahme, dass derzeit 1 000 Beamte freiwillig gesetzlich versichert sind und monatlich pro Kopf eine pauschale Beihilfe in Höhe von 211 Euro zu gewähren ist, ergeben sich Mehrkosten in Höhe von 211 000 Euro monatlich beziehungsweise in Höhe von 2 532 000 Euro jährlich. Für die Ermittlung der auf das Land beziehungsweise die Kommunen entfallenden Kosten wurde das Verhältnis der Anzahl der Beamten im Landesbereich (90 v. H.) und im kommunalen Bereich (10 v. H.) zugrunde gelegt. Danach errechnen sich Mehrkosten von jährlich 2 278 800 Euro für den Landesbereich und 253 200 Euro für den kommunalen Bereich.

In welchem Umfang sich die zukünftigen Beihilfeberechtigten für die pauschale Beihilfe entscheiden, kann nicht prognostiziert werden, da hierfür keine Erfahrungswerte vorliegen. Mehrkosten werden in Abhängigkeit von der Inanspruchnahme der pauschalen Beihilfe unter Berücksichtigung der Einsparungen der ansonsten zu gewährenden individuellen Beihilfe entstehen. Zu-

nächst werden die Kosten für die pauschale Beihilfe jedoch die Kosten für die ansonsten zu gewährende individuelle Beihilfe übersteigen. Voraussichtlich ist mit erheblichen Einsparungen zu rechnen, wenn die zukünftigen Beamten, die sich für die pauschale Beihilfe entschieden haben, in den Ruhestand treten. Deshalb wird eingeschätzt, dass langfristig Kostenneutralität erreicht werden kann. In personeller Hinsicht werden sich gewisse Synergieeffekte daraus ergeben, dass die Stellen, welche für die Beihilfegewährung zuständig sind, zugleich für die Entscheidung über die pauschale Beihilfe zuständig sein werden. Es ist daher davon auszugehen, dass ein entstehender Mehraufwand mit den vorhandenen personellen und sächlichen Mitteln getragen werden kann.

Infolge der Übernahme der Erfüllung von Schmerzensgeldansprüchen ist mit Mehrkosten zu rechnen, welche aus dem jeweiligen Ressorthaushalt finanziert werden müssen. Belastbare Grundlagen für die Ermittlung der im Land regelmäßig anfallenden Kosten gibt es derzeit nicht. Die der bayerischen Parallelregelung (Artikel 97 des Bayerischen Beamtengesetzes) zugrunde liegende Kostenschätzung beläuft sich auf 100 000 Euro und beruht auf einer Aussage der beiden besonders betroffenen Ressorts des Inneren und der Justiz, wonach dort jährlich mit 50 Fällen zu rechnen sei und die durchschnittliche Höhe der Schmerzensgelder bei etwa 2 000 Euro liegt. Im Verhältnis zu den Bevölkerungszahlen ergibt sich für das Land ein Betrag von etwa 17 000 Euro. Nicht kalkulierbar ist ein möglicher Anstieg der Fallzahlen, aufgrund der durch die Neuregelung erweiterten Realisierbarkeit von Schmerzensgeldzahlungen. Die Erfüllungsübernahme titulierter Schmerzensgeldansprüche wird weiterhin zu einem nicht näher bezifferbaren Verwaltungsaufwand führen. Ausgehend von jährlich 50 Anträgen auf Erfüllungsübernahme, ist davon auszugehen, dass ein entstehender Mehraufwand mit den vorhandenen personellen und sächlichen Mitteln getragen werden kann.

Infolge der Einführung der Möglichkeit, in Ausnahmefällen von der Regelung der Zuständigkeit für angeordnete Untersuchungen abzuweichen, entstehen keine zusätzlichen Kosten, da eine Untersuchung in jedem Fall stattfinden muss.

Durch die Änderung des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte entstehen keine zusätzlichen Kosten, da dem Beamten im Fall der Rückkehr ein im Zeitpunkt der Beendigung des früheren Landesbeamtenverhältnisses entsprechendes Amt zu übertragen ist. Die Versorgungsleistungen aus dem kommunalen Wahlamt entstehen unabhängig von dem eingeräumten Rückkehranspruch. Jedoch wäre es denkbar, dass durch ein höheres Engagement von Landesbediensteten, für ein kommunales Wahlamt zu kandidieren, im Ergebnis höhere Versorgungslasten für die Kommunen entstehen könnten. Dies wäre insbesondere dann der Fall, wenn der betroffene Beamte nicht in den Landesdienst zurückkehrt, sondern in den Ruhestand tritt, da bei der Berechnung der Versorgungsbezüge nicht nur die Zeiten im kommunalen Wahlamt, sondern auch die Zeiten als Landesbeamter als ruhegehaltfähige Zeiten zu berücksichtigen sind. Die Rückkehr eines Landesbeamten in den Landesdienst würde demgegenüber zu Einsparungen bei den Kommunen führen, weil die Besoldung durch das Land nach § 70 ThürBeamtVG auf die kommunale Versorgung anzurechnen wäre.

E. Zuständigkeit

Federführend ist das Ministerium für Inneres und Kommunales.



Thüringer Staatskanzlei · Postfach 90 02 53 · 99105 Erfurt

Erfurt, 19. März 2019

An die
Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Diezel, MdL
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des

„Thüringer Gesetzes zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts“

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen am 27./28./29. März 2019.

Mit freundlichen Grüßen


Bodo Ramelow

Thüringer
Staatskanzlei
Regierungsstraße 73
99084 Erfurt

Telefon 0361 57-3211801
Telefax 0361 57-3211805

poststelle@
tsk.thueringen.de

www.thueringen.de



Informationen zum Umgang mit Ihren Daten in der Thüringer Staatskanzlei und zu Ihren Rechten nach der EU-Datenschutz Grundverordnung finden Sie im Internet auf der Seite www.thueringen.de/th1/tsk/datenschutz

Auf Wunsch senden wir Ihnen eine Papierfassung.

**Thüringer Gesetz
zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1
Änderung des Thüringer Beamtengesetzes**

Das Thüringer Beamtengesetz vom 12. August 2014 (GVBl. S. 472), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 12. Oktober 2018 (GVBl. S. 387), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift des Zweiten Teils, Zweiter Abschnitt erhält folgende Fassung:
„Abordnung, Versetzung, Behörden- und Körperschaftsumbildung innerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes“
2. In § 12 Abs. 2 werden nach dem Wort „Abordnung“ ein Komma eingefügt und die Worte „oder Versetzung“ durch die Worte „Versetzung oder Zuweisung“ ersetzt.
3. Nach § 13 wird folgender § 13a eingefügt:

**„§ 13a
Auflösung oder Umbildung von Behörden**

Wird eine Behörde oder eine Organisationseinheit einer Behörde einer anderen Behörde angeschlossen oder gehen deren Aufgaben auf eine andere Behörde über, so werden im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Organisationsänderung die davon betroffenen Beamten, sofern sie nicht nach § 11 Abs. 4 versetzt oder nach § 28 in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden, bei der aufnehmenden Behörde in ihrem bisherigen Amt übernommen; laufbahnrechtliche Bestimmungen bleiben unberührt.“

4. Nach § 33 Abs. 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
„Aus besonderen dienstlichen oder persönlichen Gründen kann abweichend von Satz 1 ein anderer Amtsarzt oder beamteter Arzt mit der Untersuchung beauftragt werden.“
5. Nach § 59 Abs. 2 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
„Die Verordnung nach Satz 1 kann auch Regelungen zur Telearbeit, einschließlich mobiler Telearbeit, Langzeitkonten und deren zeitlichem und finanziellem Ausgleich beinhalten.“

6. In § 68 Abs. 4 Satz 2 wird nach dem Wort „Sozialgesetzbuch“ der Klammerzusatz „(SGB V)“ eingefügt.

7. § 72 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Berücksichtigungsfähigen Angehörigen der beihilfeberechtigten Personen wird auch Beihilfe gewährt. Berücksichtigungsfähige Angehörige sind

1. der Ehegatte oder eingetragene Lebenspartner, wenn der Gesamtbetrag seiner Einkünfte (§ 2 Abs. 3 in Verbindung mit § 5a des Einkommensteuergesetzes) im zweiten Kalenderjahr vor der Stellung des Beihilfeantrags 18 000 Euro nicht übersteigt und
2. die Kinder, die im Familienzuschlag nach dem Thüringer Besoldungsgesetz berücksichtigungsfähig sind.“

b) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„1. in Krankheitsfällen,“

bb) Nach Nummer 1 wird folgende neue Nummer 2 eingefügt:

„2. in Pflegefällen,“

cc) Die bisherigen Nummern 2 bis 5 werden die Nummern 3 bis 6.

c) Dem Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:

„Die oberste Dienstbehörde, im Bereich des Landes das für das Beihilferecht zuständige Ministerium, kann in besonders begründeten Ausnahmefällen, die nur bei Anlegung des strengsten Maßstabs anzunehmen sind, die Bemessungssätze erhöhen und Beihilfe unter anderen als den in diesem Gesetz und in der auf der Grundlage des Absatzes 7 erlassenen Rechtsverordnung geregelten Voraussetzungen gewähren.“

d) Nach Absatz 5 wird folgender neue Absatz 6 eingefügt:

„(6) Auf Antrag der beihilfeberechtigten Person wird anstelle der Beihilfe zu den Aufwendungen nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 und 3 bis 6, die nach Absatz 4 zu bemessen ist, eine pauschale Beihilfe gewährt, wenn die beihilfeberechtigte Person freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung oder mindestens in entsprechendem Umfang in einer privaten Krankenversicherung versichert ist und den Verzicht auf Beihilfe zu den Aufwendungen nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 und 3 bis 6 erklärt. Die pauschale Beihilfe bemisst sich nach der Hälfte des nachgewiesenen Krankenversicherungsbeitrags, bei privater Krankenversicherung höchstens nach dem hälftigen Beitrag einer Krankenversicherung im Basisstarif. Bei einer privaten Krankheitskostenvollversicherung ist der Nachweis zu erbringen, dass das Versicherungsunternehmen die Versicherung, die Grundlage des Versicherungsvertrags ist, nach den Voraussetzungen des § 257 Abs. 2a Satz 1 SGB V betreibt. Die pauschale Beihilfe wird monatlich zusammen mit den Bezügen gewährt. Bei der Bemessung der pauschalen Beihilfe

werden die Beiträge für die Krankheitskostenvollversicherung für die nach Absatz 2 Satz 2 berücksichtigungsfähigen Angehörigen entsprechend Satz 2 berücksichtigt. Der Antrag auf die Gewährung der pauschalen Beihilfe und der Verzicht auf Beihilfe zu den Aufwendungen nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 und 3 bis 6 sind unwiderruflich und bedürfen der Schriftform nach § 126 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Bei einem Wechsel aus der Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung in ein Versicherungsverhältnis in der privaten Krankenversicherung oder umgekehrt oder bei Änderung des Krankenversicherungsumfangs wird die pauschale Beihilfe höchstens in der vor der Änderung gewährten Höhe gewährt. Beiträge eines Arbeitgebers oder eines Sozialleistungsträgers zur Krankenversicherung oder ein Anspruch auf Zuschuss zum Beitrag zur Krankenversicherung aufgrund von Rechtsvorschriften oder eines Beschäftigungsverhältnisses sind auf die pauschale Beihilfe nach Satz 1 in Verbindung mit Satz 2 anzurechnen. Die oberste Dienstbehörde, im Bereich des Landes das für das Beihilferecht zuständige Ministerium, regelt durch Verwaltungsvorschrift das Verfahren zur Antragstellung, Festsetzung und Zahlung der pauschalen Beihilfe."

e) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 7 und in Satz 1 wird nach dem Wort „Beihilfen“ die Angabe „mit Ausnahme der pauschalen Beihilfe nach Absatz 6“ eingefügt.

f) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8.

8. Nach § 74 wird folgender § 74a eingefügt:

„§ 74a

Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen

(1) Haben Beamte wegen eines tätlichen rechtswidrigen Angriffs, den sie in Ausübung des Dienstes oder außerhalb des Dienstes wegen der Eigenschaft als Beamte erleiden, einen rechtskräftig festgestellten Anspruch auf Schmerzensgeld gegen einen Dritten, kann der Dienstherr auf Antrag die Erfüllung dieses Anspruchs bis zur Höhe des festgestellten Schmerzensgeldbetrags übernehmen, soweit die Vollstreckung erfolglos geblieben ist. Der rechtskräftigen Feststellung steht ein Vergleich nach § 794 Abs. 1 Nr. 1 der Zivilprozessordnung gleich, sobald er unwiderruflich ist. Die Zahlung des Dienstherrn darf den Betrag, der mit Rücksicht auf die erlittenen immateriellen Schäden angemessen ist, nicht übersteigen.

(2) Der Dienstherr soll die Übernahme der Erfüllung verweigern, wenn aufgrund desselben Sachverhalts eine einmalige Unfallentschädigung nach § 36 ThürBeamtVG oder ein Unfallausgleich nach § 31 ThürBeamtVG gezahlt wird.

(3) Die Übernahme der Erfüllung ist innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Jahren nach Rechtskraft des Urteils schriftlich unter Nachweis des Vollstreckungsversuchs zu beantragen. Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde; sie kann die Befugnis übertragen. Hat der Dienstherr Leistungen gewährt, gehen insoweit Ansprüche gegen Dritte auf den Dienstherrn über. Übergegangene Ansprüche dürfen nicht zum Nachteil des Geschädigten geltend gemacht werden."

9. In § 120 werden die Worte „in männlicher und weiblicher Form“ durch die Worte „für alle Geschlechter“ ersetzt.

10. Die Inhaltsübersicht wird den vorstehenden Änderungen angepasst.

Artikel 2

Änderung des Thüringer Laufbahngesetzes

Das Thüringer Laufbahngesetz vom 12. August 2014 (GVBl. S. 472), zuletzt geändert durch Artikel 26 des Gesetzes vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 2 Nr. 2 wird das Wort „Richtergesetz“ durch die Worte „Richter- und Staatsanwältegesetz“ ersetzt.
2. In § 7 Abs. 2 Satz 2 werden die Worte „Körperschaften, Anstalten und Stiftungen“ durch die Worte „landesunmittelbaren juristischen Personen“ ersetzt.
3. § 8 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Beamte müssen gesundheitlich geeignet sein. Vor der Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ist die gesundheitliche Eignung mindestens einmal aufgrund einer ärztlichen Untersuchung nach § 33 ThürBG festzustellen.“

4. § 9 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Einleitung werden das Wort „können“ durch das Wort „werden“ ersetzt und das Wort „werden“ gestrichen.
 - b) In Nummer 10 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
 - c) In Nummer 11 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.
 - d) Folgende Nummer 12 wird angefügt:

„12. der informationstechnische Dienst.“

5. § 10 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Für den Zugang zu den Laufbahnen des höheren Dienstes sind mindestens zu fordern

1. als Bildungsvoraussetzung
 - a) eine zu einem Hochschulstudium berechtigende Schulausbildung oder
 - b) ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand und
2. als sonstige Voraussetzung ein mit einem Mastergrad oder einem gleichwertigen Abschluss abgeschlossenes Hochschulstudium und
 - a) ein mit einer Prüfung abgeschlossener Vorbereitungsdienst oder
 - b) eine hauptberufliche Tätigkeit.

Die Voraussetzungen nach Satz 1 Nr. 2 Buchst. a und b müssen nicht erfüllt sein, wenn ein Hochschulstudium nach Satz 1 Nr. 2 als unmittelbar für die Laufbahn qualifizierend nach § 22 Abs. 3 anerkannt wird.“

6. § 15 Abs. 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Abweichend von Absatz 2 kann der Vorbereitungsdienst auch in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis außerhalb des Beamtenverhältnisses abgeleistet werden.“

7. In § 16 Abs. 1, § 17 Abs. 1 Satz 1 und § 18 Abs. 1 Satz 1 werden jeweils das Wort „mindestens“ durch die Worte „in der Regel“ ersetzt.

8. § 20 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird das Wort „sechs“ durch das Wort „zwölf“ ersetzt.

b) Folgender Satz wird angefügt:

„Eine weitere Anrechnung nach Absatz 1 ist ausgeschlossen.“

9. Dem § 22 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Bewerber können vorbehaltlich besonderer Bestimmungen für die jeweilige Fachrichtung nach § 51 die Befähigung für Laufbahnen des höheren Dienstes nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a erlangen. Dies setzt neben den Bildungsvoraussetzungen einen an einer Hochschule erworbenen Mastergrad oder einen gleichwertigen Abschluss voraus, der inhaltlich den Anforderungen eines fachspezifischen Vorbereitungsdienstes der Laufbahn des höheren Dienstes entspricht; Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.“

10. § 35 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Die Verleihung eines Amtes mit Amtszulage nach § 40 Abs. 2 ThürBesG ist auch eine Beförderung im Sinne des Satzes 1.“

b) In Absatz 5 wird die Angabe „Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 und 3 sowie“ durch die Angabe „Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 und 3 sowie Satz 2 und“ ersetzt.

11. § 36 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Erprobungszeit dient der Feststellung, dass die Beamten nach der Persönlichkeit, den Fähigkeiten und den fachlichen Leistungen den Anforderungen des höherwertigen Dienstpostens entsprechen.“

12. § 50 Abs.1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 10 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
- b) In Nummer 11 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.
- c) Folgende Nummer 12 wird angefügt:

„12. für die Laufbahnen der Fachrichtung des informationstechnischen Dienstes das für Informations- und Kommunikationstechnik sowie E-Government zuständige Ministerium.“

13. § 51 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 Nr. 5 wird der Klammerzusatz „(§ 28)“ durch den Klammerzusatz „(§§ 27 und 28)“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 wird die Verweisung „§ 10“ durch die Verweisung „den §§ 10 und 35 Abs. 4“ ersetzt.

14. § 53 werden folgende Absätze 8 und 9 angefügt:

„(8) Beamte, die sich am 31. Dezember 2014 bereits in einer nach § 5 Abs. 4 eingerichteten oder in den Anlagen 1 bis 3 der Thüringer Laufbahnverordnung (ThürLbVO) vom 7. Dezember 1995 (GVBl. S. 382), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 25. September 2013 (GVBl. S. 307), genannten Laufbahn befanden und die aufgrund des Absatzes 1 in Verbindung mit der Anlage 3

- 1. aus dem Dienst als Informatiker oder dem Technischen Dienst in der EDV in den technischen Dienst oder
- 2. aus dem Dienst in der EDV in den nichttechnischen Dienst

überführt wurden, werden ab dem Tag des Inkrafttretens nach Artikel 6 Satz 1 des Thüringer Gesetzes zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts dem informationstechnischen Dienst in der jeweils gleichen Laufbahngruppe zugeordnet. Mit der Zuordnung nach Satz 1 erwerben die Beamten die Befähigung für die neue Laufbahn.

(9) Beamte, denen bis zum Inkrafttreten nach Artikel 6 Satz 1 des Thüringer Gesetzes zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts aufgrund ihres Berufs- oder Studienabschlusses auf dem Gebiet der Informationstechnik und der entsprechenden hauptberuflichen Tätigkeit die Befähigung für eine Laufbahngruppe der Fachrichtungen des nichttechnischen Verwaltungsdienstes oder des technischen Dienstes verliehen wurde, werden den entsprechenden Laufbahngruppen der Fachrichtung des § 9 Abs. 2 Nr. 12 zugeordnet. Mit der Zuordnung nach Satz 1 erwerben die Beamten die Befähigung für die neue Laufbahn.“

15. In § 57 werden die Worte „in männlicher und weiblicher Form“ durch die Worte „für alle Geschlechter“ ersetzt.

Artikel 3 **Änderung des Thüringer Disziplingesetzes**

Das Thüringer Disziplingesetz vom 21. Juli 2002 (GVBl. S. 257), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24. April 2017 (GVBl. S. 91), wird wie folgt geändert:

1. In § 6 Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Dienstbezüge“ ein Komma und die Worte „mindestens jedoch bis zum Ablauf eines Jahres seit Verhängung der Kürzung der Dienstbezüge,“ eingefügt.
2. In § 7 Abs. 2 Satz 3 wird das Wort „Disziplinarverfügung“ durch die Worte „gerichtlichen Entscheidung“ ersetzt.
3. In § 13 Abs. 1 Nr. 2 wird das Wort „und“ durch das Wort „oder“ ersetzt.
4. Dem § 14 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Die oberste Dienstbehörde kann durch Verwaltungsvorschrift festlegen, wer abweichend von § 3 Abs. 2 Satz 1 ThürBG die Disziplinarbefugnis als Dienstvorgesetzter ausübt. Die Verwaltungsvorschrift ist im Thüringer Staatsanzeiger zu veröffentlichen.“

5. § 22 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„er hat den höheren Dienstvorgesetzten hierüber unverzüglich zu unterrichten.“

- bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Disziplinarverfahren“ die Worte „selbst einleiten und jederzeit“ eingefügt.

b) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „feststeht“ durch die Worte „zu erwarten ist“ ersetzt.

6. § 24 Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„§ 22 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 und § 26 gelten entsprechend.“

7. § 27 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 wird aufgehoben.

8. § 28 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Der Dienstvorgesetzte kann zur Durchführung der Ermittlungen einen Ermittlungsführer bestellen; dessen ungeachtet können er, der höhere Dienstvorge-

setzte oder die oberste Dienstbehörde jederzeit die Ermittlungen an sich ziehen und Beweiserhebungen selbst durchführen.“

9. § 33 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Bestimmungen der Strafprozeßordnung über

1. die Aussagepflicht sowie das Zeugnis- und das Auskunftsverweigerungsrecht als Zeuge,
 2. die Pflicht und das Verweigerungsrecht als Sachverständiger Gutachten zu erstatten,
 3. die Ablehnung von Sachverständigen sowie
 4. die Vernehmung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes als Zeugen oder Sachverständige sowie zu Beweisverboten
- gelten entsprechend.“

10. § 40 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Eine Entscheidung nach Satz 1 kann nur innerhalb von drei Monaten nach Zustellung der Einstellungsverfügung ergehen, es sei denn, dass nach der Einstellung wegen desselben Sachverhalt ein rechtskräftiges Urteil aufgrund von tatsächlichen Feststellungen ergeht, die von den der Feststellung zugrunde liegenden tatsächlichen Feststellung abweichen.“

bb) Nach Satz 2 wird folgender neuer Satz eingefügt:

„Erfordert eine Neuentscheidung im Sinne des Satzes 1 die Durchführung weiterer Ermittlungen, so wird der Lauf der Frist nach Satz 2 für die Dauer ihrer Durchführung gehemmt.“

- b) In Absatz 3 Satz 3 wird die Verweisung „Absatz 2 Satz 2 und 3“ durch die Verweisung „Absatz 2 Satz 2 bis 4“ ersetzt.

11. In § 60 Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle“ gestrichen.

12. In § 84 werden die Worte „in männlicher und weiblicher Form“ durch die Worte „für alle Geschlechter“ ersetzt.

Artikel 4

Änderung des Thüringer Beamtenversorgungsgesetzes

Das Thüringer Beamtenversorgungsgesetz vom 22. Juni 2011 (GVBl. S. 99), zuletzt geändert durch Artikel 4a des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731), wird wie folgt geändert:

1. § 22 Abs. 1 Nr. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Buchstabe b wird nach dem Wort „Altersgrenze“ der Klammerzusatz „(§ 25 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit § 106 Abs. 1 bis 4, § 107 Abs. 2 oder § 108 ThürBG)“ eingefügt.
 - b) In Buchstabe c wird vor dem Wort „auf“ die Angabe „im Sinne des Buchstaben b“ eingefügt.
2. § 69 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Buchstabe b wird nach dem Wort „Altersgrenze“ der Klammerzusatz „(§ 25 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit § 106 Abs. 1 bis 4, § 107 Abs. 2 oder § 108 ThürBG)“ eingefügt.
 - b) In Buchstabe c wird vor dem Wort „auf“ die Angabe „im Sinne des Buchstaben b“ eingefügt.
3. In § 78 Abs. 2 Satz 7 werden die Worte „keine Anwendung“ durch die Worte „nur dann Anwendung, wenn zu einem früheren Zeitpunkt ein Amt als Professor ausgeübt wurde und die Zeiten für dieses Professorenamt als ruhegehaltfähig anerkannt werden“.

Artikel 5

Änderung des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte

Dem § 6 des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte vom 16. August 1993 (GVBl. S. 540), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (GVBl. S. 194) geändert worden ist, werden folgende neue Absätze 3 und 4 angefügt:

„(3) Führen hauptamtliche kommunale Wahlbeamte nach Ablauf der ersten oder zweiten Amtszeit das Amt nicht weiter und sind sie aus einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder auf Probe im Dienst des Landes hauptamtliche kommunale Wahlbeamte geworden, sind sie auf Antrag wieder in das frühere Beamtenverhältnis zu übernehmen, wenn am Tag nach dem Ablauf der ersten oder zweiten Amtszeit die dafür geltenden Voraussetzungen noch erfüllt sind; Bestimmungen über die Einstellungsaltersgrenze nach § 7 ThürLaufbG sind nicht anzuwenden. Der Antrag auf Übernahme nach Satz 1 ist innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Amtszeit bei der bis zur Beendigung des früheren Beamtenverhältnisses zuständigen obersten Dienstbehörde zu stellen. Nach Ablauf der Frist erlischt der Übernahmeanspruch. Ist eine Übernahme in das frühere Dienstverhältnis nicht mehr möglich, weil die dafür maßgebliche gesetzliche Altersgrenze am Tag nach Ablauf der ersten oder zweiten Amtszeit überschritten oder bis zu deren Ablauf Dienstunfähigkeit eingetreten ist, treten sie mit Ablauf der Amtszeit in den Ruhestand.

(4) Das zu übertragende Amt muss derselben Fachrichtung und Laufbahngruppe angehören und mit mindestens demselben Endgrundgehalt verbunden sein wie das Amt, das die Beamten im Zeitpunkt der Beendigung des früheren Beamtenverhältnisses innehatten.“

Artikel 6

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am ersten Tag des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft. Abweichend von Satz 1 tritt Artikel 1 Nummer 7 Buchst. d am 1. Januar 2020 in Kraft.

Begründung zum Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts

A. Allgemeines

Im Thüringer Beamtengesetz (ThürBG) vom 12. August 2014 (GVBl. S. 472) in der jeweils geltenden Fassung wird eine zusätzliche Form der Beihilfegewährung geschaffen. Dabei handelt es sich um eine pauschale Beihilfe zur Deckung der Kosten einer Krankheitskostenvollversicherung. Diese neue Form der Gewährung einer Beihilfe ergänzt das bisher im Thüringer Beihilferecht vorgesehene System der Gewährung der individuellen Beihilfe zu einzelnen Aufwendungen, das ebenso die aus den laufenden Bezügen zu bestreitende Eigenvorsorge ergänzt.

Beamte werden durch ihre dienstliche Tätigkeit oder aufgrund ihrer beruflichen Stellung zunehmend Opfer von gewalttätigen Angriffen. Dienstherrn sollen die Möglichkeit erhalten, den betroffenen Beamten als Ausdruck der Anerkennung und der besonderen Fürsorge dadurch einen Ausgleich zu verschaffen, dass sie die Erfüllung eines titulierten Schmerzensgeldanspruchs übernehmen, wenn oder soweit die Vollstreckung beim Schädiger erfolglos geblieben ist. Der Anspruch der verletzten Bediensteten gegen die Schädiger geht dann auf den Dienstherrn über.

Im Thüringer Laufbahngesetz (ThürLaufbG) vom 12. August 2014 (GVBl. S. 472 -498-) in der jeweils geltenden Fassung wird die zusätzliche Fachrichtung „Informationstechnischer Dienst“ eingerichtet, um den mit der fortschreitenden Digitalisierung einhergehenden personellen Anforderungen gerecht zu werden. Im Zuge des inzwischen verstärkt notwendigen Wettbewerbs um die besten Köpfe wird der Zugang zu den Laufbahnen des höheren Dienstes entsprechend den Laufbahngruppen des mittleren und gehobenen Dienstes erweitert. Hierdurch wird ermöglicht, auch in den Laufbahnen des höheren Dienstes Studiengänge beziehungsweise Mindestanforderungen festzulegen, die einen unmittelbaren Zugang zum höheren Dienst eröffnen.

Im Thüringer Disziplingesetz (ThürDG) vom 21. Juli 2002 (GVBl. S. 257) in der jeweils geltenden Fassung und im Thüringer Beamtenversorgungsgesetz (ThürBeamtVG) vom 22. Juni 2011 (GVBl. S. 99) in der jeweils geltenden Fassung hat sich aufgrund von Änderungen in anderen Gesetzen Anpassungsbedarf ergeben.

Mit der Änderung des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte (ThürKWBG) in der jeweils geltenden Fassung wird den Landesbeamten ein Übernahmeanspruch gegenüber ihren früheren Dienstherrn eingeräumt, die für den Zeitraum von maximal zwei Amtszeiten ein kommunales Wahlamt hauptamtlich wahrgenommen haben. Damit soll die Attraktivität kommunaler Wahlämter für Beamte gesteigert und dem öffentlichen Interesse Rechnung getragen werden, dass sich Kandidaten, die bereits über Verwaltungserfahrung verfügen, vermehrt zur Wahl stellen.

Weiterer Änderungsbedarf ergibt sich aus der Rechtsprechung und aus Erfahrungen bei der Gesetzesanwendung. Ferner sind redaktionelle Korrekturen notwendig.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel 1 (Änderung des Thüringer Beamtengesetzes)

Zu Nummer 1

Anpassung der Überschrift an den Inhalt der Regelungen.

Zu Nummer 2

Mit der Ergänzung des § 12 Abs. 2 wird klargestellt, dass sich das Schriftformerfordernis der Zustimmung auch auf Zuweisungen nach § 20 des Beamtenstatusgesetzes erstreckt.

Zu Nummer 3

§ 13a regelt den Grundsatz des Personalübergangs im Fall der Umbildung oder Auflösung von Behörden. Soweit Beamte nicht in ein anderes Amt mit geringerem Endgrundgehalt oder in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden, werden sie in ihrem derzeitigen Statusamt in die neue Behörde übernommen. Aufgrund der gesetzlichen Regelung bedarf es in diesen Fällen keiner Einzelverfügung (Versetzung). In haushalterischer Hinsicht müssen für den Personalübergang entsprechende Planstellen vorhanden sein. Führt eine Umorganisation zu einer geänderten Aufgabenstruktur und damit zu einer Freisetzung von Personal dergestalt, dass eine sinnvolle Weiterbeschäftigung im Aufgabenfeld des bisherigen statusrechtlichen Amtes ausgeschlossen ist, wird sich dies in der Planstellenausstattung niederschlagen. Anstelle der Weiterverwendung ist dann eine Rückversetzung oder Versetzung in den einstweiligen Ruhestand zu prüfen.

Zu Nummer 4

Durch die Änderung soll deutlicher als bisher zum Ausdruck gebracht werden, dass es bei besonderen dienstlichen, aber auch besonderen persönlichen Interessen möglich ist, von der grundsätzlichen Zuständigkeitsfestlegung des Satzes 1 abzuweichen. Dies kann beispielsweise dann der Fall sein, wenn sich Wohnort und Dienstort der Beamten unterscheiden und es dem Beamten aufgrund einer Erkrankung nicht zugemutet werden kann, den zuständigen Arzt am Dienstort aufzusuchen. Ebenso wäre es denkbar, dass durch Personalengpässe längere Wartezeiten für amtsärztliche Untersuchungen bei dem jeweils örtlich zuständigen Arzt nach Satz 1 bestehen. Auch hier könnte eine davon abweichende Festlegung in Betracht kommen.

Zu Nummer 5

Zu den Buchstaben a und b

Durch die Ergänzungen des Absatzes 2 wird klargestellt, dass in der Thüringer Arbeitszeitverordnung Festlegungen zum Ausgleich von Zeitguthaben aus Langzeitkonten sowie zur Telearbeit getroffen werden können.

Zu Nummer 6

Redaktionelle Anpassung an Nummer 7 Buchst. d.

Zu Nummer 7

Zu Buchstabe a

Die Anpassung erfolgt aus rechtssystematischen Gründen. Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Urteil vom 3. Juni 2009 - 2 C 27/08 unter anderem entschieden, dass der Gesetzgeber den Kreis der berücksichtigungsfähigen Personen, für die der Beamte Beihilfe beanspruchen kann, eindeutig festlegen muss. Diese Vorgabe hat der Gesetzgeber bisher in ausreichender Weise im Fall der Gewährung von individueller Beihilfe zu entstandenen Aufwendungen dahingehend berücksichtigt, dass die unbestimmten Rechtsbegriffe in der Thüringer Beihilfeverordnung (ThürBhV) konkretisiert wurden. Durch die pauschale Beihilfe als neue Form der Beihilfegewährung werden die bisherigen Bestimmungen zu den berücksichtigungsfähigen Angehörigen nicht mehr den rechtsstaatlichen Bestimmtheitsanforderungen

gerecht. Deshalb werden die gesetzlichen Bestimmungen zu den berücksichtigungsfähigen Angehörigen konkretisiert, damit sich der beihilfeberechtigten Person aufgrund der gesetzlichen Regelung erschließt, in welchem Umfang sie pauschale Beihilfe beanspruchen kann.

Zu Buchstabe b

Zu Doppelbuchstabe aa

Die „pauschaler Beihilfe“ als neue Form der Beihilfe schließt nicht die Gewährung der „individuellen Beihilfe“ in Pflegefällen ein. Deshalb wird aus Gründen der Übersichtlichkeit und Rechtsklarheit die bisherige Nummer 1 in die Nummern 1 und 2 unterteilt.

Zu den Doppelbuchstaben bb und cc

Redaktionelle Folgeänderungen zu Doppelbuchstabe aa.

Zu Buchstabe c

Die Anpassung erfolgt aus rechtssystematischen Gründen. Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Urteil vom 17. Juni 2004 - 2 C 50/02 unter anderem entschieden, dass der Gesetzgeber die wesentlichen Entscheidungen über Leistungen an Beamte, Richter und Versorgungsempfänger im Fall von Krankheit zu treffen hat. Diese Vorgabe hat der Gesetzgeber in ausreichender Weise im Fall der Gewährung von individueller Beihilfe zu entstandenen Aufwendungen berücksichtigt. Mit der Einführung der pauschalen Beihilfe als neue Form der Beihilfegewährung wird die in § 51 Abs. 2 ThürBhV getroffene Bestimmung für Ausnahmefälle bei individueller Beihilfegewährung dem verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebot nicht mehr gerecht. Die Bestimmung des § 51 Abs. 2 ThürBhV soll gleichermaßen im Fall der Gewährung von pauschaler Beihilfe anwendbar sein. Deshalb wird die Bestimmung zur Gewährung von Beihilfe in Ausnahmefällen gesetzlich geregelt. Der beihilfeberechtigten Person erschließt sich somit auch im Fall der Inanspruchnahme der pauschalen Beihilfe aufgrund der gesetzlichen Regelung, in welchem Umfang sie pauschale Beihilfe beanspruchen kann.

Zu Buchstabe d

Auf Antrag des Beihilfeberechtigten wird für ihn und seine berücksichtigungsfähigen Angehörigen anstelle individueller Beihilfe zu einzelnen Aufwendungen monatlich eine pauschale Beihilfe gewährt, die mit den Bezügen ausgezahlt wird. Die pauschale Beihilfe bemisst sich nach der Hälfte des nachgewiesenen Versicherungsbeitrags, bei einer privaten Versicherung nach der Hälfte der Beitragsanteile, die auf Versicherungsleistungen entfallen, die in Art, Umfang und Höhe den Leistungen nach dem Dritten Kapitel des Fünften Buches Sozialgesetzbuch vergleichbar sind, höchstens jedoch nach dem hälftigen Beitrag einer Krankenversicherung im Basistarif. Krankenversicherungsbeiträge für berücksichtigungsfähige Angehörige nach Absatz 2 Satz 2 sind zu berücksichtigen. Der Antrag auf Gewährung einer Pauschale ist unwiderruflich. Es ist der Verzicht auf die Gewährung der ergänzenden Beihilfe zu erklären. Aufgrund der Unwiderruflichkeit der Entscheidung für die pauschale Beihilfe ist in der Verwaltungsvorschrift auch das Erfordernis der Belehrung über die Rechtsfolgen eines Verzichts auf die Beihilfegewährung in der bisherigen Form zu regeln.

Der Anspruch auf Beihilfe in Pflegefällen bleibt durch die Rechtsänderung unberücksichtigt.

Die Einzelheiten zur Umsetzung der pauschalen Beihilfe, die als neue Form der Beihilfegewährung eingeführt wird, regelt die oberste Dienstbehörde. Im Bereich des Landes ist dies das für das Beihilferecht zuständige Ministerium.

Zu Buchstabe e

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung. Darüber hinaus wird klargestellt, dass von der Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung nicht die pauschale Beihilfe, sondern nur die individuelle Beihilfe erfasst wird.

Zu Buchstabe f

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Nummer 8

Die in den §§ 25 bis 40 ThürBeamtVG normierte Unfallfürsorge bietet Beamten einen umfassenden Ausgleich der durch einen Dienstunfall eingetretenen materiellen und immateriellen Schäden. Trotz alledem kann es nach tätlichen rechtswidrigen Angriffen durch Dritte zu besonderen Härten kommen, die mit den vorhandenen Leistungstatbeständen nicht angemessen abgedeckt werden. Regelungsgegenstand ist der auf § 253 Abs. 2 BGB gestützte Anspruch auf Ersatz eines immateriellen Schadens in Form von Schmerzensgeld wegen einer Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung.

Aufgrund der Genugtuungsfunktion dieses Anspruchs ist er höchstpersönlicher Natur, seine Geltendmachung daher den geschädigten Beamten vorbehalten. Soweit der Anspruch etwa wegen Vermögenslosigkeit des Schädigers nicht vollstreckt werden kann, eröffnet die Vorschrift aus Fürsorgegründen die Möglichkeit, bei uneinbringlichen, rechtskräftig festgestellten Schmerzensgeldansprüchen eine entsprechende Übernahme der Erfüllung beim Dienstherrn zu beantragen. Im Gegenzug geht der Anspruch gegen den Schädiger im Wege eines gesetzlichen Forderungsübergangs auf den Dienstherrn über. Dadurch übernimmt der Dienstherr die Erfüllung von Schmerzensgeldansprüchen für immaterielle Schäden, für die nicht der Dienstherr, sondern ausschließlich der ursprüngliche Schädiger verantwortlich ist. Diese Norm ist daher als Ausnahmetatbestand für schwerwiegende Übergriffe konzipiert, in denen Beamte ein Sonderopfer für die Allgemeinheit erbringen.

Zu Absatz 1

Von der Neuregelung sind Fälle erfasst, denen ein tätlicher rechtswidriger Angriff zugrunde liegt. Ein Angriff setzt dabei eine objektive, unmittelbare räumlich-zeitliche Gefährdung (objektives Element) aufgrund einer zielgerichteten Verletzungshandlung (subjektives Element) voraus. Der Angriff ist dann als tätlich zu klassifizieren, wenn er auf einen physischen Schaden gerichtet ist. So werden die Konstellationen erfasst, in denen Beamte infolge eines Angriffs körperliche Beeinträchtigungen oder Gesundheitsschäden erleiden. Nicht erfasst werden hingegen bloße Beleidigungen und Bedrohungen, die zu keinen körperlichen oder nur zu psychischen Folgen führen. Haben Beamte einen Titel über den Anspruch auf Schmerzensgeld erwirkt und zahlt der Schuldner trotz Zahlungsverzug nicht, so obliegt es zunächst den Beamten als Gläubigern, das Zwangsvollstreckungsverfahren zu betreiben, um ihre privatrechtlichen Ansprüche zu befriedigen. Scheitert die spätere Vollstreckung, etwa an fehlender Liquidität des Schuldners, können die Beamten die Erfüllungsübernahme durch den Dienstherrn beantragen. Durch Satz 2 wird ein unwiderruflicher Vergleich, der der Rechtskraft nicht zugänglich ist, einem rechtskräftigen Urteil gleichgestellt. Liegt dem Schmerzensgeldtitel ein gerichtlicher Vergleich zugrunde, kann die Erfüllungsübernahme durch den Dienstherrn zudem verweigert werden, wenn dieser unverhältnismäßig zu den erlittenen immateriellen Schäden und deshalb der Höhe nach unangemessen ist.

Zu Absatz 2

Um einen mehrfachen Ausgleich desselben immateriellen Schadens durch den Dienstherrn zu vermeiden, erfolgt im Fall der Gewährung von einem Unfallausgleich nach § 31 Abs. 1 Satz 1 ThürBeamtVG oder einer einmaligen Unfallentschädigung nach § 36 Abs. 1 ThürBe-

amtVG aufgrund desselben Sachverhalts daher grundsätzlich keine Erfüllungsübernahme, es sei denn der Beamte begründet im Einzelfall, dass gleichwohl eine unbillige Härte vorliegt.

Zu Absatz 3

Die Übernahme der Erfüllung ist innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Jahren nach Rechtskraft des Urteils oder Unwiderruflichkeit des Vergleichs zu beantragen. Nach Ablauf der Ausschlussfrist ist die Übernahme der Erfüllung ausgeschlossen. Daneben werden sowohl die Modalitäten der Antragstellung als auch der gesetzliche Forderungsübergang umfassend geregelt.

Zu Nummer 9

Hierbei handelt es sich um die redaktionelle Anpassung der Gleichstellungsbestimmung.

Zu Nummer 10

Anpassung der Inhaltsübersicht aufgrund der vorstehenden Änderungen.

Zu Artikel 2 (Änderung des Thüringer Laufbahngesetzes)

Zu Nummer 1

Bei der Änderung handelt es sich um eine redaktionelle Änderung der Bezeichnung des früheren Thüringer Richtergesetzes in Thüringer Richter- und Staatsanwältengesetz.

Zu Nummer 2

Nach Absatz 2 ist grundsätzlich auch eine Einstellung in einem höheren Lebensalter zulässig. Diese Ausnahmen kommen jedoch nur in Betracht, wenn die genannten Voraussetzungen vorliegen und bei Landesbediensteten und bei Bediensteten landesunmittelbarer juristischer Personen des öffentlichen Rechts das für Besoldung zuständige Ministerium die Zustimmung erteilt hat. Da die Personalhoheit bei kommunalen Gebietskörperschaften unter das Recht der kommunalen Selbstverwaltung fällt, bedarf es hier keiner Zustimmung des für Besoldung zuständigen Ministeriums.

Zu Nummer 3

Die geänderte Formulierung beseitigt Auslegungsprobleme und stellt klar, dass die gesundheitliche Eignungseinschätzung mit Hilfe einer ärztlichen Untersuchung bis zur Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit verpflichtend, nicht aber abschließend ist. Dies entbindet indes nicht den Dienstherrn davon, sowohl im Rahmen der Ernennung auf Probe, als auch der Ernennung auf Lebenszeit über die gesundheitliche Eignung zu entscheiden. Bei mindestens einer dieser Entscheidungen muss er sich der Hilfe eines Arztes als Sachverständigem bedienen, um mangels eigener Sachkunde die für das Eignungsurteil notwendigen Feststellungen treffen zu können.

Zu Nummer 4

Zu Buchstabe a

Durch die Änderung der Formulierung wird klargestellt, dass mit der Festlegung der Fachrichtungen in § 9 Abs. 2 die jeweils dazugehörigen Laufbahnen des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes eingerichtet sind.

Zu Buchstabe b

Die Einrichtung einer weiteren Fachrichtung bedarf einer Anpassung des § 9 Abs. 2. Durch die Einführung der Fachrichtung informationstechnischer Dienst wird den stetig steigenden Anforderungen an diesen Fachbereich Rechnung getragen. Beamte die bereits vor dem Inkrafttreten des Gesetzes im Bereich der Informationstechnik tätig sind und bisher den Fachrichtungen nichttechnischer Verwaltungsdienst oder technischer Dienst zugeordnet waren, werden dieser neuen Fachrichtung gesetzlich zugeordnet.

Zu Nummer 5

§ 10 Abs. 3 fasst die Zulassungsvoraussetzungen für Laufbahnen des höheren Dienstes zusammen. Dem Masterabschluss gleichgestellte Studienabschlüsse sind eine erste Staatsprüfung oder ein rechtswissenschaftlicher Studienabschluss mit der ersten Prüfung nach § 5 Abs. 1 des Deutschen Richtergesetzes oder ein mit einem Diplom- oder einem vergleichbaren Abschluss abgeschlossenes Studium an einer Universität, Technischen Hochschule oder an einer gleichgestellten Hochschule oder ein Masterabschluss an einer Fachhochschule. Bewerber im höheren Dienst sollen die Laufbahnbefähigung durch Anerkennung des Studiums als den Anforderungen des Vorbereitungsdienstes entsprechenden Abschluss erlangen. Voraussetzung hierfür ist aber, dass bereits das absolvierte Studium alle für die zukünftige Tätigkeit in der jeweiligen Fachrichtung erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten vermittelt hat. Diese Studiengänge sind durch das für die Fachrichtung zuständige Ministerium einzeln festzulegen.

Zu Nummer 6

Die Anpassung des Absatzes 3 eröffnet die Möglichkeit, den Vorbereitungsdienst in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis abzuleisten.

Zu Nummer 7

Die Anpassung des § 16 Abs. 1 Satz 1 eröffnet die Möglichkeit, die festgelegte Dauer des Vorbereitungsdienstes für die Laufbahn des mittleren Dienstes in Ausnahmefällen zu verkürzen.

Die Anpassung des § 17 Abs. 1 Satz 1 eröffnet die Möglichkeit, die festgelegte Dauer des Vorbereitungsdienstes für die Laufbahn des gehobenen Dienstes in Ausnahmefällen zu verkürzen.

Die Anpassung des § 18 Abs. 1 Satz 1 eröffnet die Möglichkeit, die festgelegte Dauer des Vorbereitungsdienstes für die Laufbahn des höheren Dienstes in Ausnahmefällen zu verkürzen.

Zu Nummer 8

Zu den Buchstaben a und b

Mit der Änderung wird die Möglichkeit der Anrechnung bisher erworbener Kenntnisse hinsichtlich des Umfangs an die bereits nach Absatz 1 bestehende Möglichkeit angepasst. Hiermit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass der Vorbereitungsdienst der nächsthöheren Laufbahn zu Beginn eine Vermittlung von Kenntnissen in Theorie und Praxis enthält, die bereits zum Teil im abgeschlossenen Vorbereitungsdienst in der nächstniedrigeren Laufbahn vermittelt werden. Ob von dieser Verkürzungsmöglichkeit Gebrauch gemacht wird, steht im Ermessen der für die Fachrichtung zuständigen obersten Landesbehörde. Entsprechende Festlegungen müssen in den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen ihren Nieder-

schlag finden. Eine darüber hinausgehende Anrechnung im Einzelfall nach Absatz 1 ist ausgeschlossen.

Zu Nummer 9

Es erfolgt eine redaktionelle Anpassung an die Änderungen in § 10 Abs. 3. Ein Studium entspricht bereits dann inhaltlich den Anforderungen eines fachspezifischen Vorbereitungsdienstes, wenn die wesentlichen Inhalte in vergleichbarer Breite und Tiefe vermittelt werden. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die zwischen Bund und Ländern vereinbarten Standards für Studien und Vorbereitungsdienst in den entsprechenden Fachrichtungen eingehalten werden.

Soweit kein fachspezifischer Vorbereitungsdienst eingerichtet ist, sind die Mindestanforderungen in einer Verordnung nach § 51 festzulegen.

Zu Nummer 10

Zu Buchstabe a

Durch die Änderung wird der Geltungsbereich der Beförderung nochmals klarer herausgearbeitet. Ungeachtet der Ernennungsbedürftigkeit nach § 8 BeamtStG soll darauf hingewiesen werden, dass die Verleihung eines Amtes mit Amtszulage eine Beförderung darstellt, da eine Amtszulage nach § 40 Abs. 2 ThürBesG, die unwiderruflich und ruhegehaltstfähig ist, dem Grundgehalt gleichsteht und sich mit diesem zu einem Amt verselbstständigt.

Zu Buchstabe b

Mit der Änderung des § 35 Abs. 5 wird ein redaktionelles Versehen beseitigt. Der Landespersonalausschuss kann damit Ausnahmen vom Verbot der Sprungbeförderung zulassen.

Zu Nummer 11

Die vorgenommene Änderung dient einer sprachlichen Klarstellung im systematischen Vergleich mit § 35 Abs. 2 Nr. 2. Entsprechend des dortigen Verweises auf § 36 wird der Zweck der Erprobungszeit herausgestellt.

Zu Nummer 12

Hierbei handelt es sich um eine redaktionelle Anpassung wegen der Änderung in § 9 Abs. 2.

Zu Nummer 13

Zu den Buchstaben a und b

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung. Die in § 51 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 enthaltene Aufzählung erfordert nicht nur einen Verweis auf § 28, sondern auf die §§ 27 und 28 ThürLaufbG. Gleichzeitig wird die Möglichkeit der Abweichung von Regelungen des Thüringer Laufbahngesetzes in der Fachrichtung des Dienstes in der Bildung durch eine Rechtsverordnung in Bezug auf die in § 35 Abs. 4 ThürLaufbG festgelegten Fristen erweitert. Der Anpassungsbedarf der Bestimmung ergibt sich nicht nur unter Bezugnahme auf die derzeitige Ämterstruktur des gehobenen Dienstes, sondern auch und erst recht vor dem Hintergrund des aktuellen Gesetzgebungsvorhabens zum Thüringer Gesetz zur Änderung der Lehrerbesoldung sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften.

Zu Nummer 14

Beamte mit einem Abschluss auf dem Gebiet der Informationstechnik und einer Tätigkeit in diesem Bereich werden der entsprechenden Laufbahngruppe der neuen Fachrichtung zugeordnet. Diese Zuordnung und der damit verbundene Erwerb der Laufbahnbefähigung erfolgt kraft Gesetzes.

Zu Nummer 15

Hierbei handelt es sich um die redaktionelle Anpassung der Gleichstellungsbestimmung.

Zu Artikel 3 (Änderung des Thüringer Disziplingesetzes)

Zu Nummer 1

Die Änderung stellt sicher, dass bei der Verhängung einer Kürzung der Dienstbezüge ein Beförderungsverbot mindestens die gleiche Dauer hat, wie bei der Verhängung einer Geldbuße, also der nächst niedrigeren Disziplinarmaßnahme. Andernfalls wäre es möglich, dass bei einer Kürzung der Dienstbezüge von deutlich unter einem Jahr, auch nur für diese Zeit ein Beförderungsverbot gelten würde, wodurch sich der Beamte im Hinblick auf eine baldige Beförderung ungerechtfertigt besser stünde, als wenn lediglich eine Geldbuße verhängt worden wäre.

Zu Nummer 2

Redaktionelle Anpassung, da eine Zurückstufung nur durch gerichtliche Entscheidung verhängt werden kann.

Zu Nummer 3

Redaktionelle Anpassung, da bereits eine der beiden Voraussetzungen eine Kürzung rechtfertigen soll.

Zu Nummer 4

Die Entkoppelung von Disziplinar- und Personalzuständigkeit ermöglicht die Übertragung der Disziplinarbefugnis auf andere Vorgesetzte oder eine zentrale, für Disziplinarverfahren zuständige Stelle und schafft mehr Flexibilität.

Zu Nummer 5

Zu Buchstabe a Doppelbuchst. aa und bb

Die Änderungen sind weitgehend redaktionell. Darin wird nun ausdrücklich die unverzügliche Bekanntgabe der Einleitung des Disziplinarverfahrens an das übergeordnete Disziplinarorgan normiert. Damit wird kraft Gesetz sichergestellt, dass das übergeordnete Disziplinarorgan frühzeitig in die Lage versetzt wird, seine Befugnisse im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht im Einzelfall zu erkennen und zu entscheiden, ob man das Verfahren an sich ziehen sollte. Es wird klargestellt, dass der höhere Disziplinarvorgesetzte und die oberste Dienstbehörde das Disziplinarverfahren auch selbst einleiten können, dies also nicht erst durch den Disziplinarvorgesetzten geschehen muss, bevor sie das Verfahren an sich ziehen können. Dort, wo bereits im Vorfeld Verwaltungsermittlungen durch den höheren Disziplinarvorgesetzten oder die oberste Dienstbehörde in der Sache geführt wurden, ist es wenig praktikabel, wenn die Vorgänge zunächst an den jeweils zuständigen Disziplinarvorgesetzten zur Einleitung von Disziplinarverfahren abgeben werden müssen, bevor die Heranziehung erfol-

gen kann. Das Risiko einer doppelten Einleitung von Disziplinarverfahrens wird durch die Pflicht zur unverzüglichen Bekanntgabe der Einleitung gegenüber den übergeordneten Disziplinarorganen nach Satz 1 vermieden.

Zu Buchstabe b

Mit der Änderung ist von der Einleitung eines Disziplinarverfahrens abzugehen, wenn zu erwarten ist, dass nach den §§ 12 oder 13 eine Disziplinarmaßnahme nicht ausgesprochen werden darf.

Zu Nummer 6

Hierbei handelt es sich um eine redaktionelle Anpassung an die Änderung in § 22 Abs. 1.

Zu Nummer 7

§ 27 Abs. 1 regelt die Pflicht des Dienstherrn zur Aufklärung des im Disziplinarverfahren entscheidungserheblichen Sachverhalts, unabhängig davon, wer die Ermittlungen führt. Die Befugnis der übergeordneten Disziplinarorgane, Ermittlungen selbst durchzuführen, folgt bereits aus § 22 Abs. 1 Satz 2. Danach können die übergeordneten Disziplinarorgane das Verfahren jederzeit an sich ziehen. Umfasst von dieser Befugnis sind auch etwaige Ermittlungen.

Zu Nummer 8

Die Änderung stellt klar, dass die Einsetzung eines Ermittlungsführers der Durchführung von Ermittlungen seitens der Disziplinarorgane selbst nicht entgegensteht. In dem Zusammenhang wird klargestellt, dass auch die übergeordneten Disziplinarorgane befugt sind, Ermittlungen an sich zu ziehen.

Zu Nummer 9

Die Ergänzung in § 33 Abs. 1 Satz 2 hinsichtlich der Bestimmungen der Strafprozeßordnung zum Zeugnisverweigerungsrecht ist redaktionell und erfolgt lediglich der Vollständigkeit halber.

Zu Nummer 10

Zu Buchstabe a

Eine eigene angemessene Entscheidung des höheren oder obersten Dienstvorgesetzten kann mitunter erneut Ermittlungen erfordern. Dies ist unter Beachtung von Postlaufzeiten innerhalb der Frist des § 40 Abs. 2 Satz 2 nur schwer möglich, soll der vorgesehenen eigenen Prüfungskompetenz zu hinreichender Wirksamkeit verholfen werden. Daher wird für diesen Ausnahmefall eine Hemmung der Frist des Satzes 2 vorgesehen. Im Falle der Wiedereröffnung der Ermittlungen kann mithin nicht mehr auf den Bestand der Abschlussentscheidung vertraut werden.

Zu Buchstabe b

Hierbei handelt es sich um eine redaktionelle Anpassung an die Änderungen in Absatz 1.

Zu Nummer 11

Die geänderte Regelung entspricht § 64 Abs. 1 Satz 2 des Bundesdisziplinargesetzes, mit der Folge, dass Erklärungen im Berufungsverfahren gegen Urteile des Verwaltungsgerichts

über Disziplinarklagen, insbesondere die Berufungseinlegung, zukünftig nicht mehr zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle möglich sind. Mit der Änderung wird zudem klargestellt, dass auch für das disziplinare Berufungsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht über § 21 der Vertretungszwang nach § 67 Abs. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung gilt. Der Vertretungszwang stellt sicher, dass die Beteiligten im disziplinarischen Berufungsverfahren rechtskundig vertreten sind, zumal eine statusrechtliche Relevanz gegeben ist und damit einhergehend eine erhebliche Bedeutung für den Beamten.

Zu Nummer 12

Hierbei handelt es sich um die redaktionelle Anpassung der Gleichstellungsbestimmung.

Zu Artikel 4 (Änderung des Thüringer Beamtenversorgungsgesetzes)

Zu den Nummern 1 und 2

Der Begriff „besondere Altersgrenze“ ist nicht gesetzlich definiert. Daher begehren oft auch Ruhestandsbeamte, die auf eigenen Antrag vorzeitig aus dem Dienst ausscheiden, die Gewährung der vorübergehenden Erhöhung des Ruhegehaltssatzes beziehungsweise die vorübergehende Gewährung der Zuschläge. Dieser Anspruch besteht aber nur in den Fällen, in denen der Beamte vor Erreichen der für alle Beamten geltenden Regelaltersgrenze kraft Gesetzes in den Ruhestand tritt und somit eine nicht auf eigener, freier Entscheidung beruhende Versorgungslücke bis zum Rentenbezug hat. Durch den Verweis auf die beamtenrechtlichen Bestimmungen soll die gesetzliche Klarstellung erfolgen, welche Anwendungsfälle unter den Begriff der „besonderen Altersgrenze“ fallen.

Zu Nummer 3

Der Ausschluss der Anerkennung von besonderen ruhegehaltfähigen Dienstzeiten im Zusammenhang mit einem Professorenamt ist für den Ruhegehaltsanspruch aus einer hauptamtlichen Funktion der Hochschulleitung grundsätzlich gerechtfertigt, da es dienstrechtlich nicht Voraussetzung ist, dass die Hochschulleitungsfunktion nur von einem Professor wahrgenommen werden kann. Gleichwohl sind Bewerber mit Hochschulerfahrung als Professor beispielsweise für ein Amt als Präsident einer Hochschule wünschenswert. Um einen Verlust an ruhegehaltfähiger Dienstzeit für die Bewerber zu verhindern, die vor dem Amt der Hochschulleitung ein Professorenamt innehatten, soll der nach Satz 7 vorgesehene Ausschluss der Anwendung der Sätze 1 bis 6 nicht gelten.

Zu Artikel 5 (Änderung des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte)

Zu § 6:

Zu Absatz 3:

Absatz 3 bestimmt, dass ein Landesbeamter, sofern er sein kommunales Wahlamt nach Ablauf der ersten oder zweiten Amtszeit nicht weiterführt, auf Antrag in das frühere Dienstverhältnis zurückkehren kann. Diese Möglichkeit ist jedoch nur dann eröffnet, wenn der Beamte die erste oder zweite Amtszeit „regulär“ beendet hat, das kommunale Wahlamt also nicht vorzeitig, das heißt vor Ablauf der jeweiligen Amtszeit endet. Gleiches gilt für den Fall, dass der Beamte zum Zeitpunkt der möglichen Übernahme nicht die Voraussetzungen für eine Berufung in ein Beamtenverhältnis erfüllt. Ausgenommen hiervon sind Festlegungen über bestehende Einstellungshöchstaltersgrenzen. Das Rückkehrrecht nach Absatz 3 lässt § 5 Abs. 1 Satz 1 unberührt.

rechnung der vorgesehenen Fristen. Entscheidend ist, dass der Beamte innerhalb der angegebenen Dreimonatsfrist einen Antrag auf Übernahme in das frühere Dienstverhältnis gestellt hat. Wurde die Antragsfrist versäumt, erlischt der Übernahmeanspruch des Beamten.

Da ein Beamter grundsätzlich kraft Gesetzes entlassen ist, wenn er in ein öffentlich-rechtliches Dienst- oder Beamtenverhältnis zu einem anderen Dienstherrn tritt (§ 22 Abs. 2 Satz 1 BeamtStG), wird die Planstelle frei und ist nach Maßgabe der grundsätzlich geltenden personalwirtschaftlichen Regelungen im Haushaltsgesetz und entsprechenden Ausführungsbestimmungen wiederbesetzbar.

Zu Absatz 4:

Die Rückkehr erfolgt in das Statusamt, das dem entspricht, das der Beamte zum Zeitpunkt der Beendigung des Beamtenverhältnisses innehatte. Ein Anspruch auf die Übertragung seines früheren beziehungsweise eines bestimmten konkret-funktionalen Amtes besteht nicht.

Zu Artikel 6 (Inkrafttreten)

Die Bestimmung regelt das Inkrafttreten.

Änderungsvorschläge des GStB zum Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts

Stellungnahme der Landesregierung gemäß §§ 96, 95 Abs. 3 ThürBG

Zu den Vorschriften im Einzelnen:

Zu Artikel 1

Änderung des Thüringer Beamtengesetzes

Zu Nummer 7 (§ 74a Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen)

Die geplante Regelung zur Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen gem. § 74a ThürBG-E in Art. 1 GesE sollte nach unserem Dafürhalten noch stärker das Subsidiaritätsprinzip berücksichtigen. Das könnte beispielsweise darüber erfolgen, indem zum Antrag des Beamten auch die zusätzliche Erklärung gefordert wird, dass er von keiner anderen Seite die Forderung ausgeglichen bekommen hat bzw. bekommen kann. Dies ist insbesondere, da viele private Haftpflichtversicherungen inzwischen eine sog. Forderungsausfallversicherung beinhalten, umso erforderlicher. Etwa 85 Prozent der deutschen Haushalte haben eine private Haftpflichtversicherung. Daher könnte nach dem Satz 1 in Absatz 3 eingefügt werden: „Der Beamte hat dem Antrag die Erklärung beizufügen, dass er von keinem Dritten, insbesondere nicht durch eine private Versicherung, eine dem Schmerzensgeld entsprechende Zahlung erhalten hat oder erhalten kann.“

Darüber hinaus erachten wir eine Konkretisierung des erfolglosen Vollstreckungsversuchs für erforderlich. Dazu sollte durch die Benennung einer bestimmten Anzahl von Vollstreckungsversuchen (quantitativ) und/oder den Nachweis einer eidesstattlichen Erklärung des Schuldners (qualitativ) dem gesetzgeberischen Bestimmtheitsgrundsatz Genüge getan und damit gleichermaßen eine bessere Handhabbarkeit in der Verwaltungspraxis hergestellt werden. Denn ansonsten könnte schon eine ins Leere gegangene Pfändung eines Kontos des Schuldners als erfolgloser Vollstreckungsversuch angesehen werden, obwohl keine weiteren (eventuell erfolgreichen) Pfändungen anderer Konten oder eine Sachpfändung erfolglos unternommen worden sind.

Die privaten Rechtsschutzversicherungen übernehmen i.d.R. die Kosten für mehrere Vollstreckungsversuche. Schließlich gilt ein Vollstreckungsversuch im Versicherungsrecht dann als erfolglos, wenn der Schädiger in den letzten drei Jahren die eidesstattliche Versicherung abgegeben hat vgl. OLG Celle, Urteil vom 30.04.2009 8 U 11/09). Die gleichen Bedenken zur Bestimmtheit des Gesetzes sind auf die Formulierungsvorschläge zur Titulierung des Anspruchs übertragbar. Gemäß § 704 ZPO ist Zwangsvollstreckung aus rechtskräftigen Urteilen möglich. Weitere Vollstreckungstitel sind in § 722, § 723, § 794 ZPO und anderen Gesetzen aufgezählt. Das sollte der Landesgesetzgeber im Sinne einer rechtseinheitlichen Handhabung beachten. Zielführend wäre es dahingehend beispielsweise dazu § 74 a Absatz 1 Satz 2 zu streichen und in Satz 1 statt „rechtskräftig festgestellten Anspruch“ auf einen „titulierten Anspruch“ abzustellen.

Stellungnahme:

Die Forderungen werden nicht aufgegriffen.

Sofern Schmerzensgeldansprüche von Forderungsausfallversicherungen überhaupt erfasst werden, stellt sich, wie bereits im Rahmen des ersten Beteiligungsverfahrens dargelegt, aus hiesiger Sicht die Frage eines Konkurrenzverhältnisses zwischen der Erfüllungsübernahme und einer möglichen Leistung einer Forderungsausfallversicherung nicht. Die Forderungsausfallversicherung wird sich im Leistungsfall den Anspruch gegenüber dem Schädiger abtreten lassen. Der Beamte wäre dann nicht mehr Forderungsinhaber, der Dienstherr daher nicht mehr leistungs verpflichtet. Die vorgeschlagene Ergänzung beträfe daher eine Situation, in der bereits die Voraussetzungen für die Erfüllungsübernahme nicht gegeben sind.

Die Anzahl erforderlicher Vollstreckungsversuche wurde bereits im Nachgang des ersten Beteiligungsverfahrens zum Gesetzentwurf konkretisiert. Ausfüllende Regelungen können Gegenstand einer Verwaltungsvorschrift hierzu sein, sollen indes nicht im Gesetz niedergelegt werden.

Zu Artikel 5

Änderung des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte

Mit Blick auf die überarbeitete Fassung dieses Gesetzentwurfs kritisieren wir aufgrund erheblicher (verfassungs-)rechtlicher Bedenken das geplante Rückkehrrecht von Landesbeamten nach Art. 5 GesE. Danach soll ausschließlich Laufbahnbeamten des Landes Thüringen ein Anspruch auf Rückkehr in ihr Laufbahnbeamtenverhältnis eingeräumt werden, wenn sie nach Ablauf ihrer ersten Amtszeit ihr Amt nicht weiterführen und innerhalb einer Dreimonatsfrist ihren Rückkehranspruch mittels eines Antrags geltend machen. Dieser Regelungsentwurf stellt nach unserer Auffassung eine deutliche Ungleichbehandlung ohne sachlichen Grund unter verschiedenen Gesichtspunkten dar.

Festzustellen ist jedenfalls, dass diese Regelung eine übermäßige Privilegierung der Landesbeamten in Bezug auf ihre berufliche Situation darstellen und damit zu einer erheblichen, aber ungerechtfertigten Besserstellung dieser Personengruppe gegenüber sämtlichen anderen Wahlbewerbern führen würde.

Die Ungleichbehandlung gegenüber den kommunalen Laufbahnbeamten könnte im Ansatz zwar darüber gelöst werden, dass das Rückkehrrecht gleichermaßen auf diesen Personenkreis erweitert wird. Das führte allerdings insbesondere in kleineren Verwaltungseinheiten zu der praktischen Schwierigkeit, dass die Stelle, die bislang von dem potentiellen Wahlbewerber besetzt war, für die Dauer einer der regulären Amtszeit eines Wahlbeamten von sechs Jahren entweder unbesetzt bleiben oder interimsmäßig nur befristet besetzt werden könnte, da der kommunale Dienstherr gleichermaßen dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gem. § 53 Abs. 2 ThürKO verpflichtet ist. Ob die damit verbundenen Aufgaben in dieser „Übergangszeit“ in der gleichen Qualität und dem gleichen Umfang erfüllt werden, ist aufgrund praktischer Erfahrungen sehr zweifelhaft.

Darüber hinaus halten wir es für unvertretbar, dass dieses geplante Rückkehrrecht für die Landesbeamten vor allem auch zu einer Ungleichbehandlung gegenüber den

Tarifbeschäftigten sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene und gegenüber denjenigen Wahlbewerbern führen würde, die bislang hauptberuflich in der Privatwirtschaft tätig waren.

Darüber hinaus soll eine Voraussetzung für den Rückkehranspruch sein, dass ein hauptamtlicher kommunaler Wahlbeamter nach Ablauf der ersten Dienstzeit das Amt nicht weiterführt. Unbeantwortet bleibt in diesem Zusammenhang die Frage, ob dieses Rückkehrrecht auch dann bestehen soll, wenn die betroffene Person gegen den sog. Kontinuitätsgrundsatz aus § 5 Abs. 1 ThürKWBG verstößt und sich nicht wieder zur Wahl stellt. Nach unserem Dafürhalten wäre es nur konsequent, diese Rechtsfolgenregelung in diese vorgesehene Spezialregelung des § 6 Abs. 3 ThürKWBG-E in Art. 5 GesE mit aufzunehmen.

Im Ergebnis ist der Gemeinde- und Städtebund Thüringen jedenfalls der Auffassung, dass es in tatsächlicher Hinsicht keinen legislativen Regelungsbedarf für die Schaffung eines derartigen Rückkehrrechtes in dieser Form gibt, dieser Regelungsentwurf in verfassungsrechtlicher Hinsicht wegen des Verstoßes gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz sehr bedenklich ist und lehnen ihn daher ab.

Stellungnahme:

Die Einwände werden nicht aufgegriffen.

Grund der Regelung nur für Landesbeamte war es, eine unverhältnismäßige Belastung für Kommunen, die mitunter nur eine oder wenige Beamtenstellen haushalterisch eingerichtet haben, zu vermeiden. Die dargelegte Argumentation verkennt in diesem Zusammenhang, dass das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit mit der Ernennung zum Kommunalen Wahlbeamten endet (§ 22 Abs. 2 BeamStG). Es liegt daher im Regelfall keine Beurlaubung vor, der bisherige Dienstherr hat keine Möglichkeit, eine Leerstelle für die Rückkehr vorzuhalten. Eine Planstellenbesetzung durch den Stelleninhaber ist damit nicht gegeben, eine unbefristete Nachbesetzung möglich. Die unbefristete Nachbesetzung würde vor allem in den Fällen nur geringer Stellenausstattungen in einem gewissen Spannungsverhältnis zur latenten Pflicht des früheren Dienstherrn zur Unterbringung des zurückkehrenden Beamten auf Lebenszeit stehen. Im Falle des Freistaats Thüringen als Dienstherr kann angesichts der Stellenausstattung davon ausgegangen werden, dass diese Pflicht zur Unterbringung des zurückkehrenden Beamten grundsätzlich erfüllbar ist. Im Falle kommunaler Dienstherrn gilt dies nicht uneingeschränkt.

Absatz 3 sieht allein das Rückkehrrecht in den früheren Status vor und macht dies davon abhängig, dass das kommunale Wahlamt nach Ablauf der Amtszeit nicht weitergeführt wird. Dies gilt ungeachtet dessen, ob der betreffende Beamte selbst die Weiterführung des Amtes abgelehnt hat (mit der Folge der Entlassung nach § 6 Abs. 2 Nr. 3 ThürKWBG und des Verlustes des Versorgungsanspruchs aus dem Zeitbeamtenverhältnis) oder ob er aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grund nicht wieder berufen worden ist. Angesichts des klaren Wortlauts und der systematischen Stellung bedarf es insoweit keiner ergänzenden Regelung. Insbesondere liegt keine Kollision mit der Pflicht zur Weiterführung des Amtes vor. Entscheidet sich der Beamte gegen die Weiterführung des Amtes, muss er entsprechende Nachteile in Kauf nehmen.

Änderungsvorschläge des DGB zum Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts

Stellungnahme der Landesregierung gemäß § 95 Abs. 3 ThürBG

Allgemeines:

Der DGB begrüßt, die geplanten Gesetzesänderungen insgesamt. Auch die abweichenden von den Vorentwürfen neu aufgenommen Regelungen stoßen auf keine grundsätzlichen Bedenken.

Zu Artikel 1

Änderung des Thüringer Beamtengesetzes

Zu Nummer 6 (§ 72 Pauschale Beihilfe)

Insbesondere die unter Artikel 1 aufgeführte Ergänzung des § 72 Thüringer Beamtengesetz (ThürBG) um eine neue zusätzliche Form der Beihilfegewährung entspricht einer langfristigen gewerkschaftlichen Forderung und wird durch uns begrüßt. Damit wird auch für Thüringer Beamtinnen und Beamten Wahlfreiheit zwischen der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung hergestellt. Die zwischenzeitlich durch den Hamburger Senat vorgelegte erste Zwischenbilanz zu den Erfahrungen mit der pauschalen Beihilfe zeigt, dass der Weg richtig ist und auf Resonanz bei den Beschäftigten stößt, wenn auch im ersten Schritt weniger Kolleginnen und Kollegen als erwartet von der Wahlmöglichkeit Gebrauch gemacht haben.

In Thüringen könnten allerdings mehr bereits verbeamtete Bedienstete die sozialversicherungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllen, da sie bereit in der GKV versichert sind und bei einem Verbleib nicht mehr gegenüber den in der PKV Versicherten benachteiligt werden. Dass Thüringen hier auf dem richtigen Weg ist, zeigt sich auch daran, dass die Einführung einer pauschalen Beihilfe entsprechend des Hamburger Modells bundesweit in der Diskussion ist.

In Abweichung zum Hamburger Beamtengesetz begrüßen wir aber, dass die Beihilfe grundsätzlich zu notwendigen, nachgewiesenen und der Höhe nach angemessenen Aufwendungen für die Behandlung von Behinderungen erhalten bleiben soll. Die Beihilfe nach § 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 steht mit dem Gesetzentwurf nicht zur Disposition. Dies ist eine gute Entscheidung, um Benachteiligungen im Arbeitsleben gar nicht erst entstehen zu lassen oder sie so schnell wie möglich zu überwinden.

Positiv hervorheben möchte ich, dass Sie unsere Anregung aufgenommen haben, in das Gesetz unter § 72 Abs. 5 die Verpflichtung des Dienstherrn zur „Belehrung über die Rechtsfolgen“ vor der einmaligen Entscheidung für eine Beihilfeform aufzunehmen. Dies entspricht der notwendigen Fürsorge des Dienstherrn ebenso wie die ergänzende Beihilfegewährung in besonderen Härtefällen.

Stellungnahme:

Die Feststellung des DGB im Hinblick zur Beihilfefähigkeit von Aufwendungen für die Behandlungen von Behinderungen im Zusammenhang mit der Gewährung von pauschaler Beihilfe ist nicht zutreffend, weil im Gesetzentwurf unter Nummer 6 Buchstabe b)

Doppelbuchstabe bb) die mit der Nummerierung einhergehenden Leistungen in Absatz 3 geändert werden. Infolge sind bei der pauschalen Beihilfegewährung künftig ebenso wie nach dem Hamburger Modell die Aufwendungen in Pflegefällen ausgenommen.

Zu Nummer 7 (§ 74a Regelungen zur Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeld)

Zur Ergänzung des Thüringer Beamtengesetzes mit § 74a um Regelungen zur Erfüllungsübernahme des Freistaates bei Schmerzensgeldansprüchen von Beamtinnen und Beamten gegen Dritte haben wir uns schon positiv geäußert. Die Notwendigkeit entspringt dem, was insbesondere die Kolleginnen und Kollegen im Polizeidienst regelmäßig erleben müssen, was aber leider auch im Schuldienst und in der allgemeinen Verwaltung zunehmend um sich greift.

Wir begrüßen sehr die vorgenommene Veränderung im Vergleich zu den Vorentwürfen, wonach nun die Höhe des Schmerzensgeldanspruchs der Beamtinnen und Beamten für die Erfüllungsübernahme durch den Dienstherrn unbeachtlich ist. Dies geht über die von uns gemachten Anmerkungen hinaus, liegt aber absolut im Interesse der betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Dies gilt auch für klarstellende Formulierung, dass laut vorliegendem Entwurf genau ein erfolgloser Vollstreckungsversuch nachzuweisen ist. Damit orientiert sich die Thüringer Regelung an den bundesweit vorteilhaftesten Regelungen.

Dennoch möchten wir zum wiederholten Male anmerken, dass auch von verbaler Gewalt und Beleidigungen im Dienst und in Folge der Dienstausübung erhebliche Belastungen bis hin zur Dienstunfähigkeit ausgehen. Beschimpfungen, Beleidigungen und Drohungen bedeuten eine erhebliche, sich auch auf die persönliche Lebenssituation der Bediensteten auswirkende psychische Belastung.

Wir regen darum weiterhin an, auch Beleidigungstatbestände in den neuen § 74 a aufzunehmen. Wenn der Dienstherr auch die vollstreckbaren Schadensersatzansprüche der Bediensteten erfüllt und übernimmt und dann seinerseits die Vollstreckung betreibt, folgt das einerseits dem Fürsorgeprinzip und stellt andererseits eine Würdigung und ein Zeichen der Achtung gegenüber den betroffenen Bediensteten dar. Diese würden erheblich entlastet und für den Schädiger würde die Konsequenz seines Handelns spürbar.

Stellungnahme:

Die Anregung einer Ausweitung auch auf rein verbale Angriffe (Beleidigung, Bedrohung) wird nicht aufgegriffen. Als ein erster wichtiger Schritt, die Fürsorgemaßnahmen des Dienstherrn zugunsten der Beamten auszubauen, stehen primär nur tätliche Angriffe im Fokus der Neuregelung. Hinsichtlich rein verbaler Angriffe ist ohnehin stets zu differenzieren, ob sich diese tatsächlich gegen das Persönlichkeitsrecht des Beamten als Person richten oder ihn allein in seiner Eigenschaft als Beamter betreffen.

Auch die Forderung einer gesetzlichen Regelung zur Erfüllungsübernahme vollstreckbarer Schadensersatzansprüche wird nicht aufgegriffen. Im Kontext des Dienstunfallrechts gehen materielle Schadensersatzansprüche gegen Dritte gemäß § 47 ThürBG insoweit auf den Dienstherrn über, wie dieser zur Leistung verpflichtet ist. Hierzu gehören u.a. die Erstattung von Sachschäden und besonderen Aufwendungen, Kosten, die durch das Heilverfahren entstehen sowie die Kosten, die durch die Weiterzahlung der Dienstbezüge während einer auf dem Dienstunfall basierenden Dienstunfähigkeit entstehen. Ein Regelungsbedarf wird insoweit nicht gesehen.

Zu Artikel 2

Änderung des Thüringer Laufbahngesetzes

Zu Nummer 4 (§ 9 Abs. 2 Nr. 12):

Die Einführung des informationstechnischen Dienstes als zusätzliche Fachrichtung, § 9 Abs. 2 Nr. 12 ThürLaufbG, wurde durch uns begrüßt. Ergänzend ist aber anzumerken, dass die in der Begründung formulierte Erwartung, damit den mit der fortschreitenden Digitalisierung einhergehenden personellen Anforderungen gerecht werden, aus unserer Sicht fraglich ist. Es steht zu erwarten, dass mit der Gesetzesänderung zugleich auch eine bessere Anerkennung von Aus- und Weiterbildungen sowie von Berufserfahrungen sowie die Möglichkeit zur Teilnahme an Weiterbildungen für diese Beamten eröffnet werden sollen. Die Einführung einer weiteren Fachrichtung allein wird allerdings kaum ausreichen, den personellen Anforderungen im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung gerecht zu werden.

Auch die weiteren Änderungen sollen die Personalgewinnung befördern, so die Möglichkeit der Verkürzung des Vorbereitungsdienstes um weitere sechs auf 12 Monate, § 20 Abs. 2. Die damit verbesserte Durchlässigkeit in die nächsthöhere Laufbahn begrüßen wir. Notwendig ist aber, dass das Ausbildungsziel nicht gefährdet ist und nachgewiesen wird, dass die für die Laufbahnbefähigung erforderlichen Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten auch wirklich vorhanden sind. Dem Ziel der Attraktivierung des öffentlichen Dienstes für „Quereinsteiger“ dient auch die Eröffnung des Zugangs zur Laufbahn des höheren Dienstes entsprechend der Laufbahngruppen des mittleren und des gehobenen Dienstes über die Einführung der Regelungen in § 22 Abs. 3.

Wir gehen aber nicht davon aus, dass diese im Detail sinnvollen Maßnahmen ausreichen, um langfristig genug qualifizierter Personal für den öffentlichen Dienst zu finden und zu binden. Der DGB bleibt bei der Forderung, nach einer umfassenden Aufwertung des öffentlichen Dienstes. Neben der Beendigung des Personalabbaupfades kann dies durch attraktivere Arbeitsbedingungen, wie z.B. die Verringerung der Arbeitsdichte durch eine angemessene Stellenausstattung, die Absenkung der Wochenarbeitszeit, bessere Vereinbarkeit, die Ruhegehaltfähigkeit von Zulagen, deren Dynamisierung und die Wiedereinführung des 13. Monatsgehaltes geschehen.

Stellungnahme:

Die fortschreitende Digitalisierung und der damit einhergehende gestiegene Bedarf an qualifiziertem Personal hat das dringende Bedürfnis der öffentlichen Verwaltung nach einer hierfür eingerichteten Fachrichtung offenbart. Insoweit wird es sich nicht allein um eine Momentaufnahme sondern um einen weiter fortschreitenden Prozess handeln, der alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung zumindest mittelbar berührt und insoweit eine über den flächendeckenden Fachkräftemangel hinausgehende Qualität aufweist. Zugleich erfordert dies aber auch eine fachliche Spezifik, der die grundsätzlich seit der Dienstrechtsreform 2015 angelegten breit aufgestellten Fachrichtungen und die damit einhergehende Transparenz und Flexibilität nicht hinreichend gerecht werden. Das innerhalb der eingerichteten Fachrichtungen geltende Laufbahnprinzip steht zu den fachlichen Erfordernissen im Bereich der Informationstechnik in einem Spannungsverhältnis, dem durch das Herauslösen aus den bisherigen Fachrichtungen und die beabsichtigte Einrichtung als eigene Fachrichtung begegnet werden soll.

An den elf, breit ausgerichteten Fachrichtungen festzuhalten, würde bedeuten, dass sich der öffentliche Dienst dem bereits benannten fortschreitenden Prozess der Digitalisierung verschließt und damit die notwendige personelle, fachlich kompetente Aufstellung verpasst.

Zu Artikel 5

Änderung des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte

Die schon in der zweiten Entwurfsfassung ergänzte Änderung des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte (Art. 5) trifft unsererseits auf keine Bedenken. Hierbei wird geregelt, dass kommunale Wahlbeamte, wenn sie sich nicht der Wiederwahl stellen, nach Ablauf der ersten Amtszeit wieder und ohne für sie nachteilige Regelungen in das Landesbeamtenverhältnis zu übernehmen sind. Wir regen an, diese Regelung zur Klarstellung analog in das Thüringer Beamtengesetz aufzunehmen. So sollte eine Ergänzung unter § 19 ThürBG erfolgen.

Stellungnahme

Eine Klarstellung in § 19 ThürBG ist nicht vorgesehen, da ein Beamter grundsätzlich kraft Gesetzes entlassen ist, wenn er in ein öffentlich-rechtliches Dienst- oder Beamtenverhältnis zu einem anderen Dienstherrn tritt (§ 22 Abs. 2 Satz 1 BeamStG) und dies bereits geregelt ist.

Änderungsvorschläge des tbb zum Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts

Stellungnahme der Landesregierung gemäß § 95 Abs. 3 ThürBG

Zu den Vorschriften im Einzelnen:

Zu Artikel 1

Änderung des Thüringer Beamtengesetzes

Zu Nummer 2 (§ 12 Abs. 2)

Der tbb vertritt die Auffassung, sofern § 12 um den Begriff der Zuweisung erweitert wird, den Begriff der Zuweisung auch in diesem Gesetz zu definieren. Der tbb fordert eine entsprechende Ergänzung.

Stellungnahme:

Eine Definition des Begriffes Zuweisung in diesem Gesetz ist nicht notwendig, da eine solche bereits in § 20 BeamtStG enthalten ist.

Zu Nummer 3 (§ 13a)

Der tbb spricht sich gegen die im Entwurf vorgeschlagene Formulierung aus. Auf Landesebene wurde ein Tarifvertrag zur Verwaltungsreform abgeschlossen, der Regelungen zum Umgang mit den von Verwaltungsreformaßnahmen betroffenen Tarifbeschäftigten festgelegt hat. Der tbb fordert eine systemgerechte Übertragung auf alle Thüringer Landesbeamten.

Stellungnahme:

Der Verweis auf die Forderung der systemgerechten Übertragung des Tarifvertrages zur Verwaltungsreform auf die Beamten verfährt nicht. Der Tarifvertrag gilt nur für die Verwaltungsreform. Demgegenüber soll hier eine abstrakt generelle Regelung für zukünftige Prozesse der Auflösung oder Umbildung von Behörden geschaffen werden.

Zu Nummer 4 (§ 33 Abs. 1)

Der tbb lehnt diese Ergänzung ab. Das bisherige Amtsarztprinzip wird dadurch faktisch ausgehebelt. In diesem System darf es keine Wahlmöglichkeiten des Arztes geben, da dies beidseitig missbraucht werden kann und wird. Um generell eine Klarstellung zu ermöglichen, schlägt der tbb vor, bei Wohnsitz in Thüringen grundsätzlich den Amtsarzt am Wohnsitz des Beamten festzulegen. Bei Wohnsitz außerhalb Thüringens sollte es der Dienstort sein. Die Festlegung des Wohnsitzes als Amtsarztort trägt dem Tatbestand Rechnung, dem betroffenen Beamten hier entgegen zu kommen. Längere Wartezeiten sind beim aktuellen Ärztemangel überall gleich einzukalkulieren. Eine generelle Verbesserung der Bezahlung von Amtsärzten könnte dem Fachkräftemangel entgegen wirken, hat aber natürlich nichts mit den Regelungsmöglichkeiten dieses Gesetzes zu tun.

Stellungnahme

Das vorgesehene Erfordernis besonderer dienstlicher oder persönlicher Gründe soll bereits eine (willkürliche) Wahl des Arztes ausschließen. Eine besondere Missbrauchsanfälligkeit

wird hierin nicht gesehen und wird angesichts der Verpflichtungen der öffentlichen Verwaltung aus Art. 20 Abs. 3 GG auch nicht von vornherein unterstellt.

Zu Nummer 5 (§ 59 Abs. 2)

Zu b) „Telearbeit“

Der tbb hält es nach wie vor für erforderlich, eine landeseinheitliche Regelung für Telearbeit zu schaffen, die in den einzelnen Bereichen durch Ausführungsrichtlinien in Form von Dienstvereinbarungen ergänzt werden. Es sollte klar sein, dass es generell gewollt ist, Telearbeit anzubieten. Daher sollte das Wort „können“ durch „sollen“ ersetzt werden. Nach wie vor gibt es nicht in allen Bereichen Regelungen zur Telearbeit. Soweit vorhanden, sind diese in Form von Dienstvereinbarungen geregelt. Der tbb gibt zu bedenken, dass Telearbeit gerade bei Umstrukturierungen der Landesverwaltung für manche Beschäftigte (Pfleger, Schwerbehinderte etc.) einen guten Belastungsausgleich zu längeren Fahrtstrecken bieten könnte. Bei Wegfall einer Dienststelle würden jedoch die Regelungen zur Telearbeit nicht mehr gelten. Daher wäre es zweckmäßig, einen landeseinheitlichen Rahmen vorzugeben, der „vor Ort“ die Voraussetzungen der Machbarkeit und den weiteren Personenkreis näher definiert.

Stellungnahme

Telearbeit ist vordergründig mit organisatorischen Entscheidungen (bspw. hinsichtlich des Arbeitsortes) verbunden, sie zieht jedoch nicht zwangsläufig auch Änderungen der Arbeitszeit nach sich. Insoweit sollte die Entscheidung, ob und wenn ja, welche Festlegungen zur Telearbeit in die Thüringer Arbeitszeitverordnung aufgenommen werden, der Landesregierung obliegen.

Unabhängig davon könnte durch eine Änderung des Wortlautes, wie sie der tbb vorschlägt, der Eindruck entstehen, dass eine Bewilligung einer Telearbeit zunächst eine Regelung in der Thüringer Arbeitszeitverordnung voraussetzt und bereits bestehende Vereinbarungen in Frage stellen. Dies sollte vermieden werden.

Zu Nummer 6c (§ 72 Abs. 4)

Der tbb versteht und befürwortet den Regelungsinhalt dieser Ergänzung. Wir kritisieren jedoch die Einführung neuer unbestimmter Rechtsbegriffe, hier „strengster Maßstab“ und bitten um Neuformulierung (z.B. Einzelfallbetrachtung) oder Definition. Der Verweis auf Absatz 7 bedarf der Überprüfung, da in Absatz 7 keine Ermächtigungsgrundlage für Rechtsverordnungen geregelt ist.

Stellungnahme

Insoweit die neu aufzunehmende Regelung vorsieht, dass die oberste Dienstbehörde in besonders begründeten Ausnahmefällen, die nur bei Anlegung des strengsten Maßstabs anzunehmen sind, die Bemessungssätze erhöhen und Beihilfe unter anderen als den in diesem Gesetz und der auf der Grundlage von Absatz 7 erlassenen Rechtsverordnung geregelten Voraussetzungen gewähren kann, ist dies aus hiesiger Sicht nicht zu beanstanden. In der Rechtsprechung ist hinreichend geklärt, dass der unbestimmte Rechtsbegriff des „strengster Maßstab“ dahingehend auszulegen ist, dass den Anforderungen des durch Art 33 Abs. 5 GG gewährleisteten Alimentationsgrundsatzes Rechnung zu tragen ist (s. Urteil des BVerwG vom 24.01.2012 – 2 C 24/10 (juris: Rn.14 ff.).

Durch die Einfügung des neuen Absatzes 6 in § 72 ThürBG ist eine redaktionelle Folgeänderung erforderlich. Danach wird der derzeitige Absatz 6, der die Ermächtigungsgrundlage für die Rechtsverordnung regelt, zu Absatz 7.

Zu Nummer 6d (§ 72 Abs. 6 „Beitragszuschuss für GKV-Versicherte Beamte“ / Pauschale Beihilfegewährung)

Der tbb hält seine Kritik an der Einführung einer Pauschalen Beihilfe aufrecht. Dieser Weg hin zu einer Einheitsversicherung wird grundsätzlich abgelehnt. Er führt zudem dazu, dass damit das bestehende zukunftsste und generationengerechte System zur Disposition gestellt wird. Einheitssysteme fördern zwingend die Rationierung von Gesundheitsleistungen, wie dies in allen Ländern, die diesen Weg eingeschlagen haben, zur unschönen Realität geworden ist. Gleichzeitig wird der Zugang zur Spitzenmedizin außerhalb des Einheitssystems organisiert. Der Preis- und Leistungswettbewerb würde nicht mehr durch den Wettbewerb der Systeme positiv beeinflusst. Die funktionierende Wechselwirkung der bestehenden Systeme darf allein deshalb nicht in Frage gestellt werden. Richtig und sinnvoll ist es, durch einen sachgerechten Mitteleinsatz die Stärkung der bestehenden Beihilferegelungen für alle Beamten und Versorgungsempfänger zu bewirken – was hier gerade nicht die Zielrichtung ist.

Zudem ist zu betonen, dass zur Erfüllung der Fürsorgepflicht die notwendigen personellen und sachlichen Ressourcen bereitzustellen sind, die zu einer reibungslosen Abwicklung der Beihilfe notwendig sind. Auch hier besteht noch viel Verbesserungspotential. Der Entwurf ist nicht mit den Verfassungsvorgaben abgestimmt und differenziert das vorhandene, bewährte System weiter, was nicht der erforderlichen Gleichbehandlung der Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger Rechnung trägt. Der Dienstherr hat bei der Erfüllung seiner Fürsorgepflicht einen weiten Gestaltungsspielraum (BVerfG, Beschluss vom 13.11.1990, 2 BvF 3/88), jedoch muss die Gesamtwirkung der Maßnahme in Wechselwirkung mit anderen Sicherungssystemen abgewogen werden. Die Regelungen zur Versicherungspflicht bzw. Versicherungsfreiheit liegen grundsätzlich in der Kompetenz des Bundes, welche durch das SGB V wahrgenommen wird. Gleiches gilt auch für die Gewährung eines Arbeitgeberzuschusses nach § 257 SGB V.

Formal wäre eine Regelung durch den Bund unter Beteiligung der anderen Länder anzustreben, da diese über den Bundesrat beteiligt werden müssen. Dies löst aber nicht die übrigen Vorbehalte. Festzustellen ist dabei, dass ein - wie auch immer ausgestalteter - pauschaler regelmäßiger monatlicher Zuschuss als Arbeitgeberzuschuss gewertet werden muss und keine Beihilfegewährung darstellt. Kennzeichen der gewachsenen Beihilfe ist die Kostenerstattung und damit die anlassbezogene Gewährung einer Geldleistung im Krankheitsfall.

Auch ist der Gesetzentwurf in Verbindung mit der verfassungsrechtlich geschützten Alimentation nach Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz unvereinbar:

Das Modell sieht durch den geplanten Zuschuss eine einseitige Privilegierung von Beamtinnen und Beamten nach deren Optionswunsch vor und gewährt nur diesen monatliche, zur Besoldung zählende, Dienstbezüge, die andere Beamtinnen und Beamte nicht erhalten. Diese Ausdifferenzierung ist im Ergebnis nicht akzeptabel, da die damit verbundenen Chancen und Risiken zum Zeitpunkt der Verbeamtung nicht abschließend überblickt werden können. Der Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung ist mit Wechseleffekten verbunden, die eigentlich von den gesetzlichen Sicherungssystemen nicht

gewünscht sein können. Es ist damit zu rechnen, dass beim Zugang überproportional viele mitversicherte Ehegatten und Kinder oder auch Personen mit Vorerkrankungen von dem Wahlrecht Gebrauch machen werden.

Daher müssten das Modell und dieser Zugang auch von der gesetzlichen Krankenversicherung ohne Vorliegen eines schlüssigen Gesamtkonzeptes abgelehnt werden. Durch die geplante Einmaligkeit des Wahlrechts wird der Druck bei der Neuverbeamtung zur Auswahl des geeigneten Systems verstärkt. Ziel muss vielmehr sein, durch Beihilfe und ergänzende private Krankenversicherung ein für alle Gruppen gleichermaßen attraktives Angebot zu schaffen.

Dies ist für die Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst als auch für den Zusammenhalt innerhalb der Beamtenschaft von großer Bedeutung. Der vorgesehene Arbeitgeberzuschuss, sowohl für die GKV als auch für die PKV, gefährdet die Mobilität der Beamten bei Dienstherbwechseln. Da weder der Bund noch andere Länder über eine entsprechende Regelung verfügen, kommt es bei einem Wechsel zwangsweise zu Problemen.

Entweder müssten GKV-versicherte Beamte wieder den vollen Beitrag zahlen oder alternativ mit höheren PKV-Beiträgen rechnen, da das Eintrittsalter höher liegt. Deshalb kann auf eine Abstimmung mit fast allen anderen Ländern nicht verzichtet werden. Dies bestärkt die verfassungsrechtlichen Vorbehalte.

Auch zeigt die aktuelle Umsetzung des Modells in Hamburg, dass die Teilloption der pauschalen Beihilfegewährung eines Zuschusses zu einer vollständigen Absicherung in der PKV mit vielen praktischen Problemen verbunden ist. Die knapp gehaltene Rechtsgrundlage wirft dabei viele Fragen auf. Dies betrifft die Berücksichtigung von Beitragsrückerstattungen, den Umfang der berücksichtigungsfähigen Leistungen der PKV bei Berechnung des Zuschusses oder die Auswirkungen auf die Pauschale bei Änderungen des Versicherungsschutzes. Zudem enthält der Gesetzentwurf nur eine allgemeine Abschätzung der vorhandenen gesetzlich krankenversicherten Beamten und damit auch keine belastbare Kostenabschätzung. Ausgehend von der Anzahl der vorhandenen Beamten im Land Thüringen sowie der ebenfalls betroffenen Kommunen, ist mindestens mit Mehrausgaben wie in Hamburg in Höhe von 6 Mio. Euro mit steigender Tendenz zu rechnen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Thüringen im Länderfinanzausgleich zu den Nehmer-Ländern zählt.

Ohne dies ist eine seriöse Diskussion über den Vorschlag nicht möglich. Der Landesregierung kann deshalb nur geraten werden, Abstand von dem politisch motivierten Vorstoß zu nehmen.

Stellungnahme:

Die neue Form der Beihilfegewährung ermöglicht es der beihilfeberechtigten Person, die Eigenvorsorge im Krankheitsfall für sich und seine berücksichtigungsfähigen Angehörigen nunmehr auch wirtschaftlich sinnvoll zu ergänzen. An dieser Auffassung wird festgehalten. Ebenso wenig ist der Vortrag nachvollziehbar, dass das derzeitige Beihilfesystem zur Disposition gestellt wird. Denn dass die vorhandenen Systeme zur Absicherung im Krankheitsfall zukunfts- und generationengerecht in der derzeitigen Form fortbestehen bleiben, ist in Ermangelung von Erfahrungen für sehr lange Zeiträume nicht belegt.

Durch die Erweiterung der Möglichkeit sich Rahmen der Beihilfe in Abhängigkeit von der im Rahmen der Eigenvorsorge getroffenen Entscheidung der beihilfeberechtigten Person zur Absicherung des Krankheitsrisikos zu beteiligen, wird das bisher bestehende Ungleichgewicht hinsichtlich der Beteiligung des Dienstherrn an den nicht durch die Eigenvorsorge abgedeckten Kosten Rechnung getragen. Denn bisher musste die beihilfeberechtigte Person, die sich für die Absicherung des Krankheitsrisikos für eine freiwillige Versicherung in der GKV entschieden hat, die Versicherungsbeiträge allein tragen. Der Dienstherr beteiligte sich nur in wenigen Fällen an den im Krankheitsfall verbleibenden Kosten. Dies ist zwar rechtlich nicht zu beanstanden, weil die Entscheidung der durch die beihilfeberechtigte Person zu treffenden Eigenvorsorge auf einer freiwilligen Entscheidung beruht. Der Dienstherr profitiert jedoch bei der Absicherung der beihilfeberechtigten Person im Falle einer freiwilligen Versicherung in GKV, weil er sich nur in wenigen Fällen an den im Krankheitsfall verbleibenden Kosten beteiligt. Andererseits ist die freiwillig in der GKV versicherte beihilfeberechtigte Person im Rahmen der Eigenvorsorge mit hohen Versicherungsbeiträgen belastet. Dieses Ungleichgewicht zwischen der hohen Beitragsbelastung der beihilfeberechtigten Person einerseits und den erzielten Einsparungen bei den Beihilfeausgaben des Dienstherrn andererseits, gilt es auszugleichen. Deshalb sind auch die Ausführungen des tbb nicht nachvollziehbar, dass es sich bei der Erweiterung der Formen der Beihilfegewährung um einen Schritt in Richtung Einheitsversicherung handelt. In welchem Umfang beihilfeberechtigte Personen künftig die pauschale Beihilfe in Anspruch nehmen werden, ist derzeit noch nicht absehbar. Es ist durchaus zu erwarten, dass die Eröffnung der neuen Möglichkeit der Beihilfe sich wettbewerbsfördernd auf die Krankensicherungssysteme auswirken. Somit wird die bestehende funktionierende Wechselwirkung der bestehenden Systeme nicht in Frage gestellt, sondern durch einen sachgerechten Mitteleinsatz die Stärkung der bestehenden Beihilferegeln für alle Beamten und Versorgungsempfänger bewirkt.

Insoweit vorgetragen wird, dass der Entwurf nicht mit den Verfassungsvorgaben abgestimmt ist und das vorhandene, bewährte System weiter differenziert, was nicht der erforderlichen Gleichbehandlung der Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger Rechnung trägt, kann ohne weitere Ausführungen nicht nachvollzogen werden. Ein Verstoß gegen verfassungsrechtliche Vorgaben ist nicht auch unter Bezugnahme auf den zitierten Beschluss des Bundsverfassungsgerichts vom 13.11.1990 (2 BvF 3/88) ersichtlich. Dies betrifft sowohl Art. 33 Abs. 5 GG noch den Grundsatz der Gleichbehandlung. Zudem ist die Rechtsauffassung zur Reichweite des Art. 33 Abs. 5 GG nicht einheitlich. Das Grundgesetz verpflichtet den Dienstherrn nicht zu einem bestimmten System der Absicherung des Krankheitsrisikos. Es liegt in seinem Gestaltungsspielraum, wie er dies gewährleistet. Er muss allerdings dafür sorgen, den angemessenen Lebensunterhalt auch im Krankheitsfall sicherzustellen. Dies wird auch durch die Gewährung der pauschalen Beihilfe gewährleistet. Zudem wird durch den unter Nr. 6 Buchstabe c dem Absatz 4 neu anzufügenden Satz sichergestellt, dass sich der Dienstherr seiner Fürsorgepflicht nicht entziehen kann. Mit dem Gesetzentwurf nutzt der Gesetzgeber die in seiner Kompetenz bestehenden Möglichkeiten ohne gegen Bundesrecht zu verstoßen. Eingriffe in das SGB V sind nicht möglich und werden auch nicht vorgenommen. Dass die Erweiterung des derzeitigen Beihilfesystems in der im Gesetzentwurf enthaltenen Form, der Gewährung einer pauschalen Beihilfe, eine einseitige Privilegierung darstellt, ist ebenfalls nicht nachvollziehbar. Der Gesetzgeber regelt im Rahmen der in seiner Kompetenz bestehenden Möglichkeiten und unter Beachtung von Bundesrecht. So wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die Eigenverantwortung der beihilfeberechtigten Personen

künftig weiter gestärkt, indem diese sich für den für ihre Lebensplanung geeigneten Krankenversicherungsschutz entscheiden können, ohne wie bisher im Falle der freiwillig gesetzlichen Krankenversicherung mit hohen Beitragsbelastungen rechnen zu müssen.

Durch Einführung der „pauschalen Beihilfe“ wird auch die Möglichkeit eröffnet, dass beihilfeberechtigte Personen sich bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen nicht nur anteilig, sondern in vollem Umfang absichern können, wobei aus Gründen der Gleichbehandlung mit den Fällen der freiwilligen gesetzlichen Krankenversicherung die Beihilfe auf den hälftigen Beitrag für den Basistarif beschränkt wird. Dies ist sachgerecht, weil der Basistarif den Leistungskatalog der GKV nachbildet. Diese neuen Möglichkeiten tragen auch zur Stärkung der Gewinnung von Nachwuchs bei. Eine Gefährdung der Mobilität wird nicht gesehen. Es dürfte sich um wenige Fälle handeln. Dienstherrnwechsel sind nicht nur im Bereich der Beihilfe mit Änderungen verbunden, sondern bspw. auch in der Besoldung und infolge in der Versorgung.

Vor dem Hintergrund der mit der Umsetzung der „pauschalen Beihilfe“ verbundenen Einzelheiten, die die Berücksichtigung von Beitragsrückerstattungen, den Umfang der berücksichtigungsfähigen Leistungen der PKV bei Berechnung des Zuschusses oder die Auswirkungen auf die Pauschale bei Änderungen des Versicherungsschutzes betreffen, sieht der Gesetzentwurf vor, dass die oberste Dienstbehörde, im Bereich des Landes das für das Beihilferecht zuständige Ministerium, das Verfahren zur Antragstellung, Festsetzung und Zahlung der pauschalen Beihilfe regelt.

Eine gesetzliche Grundlage zur Erfassung sämtlicher freiwillig in der GKV versicherten Beamten und Versorgungsempfänger als Grundlage für eine Kostenabschätzung existiert nicht. Nur im Zusammenhang mit der Beantragung von Beihilfe werden die versicherungsrelevanten Daten erfasst. Die Anzahl der freiwillig in der GKV versicherten beihilfeberechtigten Personen, die einen Beihilfeantrag gestellt haben, beschränkt sich nur auf wenige Fälle. Ein Anspruch auf Vollständigkeit und Aktualität der Daten ist daher nicht gewährleistet. Vor diesem Hintergrund wurden die gesetzlichen Krankenkassen an der Datenermittlung beteiligt, die im Übrigen nicht die ihrerseits vorgetragenen Befürchtungen von Wechseleffekten, eines überproportionalen Zugang von mitversicherten Ehegatten und Kindern sowie von Personen mit Vorerkrankungen geäußert haben. Es kann wohl eher davon ausgegangen werden, dass auch bisher in der GKV versicherte Personen sich im Zusammenhang mit einer anstehenden Verbeamtung für den Verbleib in der GKV entscheiden werden. In welchem Umfang in diesen Fällen die „pauschale Beihilfe“ beantragt wird, ist völlig unklar. Von einer Kostenabschätzung unter Zugrundlegung der Daten in Hamburg wurde aufgrund der vorhergehenden Ausführungen abgesehen.

Zu Nummer 7 (§ 74 a Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen)

Der tbb begrüßt ausdrücklich die Aufnahme dieser Regelung. Diese entspringt dem Fürsorgegedanken des § 45 BeamStG und wurde durch den tbb bereits in vorangegangenen Äußerungen gefordert. Mit der Übernahme von Schmerzensgeldansprüchen durch den Dienstherrn tritt zudem ein Synergieeffekt ein, da der Dienstherr in der Regel eigene Forderungen wie Verdienstausfall und Schadensersatz gegen den Verursacher geltend macht. Gemeinsam mit unserer Fachgewerkschaft DPoIG sehen wir es unter dem Gesichtspunkt der Fürsorgepflicht des Dienstherrn jedoch als notwendig an, Polizeibeamtinnen und -beamte auch bei der Durchsetzung von zivilrechtlichen Ansprüchen gegen Gewalttäter zu unterstützen.

Hierzu bedarf es weitergehender Regelungen.

Stellungnahme:

Die Forderung einer gesetzlichen Regelung zur Erfüllungsübernahme von zivilrechtlichen Ansprüchen wird nicht aufgegriffen. Im Kontext des Dienstunfallrechts gehen materielle Schadensersatzansprüche gegen Dritte gemäß § 47 ThürBG insoweit auf den Dienstherrn über, wie dieser zur Leistung verpflichtet ist. Hierzu gehören u.a. die Erstattung von Sachschäden und besonderen Aufwendungen, Kosten, die durch das Heilverfahren entstehen, sowie die Kosten, die durch die Weiterzahlung der Dienstbezüge während einer auf dem Dienstunfall basierenden Dienstunfähigkeit entstehen. Ein Regelungsbedarf wird insoweit nicht gesehen.

Zu Artikel 2

Änderung Thüringer Laufbahngesetz

Zu Nummer 4 (§ 9 Abs. 2)

Der tbb spricht sich gegen eine Erweiterung um Nr. 12 informationstechnischer Dienst aus. Mit der Schaffung eines Thüringer Laufbahngesetzes im Rahmen der Dienstrechtsreform 2014 wurden die Laufbahnen erst zusammengefasst. In der Gesetzesbegründung dazu heißt es: „Mit der Bündelung der Laufbahnen in elf übergeordneten Fachrichtungen wird das Laufbahnsystem transparenter und einfacher. Der Personaleinsatz wird zudem flexibilisiert und vereinfacht, da sich ein Laufbahnwechsel auf einen Wechsel zwischen den hier aufgeführten Fachrichtungen reduziert. Dadurch verringert sich auch der Aufwand für die Anerkennung von Laufbahnbefähigungen. Mit der Auswahl der Fachrichtungen werden alle bestehenden Laufbahnen unter Berücksichtigung der jeweiligen Fachrichtungsverwandtschaft und den in den Ausbildungsgängen vermittelten Kernkompetenzen diesen Fachrichtungen sachgerecht zugeordnet. Sie bieten eine hinreichende Basis für die Ämter der jeweiligen Fachrichtung.“

Wir fordern daher den Gesetzgeber auf, sauber zu arbeiten und sich für ein System zu entscheiden. Entweder werden alle Laufbahnen konsequent gebündelt oder es wird wieder die Möglichkeiten von einzelnen Laufbahnen geschaffen. Eine alleinige Auskopplung der Laufbahn des informationstechnischen Dienstes ist nicht erforderlich. In nahezu allen zusammengefassten Laufbahnen steigen die Anforderungen. In all diesen Bereichen haben und werden wir Fachkräftemangel erleben. Diese Begründung allein reicht für eine separate Behandlung dieser Gruppe nicht aus.

Auf die Konsequenzen einer Zusammenfassung von Laufbahnen haben wir bereits mehrfach in unseren Stellungnahmen hingewiesen. Der tbb fordert daher eine konsequente Handhabung durch generelles Koppeln oder Entkoppeln.

Stellungnahme:

Die fortschreitende Digitalisierung und der damit einhergehende gestiegene Bedarf an qualifiziertem Personal hat das dringende Bedürfnis der öffentlichen Verwaltung nach einer hierfür eingerichteten Fachrichtung offenbart. Insoweit wird es sich nicht allein um eine Momentaufnahme sondern um einen weiter fortschreitenden Prozess handeln, der alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung zumindest mittelbar berührt und insoweit eine über den flächendeckenden Fachkräftemangel hinausgehende Qualität aufweist. Zugleich erfordert dies aber auch eine fachliche Spezifik, der die grundsätzlich seit der Dienstrechtsreform 2015 angelegten breit aufgestellten Fachrichtungen und die damit einhergehende

Transparenz und Flexibilität entgegenstehen. Das innerhalb der eingerichteten Fachrichtungen geltende Laufbahnprinzip steht zu den fachlichen Erfordernissen im Bereich der Informationstechnik in einem Spannungsverhältnis, dem durch das Herauslösen aus den bisherigen Fachrichtungen und die beabsichtigte Einrichtung als eigene Fachrichtung begegnet werden soll.

An den elf, breit ausgerichteten Fachrichtungen festzuhalten, würde bedeuten, dass sich der öffentliche Dienst dem bereits benannten fortschreitenden Prozess der Digitalisierung verschließt und damit die notwendige personelle, fachlich kompetente Aufstellung verpasst.

Zu Nummer 5 (§ 10 Abs. 3)

Auch gegen die Neufassung des § 10 Abs. 3 letzter Satz wendet sich der tbb. Hier werden massiv die Voraussetzungen zum Zugang der Laufbahn des höheren Dienstes herabgesetzt, da die Neuregelung ermöglicht, dass nunmehr ohne den Erwerb von Praxiserfahrung durch Vorbereitungsdienst oder berufliche Tätigkeit der Zugang zum höheren Dienst ermöglicht wird.

Der tbb bezweifelt sehr stark, dass eine Angleichung der Laufbahnen durch Herabsetzung der Zugangsvoraussetzungen noch dem Laufbahnprinzip und der verfassungsrechtlich geschützten Bestenauslese entsprechen kann. Zumal die besten Theoretiker (nach einem Studium) nicht immer die besten Praktiker (nach Berufserfahrung) darstellen.

Mit der Ergänzung um den (vollkommen neu geschaffenen) letzten Satz, führt man zudem alle vorher unter 2. aufgestellten Zugangsvoraussetzungen ad absurdum, da man diese dann nicht mehr braucht. Nach der Neuformulierung würde dann jeder gleichwertige Abschluss ohne Vorbereitungsdienst, ohne Berufserfahrung den Zugang zur Laufbahn des höheren Dienstes eröffnen.

Der tbb fordert die Streichung von § 10 Abs. 3 Satz 2.

Stellungnahme:

Mit der Regelung des § 10 Abs. 3 Satz 2 sollen nicht die Zugangsvoraussetzungen für den Zugang zum höheren Dienst herabgesetzt werden. Es erfolgt vielmehr eine Angleichung an die bereits bestehenden Regelungen für den mittleren und gehobenen Dienst. Die für die jeweilige Fachrichtung zuständige oberste Landesbehörde legt die Parameter fest, wann ein Studiengang als unmittelbar qualifizierend anerkannt wird. Dafür bestimmt sie auf Grundlage der bei ihr verorteten Kenntnis um die jeweils notwendige Fachspezifik konkrete Studiengänge bzw. inhaltliche und zeitliche Mindestanforderungen in entsprechenden Laufbahnverordnungen. Erforderlich dafür ist, dass sie sich zunächst mit den konkreten Studienplänen auseinandersetzt und gegebenenfalls Absprachen mit den Hochschulen führt. Dies konnte in der Vergangenheit für den gehobenen Dienst bereits an der Hochschule Nordhausen für den Studiengang Public Management erfolgen.

Inwieweit ein Masterstudiengang letztlich diese Voraussetzungen erfüllt, muss im Einzelfall geprüft werden. Dabei muss beachtet werden, dass Absolventen neben den originären wissenschaftlichen Fähigkeiten auch solche Fähigkeiten vermittelt werden, die sie ansonsten erst im Vorbereitungsdienst oder einer anschließenden hauptberuflichen Tätigkeit vermittelt bekommen. Keinesfalls geht damit zugleich eine völlige Aufgabe der Zugangsvoraussetzungen einher.

Zu Nummer 6 (§ 15 Abs. 3)

*Der tbb spricht sich für die Beibehaltung der bisherigen Regelung aus. Die Referendare im Vorbereitungsdienst waren bislang Beamte auf Zeit und unterlagen den beamtenrechtlichen Bestimmungen. Eine Ausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis unterliegt weder den beamtenrechtlichen Bestimmungen, noch den tariflichen Vorgaben des TV-L. Geplant ist jedoch eine Anstellung als Tarifbeschäftigter im Bereich des TV-L (nach derzeitigen Angaben nach E 13). Parallel zu diesem Anstellungsverhältnis sollen die betroffenen Personen weitergebildet werden. Dies entspricht jedoch nicht der bisherigen Definition „öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis“ und es entspricht generell auch nicht der Auffassung einer Ausbildung. Diese Kolleg*innen sollen sich vom ersten Tag an in einer Beschäftigung, die nach Eingruppierungsregeln des TV-L einer E 13 entspricht, eingruppiert werden. Damit kann der Ausbildungsanteil nicht den für eine Ausbildung notwendigen erheblichen Anteil zum Qualifikationserwerb umfassen.*

Die Ergänzung im „öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis“ ist zu streichen.

Stellungnahme:

Die Einwände sind unverständlich. Die bisherige Regelung des § 15 Abs. 3 Satz 1 wird lediglich um die Möglichkeit erweitert, den Vorbereitungsdienst in einem Ausbildungsverhältnis abzuleisten. Es handelt sich dabei nicht um die derzeit im Rahmen des PEK 2025 diskutierte Abschaffung von Vorbereitungsdiensten. Es obliegt der Entscheidung des jeweiligen Dienstherrn, ob der Vorbereitungsdienst im Beamtenverhältnis auf Widerruf oder in einem Ausbildungsverhältnis abgeleistet wird. Diese Möglichkeit besteht bereits jetzt für Vorbereitungsdienste, die Voraussetzung für die Ausübung eines Berufs außerhalb des öffentlichen Dienstes sind.

Zu Nummer 7-9 (§§ 16-18)

Die hier vorgenommenen Änderungen des Laufbahngesetzes lehnen wir ab. Sie lassen durch die Formulierung „in der Regel“ einen Spielraum auch bis zu einem Monat zu. Das zerstört jedoch die Systematik zwischen mittlerem, gehobenem und höherem Dienst und ihren Mindestausbildungszeiten.

Die Kernbereiche des Berufsbeamtentums genießen einen besonderen verfassungsrechtlichen Schutz. Eine solche Aushöhlung wird nach unserem Verständnis nicht getragen.

Stellungnahme:

Mit der vorgesehenen Änderung durch die Worte „in der Regel“ wird zum Ausdruck gebracht, dass die Vorbereitungsdienste grundsätzlich jeweils die vorgeschriebene Dauer haben müssen. Die im Entwurf verwendete Regelbeispielstechnik soll dabei verdeutlichen, dass Ausnahmen nur in solchen Fällen in Betracht kommen, die mit dem geregelten Grundsatz vergleichbar sind, also die vollständige inhaltliche Ableistung des Vorbereitungsdienstes dem Grunde nach beabsichtigt ist. Dies ist etwa bei Nachrückern für den Vorbereitungsdienst der Fall, welche in einem engen zeitlichen Zusammenhang zum eigentlichen Einstellungstermin ernannt werden. Gerade in Bereichen, in denen jedes Jahr eine große Anzahl von Anwärtern eingestellt wird, zeigte die Erfahrung aus den letzten Jahren die Notwendigkeit, Bewerber auf Wartelisten zu führen und zu einem kurz nach dem Einstellungstermin liegenden Zeitpunkt zu ernennen.

Zu Nummer 10 (§ 20 Abs. 2)

a)

Der tbb stimmt dieser Änderung zu, besteht jedoch auf die Ergänzung: „im Rahmen der in Abs. 1 Satz 2 gemachten Vorgaben“. Dieser Zusatz soll sicherstellen, dass eine Mindestausbildungszeit von 12 Monaten trotz Anerkennungen sichergestellt bleibt.

b)

Der tbb spricht sich generell für die Ausweitung von Anrechnungsmöglichkeiten aus. Uns fehlt jedoch in der derzeitigen Formulierung eine Regelung, die die Kürzung nach unten begrenzt.

Wir schlagen daher eine Regelung ähnlich § 16 BundeslaufbahnVO (Verkürzung der Vorbereitungsdienste) vor. Hier heißt es:

„(1) Der Vorbereitungsdienst kann verkürzt werden, wenn das Erreichen des Ausbildungsziels nicht gefährdet ist und nachgewiesen wird, dass die für die Laufbahnbefähigung erforderlichen Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten durch

- 1. eine geeignete, mit einer Prüfung abgeschlossene Berufsausbildung oder*
- 2. gleichwertige, in den Laufbahnen des höheren Dienstes nach Bestehen der ersten Staats- oder Hochschulprüfung ausgeübte hauptberufliche Tätigkeiten erworben worden sind.*

Er dauert mindestens sechs Monate.“

Stellungnahme:

In § 20 Abs. 2 soll geregelt werden, dass ein erfolgreich abgeschlossener Vorbereitungsdienst für eine Laufbahn auf den Vorbereitungsdienst für die nächsthöhere Laufbahn bis zur Dauer von zwölf Monaten angerechnet werden kann. Eine weite Verkürzung entsprechend Absatz 1 ist ausgeschlossen. Inwieweit die geforderte Ergänzung dies nochmals bekräftigt, erschließt sich nicht.

Die vorgeschlagene Formulierung befindet sich bereits jetzt in Abs. 1 und wird deshalb abgelehnt.

Zu Nummer 11 (§ 22 Abs. 3)

Der tbb spricht sich vehement gegen die Einführung dieser Regelung aus. Die Gründe wurden bereits zu Nr. 5 vorgetragen.

Stellungnahme:

Mit der Regelung des § 22 Abs. 3 sollen, wie bereits oben dargelegt, nicht die Zugangsvoraussetzungen für den Zugang zum höheren Dienst herabgesetzt werden. Es erfolgt vielmehr eine Angleichung an die bereits bestehenden Regelungen für den mittleren und gehobenen Dienst. Die für die jeweilige Fachrichtung zuständige oberste Landesbehörde legt die Parameter fest, wann ein Studiengang als unmittelbar qualifizierend anerkannt wird. Dafür legt sie auf Grundlage ihrer Kenntnis zur jeweils notwendigen Fachspezifik konkrete Studiengänge bzw. inhaltliche und zeitliche Mindestanforderungen in entsprechenden Laufbahnverordnungen fest. Erforderlich dafür ist, dass sie sich zunächst

mit den konkreten Studienplänen auseinandersetzt und gegebenenfalls Absprachen mit den Hochschulen führt. Dies konnte in der Vergangenheit für den gehobenen Dienst bereits an der Hochschule Nordhausen für den Studiengang Public Management erfolgen.

Inwieweit ein Masterstudiengang letztlich die Voraussetzungen erfüllt, muss im Einzelfall geprüft werden. Dabei muss beachtet werden, dass Absolventen neben den originären wissenschaftlichen Fähigkeiten auch Fähigkeiten vermittelt werden, die sie ansonsten erst im Vorbereitungsdienst oder einer anschließenden hauptberuflichen Tätigkeit vermittelt bekommen. Keinesfalls geht damit zugleich eine völlige Aufgabe der Zugangsvoraussetzungen einher.

Zu Nummer 13 (§ 36 Abs. 1)

Der tbb bittet um die Beibehaltung der Begrifflichkeiten „Eignung, Leistung und Befähigung“.

Stellungnahme:

Die vorgenommene Änderung dient einer sprachlichen Klarstellung im systematischen Vergleich mit § 35 Abs. 2 Nr. 2 ThürLaufbG. Die Erprobung stellt einen Praxistest dar auf der Grundlage laufender Dienstaufgaben, die in ihrer Wertigkeit dem höheren Statusamt entsprechen. Für die Wertung dieser Aufgabenwahrnehmung als Erprobungszeit ist auch die Prognose von Bedeutung, dass der Beamte den Anforderungen des höheren Amtes hinsichtlich Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung gewachsen sein wird. Eine Beibehaltung der Begrifflichkeit erscheint in diesem Zusammenhang nicht zielführend.

Zu Nummer 14, 16 und 18

Der tbb lehnt dies ab. Siehe Nummer 4.

Zu Artikel 4

Änderung Thüringer Beamtenversorgungsgesetz

Altersgeld

Der tbb setzt sich für die Einführung einer Thüringer Regelung zum Altersgeld für ausscheidende Beamte ein. In Thüringen ist es derzeit so, dass ein freiwilliger oder aus strukturellen Gründen „notgedrungener“ Aussteiger aus dem Beamtenverhältnis so behandelt wird, als hätte er die höchste Disziplinarstrafe die das Beamtenrecht kennt, erhalten. Das Beamtenverhältnis endet, dem Beamten werden sämtliche Versorgungsansprüche gestrichen und er wird nur in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert. Im Ergebnis hat er dann ein substanziell gemindertes Alterseinkommen. Der Bund, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben hier bereits Regelungen zum Altersgeld geschaffen. Seit 2016 gibt es zudem ein Urteil des EuGH (Urteil des EuGH vom 13. Juli 2016 in der Rechtssache C-187/15). Dieses führte aus: „(Rn. 27) Wie der Generalanwalt in den Nrn. 41 bis 43 seiner Schlussanträge ausgeführt hat, steht fest, dass eine Regelung wie die im Ausgangsverfahren in Rede stehende, nach der ein Beamter des Landes Nordrhein-Westfalen, wenn er vor dem Eintritt in den Ruhestand aus dem Dienst ausscheidet, um eine Beschäftigung im Privatsektor in der Bundesrepublik Deutschland oder eine Beschäftigung in einem anderen Mitgliedstaat auszuüben, auf seinen Beamtenstatus verzichten muss, für diesen unabhängig von der Dauer seiner Beschäftigung als Beamter zum einen den Verlust

der Ruhegehaltsansprüche aus der Beamtenversorgung und zum anderen die Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung bedeutet, wobei die daraus folgenden Altersrentenansprüche erheblich niedriger als die verlorenen Ansprüche sind. (Rn. 28) Eine solche Regelung stellt eine Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit dar, da sie, auch wenn sie auch für Beamte des Landes Nordrhein-Westfalen gilt, die aus dem Dienst ausscheiden, um in ihrem Herkunftsmitgliedstaat im Privatsektor zu arbeiten, geeignet ist, diese Beamten zu hindern oder davon abzuhalten, ihren Herkunftsmitgliedstaat zu verlassen, um eine Stelle in einem anderen Mitgliedstaat anzunehmen. Diese Regelung beeinflusst somit unmittelbar den Zugang der Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen zum Arbeitsmarkt in anderen Mitgliedstaaten als der Bundesrepublik Deutschland und ist daher geeignet, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer zu behindern (vgl. in diesem Sinne Urteile vom 15. Dezember 1995, Bosman, C-415/93, EU:C:1995:463, Rn. 98 bis 100 und 103, sowie vom 21. Januar 2016, Kommission/Zypern, C-515/14, EU:C:2016:30, Rn. 47).“

Dem tbb geht es mit dieser Forderung darum, eine ungerechtfertigte Benachteiligung aus der Welt zu schaffen und damit den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber attraktiv zu halten -nur, wer seinen Leistungsträgern neben guten Einkommens- und Arbeitsbedingungen sichere Perspektiven bietet- auch in Sachen Mobilität, wird im Kampf um die besten Köpfe bestehen können.

Stellungnahme:

Die Forderung nach der Einführung eines Altersgeldes in Thüringen wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt und in der vom tbb geforderten umfassenden Form abgelehnt.

Es ist grundsätzlich zutreffend, dass durch die Nachversicherung eines ausscheidenden Beamten ein im Vergleich zur erworbenen Versorgungsanwartschaft gemindertes Alterseinkommen entsteht. Es ist jedoch zu beachten, dass die Versorgungsanwartschaft ein wesentlicher Bestandteil der Alimentation des grundsätzlich auf Lebenszeit angelegten Beamtenverhältnisses ist. Anders als bei einem Wechsel in ein Beschäftigungsverhältnis im Ausland, wo ein Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zwangsläufig erforderlich ist, ist es zur Beibehaltung der im Beamtenverhältnis ausgeübten Tätigkeit und einem Wechselwunsch an einen anderen Ort innerhalb der Bundesrepublik Deutschland i.d.R. nicht erforderlich, aus dem Beamtenverhältnis auszuscheiden, da auch eine Versetzung zu einem anderen Dienstherrn unter Beibehaltung der Versorgungsanwartschaften möglich ist.

Besteht dagegen der Wunsch des Bediensteten, aus persönlichen Gründen das Beamtenverhältnis zu verlassen, um einer Tätigkeit in der freien Wirtschaft oder gar keiner Erwerbstätigkeit mehr nachzugehen, wird seitens des Dienstherrn keine Verpflichtung gesehen, die im Beamtenverhältnis erworbenen Versorgungsanwartschaften in Form eines Altersgeldes noch mitzugeben, um so den Ausstieg aus dem Beamtenverhältnis finanziell attraktiver zu gestalten.

Die Evaluation des Altersgeldgesetzes im Bundesbereich hat im Übrigen ergeben, dass die personalpolitischen und strategischen Wirkungen des Altersgeldes als gering bewertet werden. Impulswirkungen hinsichtlich häufigerer Wechsel in die Privatwirtschaft wurden ebenso wenig festgestellt wie eine Zunahme von Abwerbungen. Eine durch das Altersgeld bedingte Attraktivitätssteigerung des Beamtendienstes bei der Gewinnung von Hochqualifizierten bzw. Spitzenbeamten wurde für möglich gehalten, konnte aber nicht verifiziert werden. Dem gegenüber entstand jedoch einerseits ein administrativer

Mehraufwand durch das Altersgeld im Vergleich zur Nachversicherung. Zudem wurden im Bereich des Bundes schätzungsweise Mehrkosten von 150.000 Euro je Altersgeldfall ermittelt.

Der erhöhte Verwaltungsaufwand, der durch zusätzliche Berechnungen und künftige Zahlfälle gegenüber einer Nachversicherung entsteht, spricht ebenso wie die entstehenden Mehrkosten dafür, dass der Freistaat Thüringen ein Altersgeld nicht einführen wird, solange es hierfür keine rechtliche Verpflichtung gibt.

Die angesprochene Entscheidung des EuGH betrifft aus hiesiger Sicht nur Fälle eines zwangsläufigen Ausscheidens aus dem Beamtenverhältnis, um eine Beschäftigung in einem anderen Mitgliedstaat auszuüben. Das im Nachgang der EuGH-Entscheidung ergangene Urteil des VG Düsseldorf, wie die aus dem Ausscheiden resultierenden Nachteile zu berechnen und ggf. auszugleichen sind, ist noch nicht rechtskräftig. Mit Beschluss vom 22. Februar 2019 hat das Oberlandesgericht die Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 26. Februar 2018 gemäß § 124 Abs. 2 Nr. 2 VwGO wegen besonderer tatsächlicher und rechtlicher Schwierigkeiten der Rechtssache zugelassen. Den Ausgang dieses Verfahrens gilt es abzuwarten.

Die Umsetzung des VG-Urteils hätte nämlich zur Folge, dass dem Kläger nicht nur die durch die Nachversicherung entstandenen Verluste in der Altersversorgung kompensiert würden, sondern es für den betroffenen Zeitabschnitt zu einer erheblich höheren Versorgung führen würde, als wenn er im Beamtenverhältnis verblieben wäre. Um die wenigen Anwendungsfälle, die von dem EuGH-Urteil in Thüringen betroffen wären, im Hinblick auf den Verlust an Versorgungsanswartschaften finanziell schadlos zu stellen, wäre aus fachlicher Sicht auch eine Einmalzahlung an den Betroffenen an Stelle einer Altersgeldzahlung möglich. Mehrkosten würden auch hierdurch gegenüber der jetzigen Verfahrensweise entstehen, der Verwaltungsaufwand wäre im Hinblick auf die Vermeidung künftiger Zahlfälle jedoch geringer.

G e s e t z e n t w u r f

der Landesregierung

Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Aufgrund der Rechtsentwicklung in den vergangenen Jahren und der Vielzahl der Maßnahmen im Gesundheitswesen ist heute davon auszugehen, dass sowohl in der gesetzlichen als auch in der privaten Krankenversicherung das Krankheitsrisiko abgesichert werden kann, ohne mit unzumutbar hohen Aufwendungen belastet zu werden. Zudem sind das System der gesetzlichen Krankenversicherung und das System der privaten Vorsorge einschließlich ergänzender Beihilfe gleichwertig (BVerwG, Urteil vom 15. Dezember 2005 - 2 C 35/04). Vor diesem Hintergrund erscheint es gerechtfertigt, eine zusätzliche Form der Beihilfegewährung einzuführen, die es dem Dienstherrn ermöglicht, sich pauschal an den Kosten einer Krankheitskostenvollversicherung zu beteiligen. Hamburg ist auf diesem Weg bereits vorangegangen. Die neue Form der pauschalen Beihilfegewährung beruht auf einer freiwilligen und unwideruflichen Entscheidung der beihilfeberechtigten Person. Mit der schriftlich durch Antrag zu treffenden Entscheidung für die pauschale Beihilfe entfällt die Gewährung der individuell errechneten Beihilfe. Damit bestehen zukünftig zwei Formen der Beihilfegewährung nebeneinander, die klar voneinander zu trennen sind. Von der freiwilligen Entscheidung für die pauschale Beihilfe wird jedoch nicht das System der Beihilfegewährung in Pflegefällen berührt. Dieses besteht in der derzeitigen Form ungemindert weiter.

Beamte werden durch ihre dienstliche Tätigkeit oder aufgrund ihrer beruflichen Stellung zunehmend Opfer von gewalttätigen Angriffen. Für die gerichtliche Verfolgung dieser Ansprüche kann zwar Rechtsschutz durch den Dienstherrn in Anspruch genommen werden, jedoch scheitert die spätere Vollstreckung des erwirkten Titels häufig an der fehlenden Liquidität des Schädigers. Dienstherrn sollen daher die Möglichkeit erhalten, den betroffenen Beamten als Ausdruck der Anerkennung und der besonderen Fürsorge dadurch einen Ausgleich zu verschaffen, dass sie die Erfüllung eines titulierten Schmerzensgeldanspruchs übernehmen, wenn oder soweit die Vollstreckung beim Schädiger erfolglos geblieben und der Zahlungsausfall als erheblich anzusehen ist. Der Anspruch der verletzten Bediensteten gegen die Schädiger geht dann auf den Dienstherrn über.

Die fortschreitende Digitalisierung stellt die Landesverwaltung hinsichtlich Ausstattung, Umsetzung und Anwendung vor erhebliche Herausfor-

derungen. Die hiermit einhergehenden personellen Anforderungen und die Stabilität des Personalbestands haben das Bedürfnis offenbart, eine eigene Fachrichtung einzurichten, um für einen leistungsfähigen Personalkörper hinreichend qualifiziertes Personal gewinnen und perspektivisch auch halten zu können.

Im Zuge des inzwischen verstärkt notwendigen Wettbewerbs um die besten Köpfe wird der Zugang zu den Laufbahnen des höheren Dienstes entsprechend den Laufbahngruppen des mittleren und gehobenen Dienstes erweitert. Hierdurch wird ermöglicht, auch in den Laufbahnen des höheren Dienstes Studiengänge beziehungsweise Mindestanforderungen festzulegen, die einen unmittelbaren Zugang zum höheren Dienst eröffnen.

Im Thüringer Beamtenversorgungsgesetz (ThürBeamtVG) erfolgen redaktionelle Anpassungen sowie aufgrund praktischer Erfahrungen notwendige Ergänzungen bei den Bestimmungen zum Ruhegehalt bei Professorenzeiten.

Hauptamtliche kommunale Wahlämter werden im Beamtenverhältnis auf Zeit zu einem kommunalen Dienstherrn wahrgenommen. Das Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) sieht vor, dass ein Beamter grundsätzlich kraft Gesetzes entlassen ist, wenn er in ein öffentlich-rechtliches Dienst- oder Amtsverhältnis zu einem anderen Dienstherrn tritt (§ 22 Abs. 2 Satz 1 BeamtStG). Ausnahmsweise kann die Fortdauer des Beamtenverhältnisses neben dem neuen Dienst- oder Amtsverhältnis im Einvernehmen mit dem für das Beamtenrecht zuständigen Ministerium und dem neuen Dienstherrn angeordnet werden (§ 22 Abs. 2 Satz 1 BeamtStG, § 19 Abs. 2 Satz 1 des Thüringer Beamtengesetzes). Von der Möglichkeit, die Fortdauer des Beamtenverhältnisses anzuordnen, kann aufgrund des gesetzlichen Regel-Ausnahme-Verhältnisses nur im Ausnahmefall Gebrauch gemacht werden, wenn überwiegende dienstliche Interessen oder sonstige öffentliche Belange dies erfordern. Somit kommt diese Lösungsvariante nur in seltenen Ausnahmefällen zum Tragen.

Im Interesse der Förderung des politischen Engagements ist es deshalb angezeigt, eine Regelung zum Rückkehrrecht für solche kommunale Wahlbeamte zu schaffen, die zuvor in einem Beamtenverhältnis zum Land standen.

Weiterer Änderungsbedarf im Thüringer Beamtengesetz, Thüringer Laufbahngesetz sowie im Thüringer Disziplinargesetz hat sich aufgrund von Erfahrungen bei der Gesetzesanwendung ergeben.

B. Lösung

Der Gesetzentwurf enthält die notwendigen Änderungen des Thüringer Beamtengesetzes, des Thüringer Laufbahngesetzes, des Thüringer Disziplinargesetzes, des Thüringer Beamtenversorgungsgesetzes und des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte um dem Regelungsbedürfnis angemessen Rechnung tragen zu können.

C. Alternativen

Beibehaltung des bisherigen Rechtszustands

Alternativ zur Einführung des Wahlrechts zwischen individueller und pauschaler Beihilfe bestünde die Möglichkeit das derzeitige System der alleinigen Gewährung von individueller Beihilfe fortzuführen. In diesem

Fall würden jedoch die Personen, die sich für eine Krankheitskosten-vollversicherung entschieden haben, die daraus resultierenden finanziellen Mehrbelastungen selbst tragen. Hinsichtlich der Übernahme titulierter Schmerzensgeldansprüche müssten Beamte, die im Dienst oder wegen ihrer dienstlichen Stellung Opfer tätlicher Angriffe geworden sind, weiterhin das Risiko tragen, dass die Vollstreckung eines gerichtlich geltend gemachten Schmerzensgeldanspruchs gegen den Schädiger ohne Erfolg ist. Landesbeamte, die die verantwortungsvollen Ämter als kommunale Wahlbeamte übernehmen, werden entlassen und haben keinen Anspruch auf Rückkehr in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit.

D. Kosten

Die genaue Anzahl der derzeit freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Beamten ist nicht bekannt. Die Berechnung der Mehrkosten erfolgte unter Berücksichtigung der seitens der gesetzlichen Krankenversicherungen ermittelten Angaben sowie weiterer Annahmen zur Anzahl und durchschnittlichen Höhe der monatlich zu gewährenden pauschalen Beihilfe pro Kopf für die derzeit freiwillig gesetzlich versicherten Beamten. Unter Zugrundelegung der Annahme, dass derzeit 1.000 Beamte freiwillig gesetzlich versichert sind und monatlich pro Kopf eine pauschale Beihilfe in Höhe von 211 Euro zu gewähren ist, ergeben sich Mehrkosten in Höhe von 211.000 Euro monatlich beziehungsweise in Höhe von 2.532.000 Euro jährlich. Für die Ermittlung der auf das Land beziehungsweise die Kommunen entfallenden Kosten wurde das Verhältnis der Anzahl der Beamten im Landesbereich (90 vom Hundert) und im kommunalen Bereich (10 vom Hundert) zugrunde gelegt. Danach errechnen sich Mehrkosten von jährlich 2.278.800 Euro für den Landesbereich und 253.200 Euro für den kommunalen Bereich.

In welchem Umfang sich die zukünftigen Beihilfeberechtigten für die pauschale Beihilfe entscheiden, kann nicht prognostiziert werden, da hierfür keine Erfahrungswerte vorliegen. Mehrkosten werden in Abhängigkeit von der Inanspruchnahme der pauschalen Beihilfe unter Berücksichtigung der Einsparungen der ansonsten zu gewährenden individuellen Beihilfe entstehen. Zunächst werden die Kosten für die pauschale Beihilfe jedoch die Kosten für die ansonsten zu gewährende individuelle Beihilfe übersteigen. Voraussichtlich ist mit erheblichen Einsparungen zu rechnen, wenn die zukünftigen Beamten, die sich für die pauschale Beihilfe entschieden haben, in den Ruhestand treten. Deshalb wird eingeschätzt, dass langfristig Kostenneutralität erreicht werden kann. In personeller Hinsicht werden sich gewisse Synergieeffekte daraus ergeben, dass die Stellen, welche für die Beihilfegewährung zuständig sind, zugleich für die Entscheidung über die pauschale Beihilfe zuständig sein werden. Es ist daher davon auszugehen, dass ein entstehender Mehraufwand mit den vorhandenen personellen und sächlichen Mitteln getragen werden kann.

Infolge der Übernahme der Erfüllung von Schmerzensgeldansprüchen ist mit Mehrkosten zu rechnen, welche aus dem jeweiligen Ressorthaushalt finanziert werden müssen. Belastbare Grundlagen für die Ermittlung der im Land regelmäßig anfallenden Kosten gibt es derzeit nicht. Die der bayerischen Parallelregelung (Artikel 97 des Bayerischen Beamtengesetzes) zugrunde liegende Kostenschätzung beläuft sich auf 100.000 Euro und beruht auf einer Aussage der beiden besonders betroffenen Ressorts des Inneren und der Justiz, wonach dort jährlich mit 50 Fällen zu rechnen sei und die durchschnittliche Höhe der Schmerzensgelder bei etwa 2.000 Euro liegt. Im Verhältnis zu

den Bevölkerungszahlen ergibt sich für das Land ein Betrag von etwa 17.000 Euro. Nicht kalkulierbar ist ein möglicher Anstieg der Fallzahlen aufgrund der durch die Neuregelung erweiterten Realisierbarkeit von Schmerzensgeldzahlungen. Die Erfüllungsübernahme titulierter Schmerzensgeldansprüche wird weiterhin zu einem nicht näher bezifferbaren Verwaltungsaufwand führen. Ausgehend von jährlich 50 Anträgen auf Erfüllungsübernahme, ist davon auszugehen, dass ein entstehender Mehraufwand mit den vorhandenen personellen und sächlichen Mitteln getragen werden kann.

Infolge der Einführung der Möglichkeit, in Ausnahmefällen von der Regelung der Zuständigkeit für angeordnete Untersuchungen abzuweichen, entstehen keine zusätzlichen Kosten, da eine Untersuchung in jedem Fall stattfinden muss.

Durch die Änderung des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte entstehen keine zusätzlichen Kosten, da dem Beamten im Fall der Rückkehr ein im Zeitpunkt der Beendigung des früheren Landesbeamtenverhältnisses entsprechendes Amt zu übertragen ist. Die Versorgungsleistungen aus dem kommunalen Wahlamt entstehen unabhängig von dem eingeräumten Rückkehranspruch. Jedoch wäre es denkbar, dass durch ein höheres Engagement von Landesbediensteten, für ein kommunales Wahlamt zu kandidieren, im Ergebnis höhere Versorgungslasten für die Kommunen entstehen könnten. Dies wäre insbesondere dann der Fall, wenn der betroffene Beamte nicht in den Landesdienst zurückkehrt, sondern in den Ruhestand tritt, da bei der Berechnung der Versorgungsbezüge nicht nur die Zeiten im kommunalen Wahlamt, sondern auch die Zeiten als Landesbeamter als ruhegehaltfähige Zeiten zu berücksichtigen sind. Die Rückkehr eines Landesbeamten in den Landesdienst würde demgegenüber zu Einsparungen bei den Kommunen führen, weil die Besoldung durch das Land nach § 70 ThürBeamtVG auf die kommunale Versorgung anzurechnen wäre.

E. Zuständigkeit

Federführend ist das Ministerium für Inneres und Kommunales.

**FREISTAAT THÜRINGEN
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die
Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Diezel
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, den 19. März 2019

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des

"Thüringer Gesetzes zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen am 27./28./29. März 2019.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Heike Taubert
stellvertretende Ministerpräsidentin

Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Änderung des Thüringer Beamtengesetzes

Das Thüringer Beamtengesetz vom 12. August 2014 (GVBl. S. 472), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 12. Oktober 2018 (GVBl. S. 387), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift des Zweiten Teils, Zweiter Abschnitt erhält folgende Fassung:

"Abordnung, Versetzung, Behörden- und Körperschaftsumbildung innerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes"

2. In § 12 Abs. 2 werden nach dem Wort "Abordnung" ein Komma eingefügt und die Worte "oder Versetzung" durch die Worte "Versetzung oder Zuweisung" ersetzt.

3. Nach § 13 wird folgender § 13 a eingefügt:

"§ 13 a
Auflösung oder Umbildung von Behörden

Wird eine Behörde oder eine Organisationseinheit einer Behörde einer anderen Behörde angeschlossen oder gehen deren Aufgaben auf eine andere Behörde über, so werden im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Organisationsänderung die davon betroffenen Beamten, sofern sie nicht nach § 11 Abs. 4 versetzt oder nach § 28 in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden, bei der aufnehmenden Behörde in ihrem bisherigen Amt übernommen; laufbahnrechtliche Bestimmungen bleiben unberührt."

4. Nach § 33 Abs. 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

"Aus besonderen dienstlichen oder persönlichen Gründen kann abweichend von Satz 1 ein anderer Amtsarzt oder beamteter Arzt mit der Untersuchung beauftragt werden."

5. Nach § 59 Abs. 2 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

"Die Verordnung nach Satz 1 kann auch Regelungen zur Telearbeit, einschließlich mobiler Telearbeit, Langzeitkonten und deren zeitlichem und finanziellem Ausgleich beinhalten."

6. In § 68 Abs. 4 Satz 2 wird nach dem Wort "Sozialgesetzbuch" der Klammerzusatz "(SGB V)" eingefügt.

7. § 72 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Berücksichtigungsfähigen Angehörigen der beihilfeberechtigten Personen wird auch Beihilfe gewährt. Berücksichtigungsfähige Angehörige sind

1. der Ehegatte oder eingetragene Lebenspartner, wenn der Gesamtbetrag seiner Einkünfte (§ 2

Abs. 3 in Verbindung mit § 5a des Einkommensteuergesetzes) im zweiten Kalenderjahr vor der Stellung des Beihilfeantrags 18.000 Euro nicht übersteigt und

2. die Kinder, die im Familienzuschlag nach dem Thüringer Besoldungsgesetz berücksichtigungsfähig sind."

- b) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

"1. in Krankheitsfällen,"

- bb) Nach Nummer 1 wird folgende neue Nummer 2 eingefügt:

"2. in Pflegefällen,"

- cc) Die bisherigen Nummern 2 bis 5 werden die Nummern 3 bis 6.

- c) Dem Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:

"Die oberste Dienstbehörde, im Bereich des Landes das für das Beihilferecht zuständige Ministerium, kann in besonders begründeten Ausnahmefällen, die nur bei Anlegung des strengsten Maßstabs anzunehmen sind, die Bemessungssätze erhöhen und Beihilfe unter anderen als den in diesem Gesetz und in der auf der Grundlage des Absatzes 7 erlassenen Rechtsverordnung geregelten Voraussetzungen gewähren."

- d) Nach Absatz 5 wird folgender neue Absatz 6 eingefügt:

"(6) Auf Antrag der beihilfeberechtigten Person wird anstelle der Beihilfe zu den Aufwendungen nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 und 3 bis 6, die nach Absatz 4 zu bemessen ist, eine pauschale Beihilfe gewährt, wenn die beihilfeberechtigte Person freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung oder mindestens in entsprechendem Umfang in einer privaten Krankenversicherung versichert ist und den Verzicht auf Beihilfe zu den Aufwendungen nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 und 3 bis 6 erklärt. Die pauschale Beihilfe bemisst sich nach der Hälfte des nachgewiesenen Krankenversicherungsbeitrags, bei privater Krankenversicherung höchstens nach dem hälftigen Beitrag einer Krankenversicherung im Basis-tarif. Bei einer privaten Krankheitskostenvollversicherung ist der Nachweis zu erbringen, dass das Versicherungsunternehmen die Versicherung, die Grundlage des Versicherungsvertrags ist, nach den Voraussetzungen des § 257 Abs. 2a Satz 1 SGB V betreibt. Die pauschale Beihilfe wird monatlich zusammen mit den Bezügen gewährt. Bei der Bemessung der pauschalen Beihilfe werden die Beiträge für die Krankheitskostenvollversicherung für die nach Absatz 2 Satz 2 berücksichtigungsfähigen Angehörigen entsprechend Satz 2 berücksichtigt. Der Antrag auf die Gewährung der pauschalen Beihilfe und der Verzicht auf Beihilfe zu den Aufwendungen

nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 und 3 bis 6 sind unwiderruflich und bedürfen der Schriftform nach § 126 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Bei einem Wechsel aus der Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung in ein Versicherungsverhältnis in der privaten Krankenversicherung oder umgekehrt oder bei Änderung des Krankenversicherungsumfanges wird die pauschale Beihilfe höchstens in der vor der Änderung gewährten Höhe gewährt. Beiträge eines Arbeitgebers oder eines Sozialleistungsträgers zur Krankenversicherung oder ein Anspruch auf Zuschuss zum Beitrag zur Krankenversicherung aufgrund von Rechtsvorschriften oder eines Beschäftigungsverhältnisses sind auf die pauschale Beihilfe nach Satz 1 in Verbindung mit Satz 2 anzurechnen. Die oberste Dienstbehörde, im Bereich des Landes das für das Beihilferecht zuständige Ministerium, regelt durch Verwaltungsvorschrift das Verfahren zur Antragstellung, Festsetzung und Zahlung der pauschalen Beihilfe."

e) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 7 und in Satz 1 wird nach dem Wort "Beihilfen" die Angabe "mit Ausnahme der pauschalen Beihilfe nach Absatz 6" eingefügt.

f) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8.

8. Nach § 74 wird folgender § 74 a eingefügt:

"§ 74 a
Erfüllungsübernahme bei
Schmerzensgeldansprüchen

(1) Haben Beamte wegen eines tätlichen rechtswidrigen Angriffs, den sie in Ausübung des Dienstes oder außerhalb des Dienstes wegen der Eigenschaft als Beamte erleiden, einen rechtskräftig festgestellten Anspruch auf Schmerzensgeld gegen einen Dritten, kann der Dienstherr auf Antrag die Erfüllung dieses Anspruchs bis zur Höhe des festgestellten Schmerzensgeldbetrags übernehmen, soweit die Vollstreckung erfolglos geblieben ist. Der rechtskräftigen Feststellung steht ein Vergleich nach § 794 Abs. 1 Nr. 1 der Zivilprozessordnung gleich, sobald er unwiderruflich ist. Die Zahlung des Dienstherrn darf den Betrag, der mit Rücksicht auf die erlittenen immateriellen Schäden angemessen ist, nicht übersteigen.

(2) Der Dienstherr soll die Übernahme der Erfüllung verweigern, wenn aufgrund desselben Sachverhalts eine einmalige Unfallentschädigung nach § 36 ThürBeamtVG oder ein Unfallausgleich nach § 31 ThürBeamtVG gezahlt wird.

(3) Die Übernahme der Erfüllung ist innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Jahren nach Rechtskraft des Urteils schriftlich unter Nachweis des Vollstreckungsversuchs zu beantragen. Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde; sie kann die Befugnis übertragen. Hat der Dienstherr Leistungen gewährt, gehen insoweit Ansprüche gegen Dritte auf den Dienstherrn über. Übergegangene Ansprüche dürfen nicht zum Nachteil des Geschädigten geltend gemacht werden."

9. In § 120 werden die Worte "in männlicher und weiblicher Form" durch die Worte "für alle Geschlechter" ersetzt.
10. Die Inhaltsübersicht wird den vorstehenden Änderungen angepasst.

Artikel 2 **Änderung des Thüringer Laufbahngesetzes**

Das Thüringer Laufbahngesetz vom 12. August 2014 (GVBl. S. 472), zuletzt geändert durch Artikel 26 des Gesetzes vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 2 Nr. 2 wird das Wort "Richtergesetz" durch die Worte "Richter- und Staatsanwältengesetz" ersetzt.
2. In § 7 Abs. 2 Satz 2 werden die Worte "Körperschaften, Anstalten und Stiftungen" durch die Worte "landesunmittelbaren juristischen Personen" ersetzt.
3. § 8 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Beamte müssen gesundheitlich geeignet sein. Vor der Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ist die gesundheitliche Eignung mindestens einmal aufgrund einer ärztlichen Untersuchung nach § 33 ThürBG festzustellen."

4. § 9 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Einleitung werden das Wort "können" durch das Wort "werden" ersetzt und das Wort "werden" gestrichen.
 - b) In Nummer 10 wird das Wort "und" durch ein Komma ersetzt.
 - c) In Nummer 11 wird der Punkt am Ende durch das Wort "und" ersetzt.
 - d) Folgende Nummer 12 wird angefügt:

"12. der informationstechnische Dienst."

5. § 10 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

"(3) Für den Zugang zu den Laufbahnen des höheren Dienstes sind mindestens zu fordern

 1. als Bildungsvoraussetzung
 - a) eine zu einem Hochschulstudium berechtigende Schulausbildung oder
 - b) ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand und
 2. als sonstige Voraussetzung ein mit einem Mastergrad oder einem gleichwertigen Abschluss abgeschlossenes Hochschulstudium und
 - a) ein mit einer Prüfung abgeschlossener Vorbereitungsdienst oder
 - b) eine hauptberufliche Tätigkeit.

Die Voraussetzungen nach Satz 1 Nr. 2 Buchst. a und b müssen nicht erfüllt sein, wenn ein Hochschulstudium nach Satz 1 Nr. 2 als unmittelbar für die Laufbahn qualifizierend nach § 22 Abs. 3 anerkannt wird."

6. § 15 Abs. 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Abweichend von Absatz 2 kann der Vorbereitungsdienst auch in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis außerhalb des Beamtenverhältnisses abgeleistet werden."

7. In § 16 Abs. 1, § 17 Abs. 1 Satz 1 und § 18 Abs. 1 Satz 1 werden jeweils das Wort "mindestens" durch die Worte "in der Regel" ersetzt.

8. § 20 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird das Wort "sechs" durch das Wort "zwölf" ersetzt.

b) Folgender Satz wird angefügt:

"Eine weitere Anrechnung nach Absatz 1 ist ausgeschlossen."

9. Dem § 22 wird folgender Absatz 3 angefügt:

"(3) Bewerber können vorbehaltlich besonderer Bestimmungen für die jeweilige Fachrichtung nach § 51 die Befähigung für Laufbahnen des höheren Dienstes nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a erlangen. Dies setzt neben den Bildungsvoraussetzungen einen an einer Hochschule erworbenen Mastergrad oder einen gleichwertigen Abschluss voraus, der inhaltlich den Anforderungen eines fachspezifischen Vorbereitungsdienstes der Laufbahn des höheren Dienstes entspricht; Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend."

10. § 35 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

"Die Verleihung eines Amtes mit Amtszulage nach § 40 Abs. 2 ThürBesG ist auch eine Beförderung im Sinne des Satzes 1."

b) In Absatz 5 wird die Angabe "Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 und 3 sowie" durch die Angabe "Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 und 3 sowie Satz 2 und" ersetzt.

11. § 36 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Die Erprobungszeit dient der Feststellung, dass die Beamten nach der Persönlichkeit, den Fähigkeiten und den fachlichen Leistungen den Anforderungen des höherwertigen Dienstpostens entsprechen."

12. § 50 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 10 wird das Wort "und" durch ein Komma ersetzt.

b) In Nummer 11 wird der Punkt am Ende durch das Wort "und" ersetzt.

c) Folgende Nummer 12 wird angefügt:

"12. für die Laufbahnen der Fachrichtung des informationstechnischen Dienstes das für Informations- und Kommunikationstechnik sowie E-Government zuständige Ministerium."

13. § 51 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 Nr. 5 wird der Klammerzusatz "(§ 28)" durch den Klammerzusatz "(§§ 27 und 28)" ersetzt.

b) In Absatz 3 wird die Verweisung "§ 10" durch die Verweisung "den §§ 10 und 35 Abs. 4" ersetzt.

14. Dem § 53 werden folgende Absätze 8 und 9 angefügt:

"(8) Beamte, die sich am 31. Dezember 2014 bereits in einer nach § 5 Abs. 4 eingerichteten oder in den Anlagen 1 bis 3 der Thüringer Laufbahnverordnung (ThürLbVO) vom 7. Dezember 1995 (GVBl. S. 382), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 25. September 2013 (GVBl. S. 307), genannten Laufbahn befanden und die aufgrund des Absatzes 1 in Verbindung mit der Anlage 3

1. aus dem Dienst als Informatiker oder dem Technischen Dienst in der EDV in den technischen Dienst oder

2. aus dem Dienst in der EDV in den nichttechnischen Dienst

überführt wurden, werden ab dem Tag des Inkrafttretens nach Artikel 6 Satz 1 des Thüringer Gesetzes zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts dem informationstechnischen Dienst in der jeweils gleichen Laufbahngruppe zugeordnet. Mit der Zuordnung nach Satz 1 erwerben die Beamten die Befähigung für die neue Laufbahn.

(9) Beamte, denen bis zum Inkrafttreten nach Artikel 6 Satz 1 des Thüringer Gesetzes zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts aufgrund ihres Berufs- oder Studienabschlusses auf dem Gebiet der Informationstechnik und der entsprechenden hauptberuflichen Tätigkeit die Befähigung für eine Laufbahngruppe der Fachrichtungen des nichttechnischen Verwaltungsdienstes oder des technischen Dienstes verliehen wurde, werden den entsprechenden Laufbahngruppen der Fachrichtung des § 9 Abs. 2 Nr. 12 zugeordnet. Mit der Zuordnung nach Satz 1 erwerben die Beamten die Befähigung für die neue Laufbahn."

15. In § 57 werden die Worte "in männlicher und weiblicher Form" durch die Worte "für alle Geschlechter" ersetzt.

Artikel 3

Änderung des Thüringer Disziplinargesetzes

Das Thüringer Disziplinargesetz vom 21. Juli 2002 (GVBl. S. 257), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24. April 2017 (GVBl. S. 91), wird wie folgt geändert:

1. In § 6 Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort "Dienstbezüge" ein Komma und die Worte "mindestens jedoch

bis zum Ablauf eines Jahres seit Verhängung der Kürzung der Dienstbezüge," eingefügt.

2. In § 7 Abs. 2 Satz 3 wird das Wort "Disziplinarverfügung" durch die Worte "gerichtlichen Entscheidung" ersetzt.
3. In § 13 Abs. 1 Nr. 2 wird das Wort "und" durch das Wort "oder" ersetzt.
4. Dem § 14 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

"Die oberste Dienstbehörde kann durch Verwaltungsvorschrift festlegen, wer abweichend von § 3 Abs. 2 Satz 1 ThürBG die Disziplinarbefugnis als Dienstvorgesetzter ausübt. Die Verwaltungsvorschrift ist im Thüringer Staatsanzeiger zu veröffentlichen."

5. § 22 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

"er hat den höheren Dienstvorgesetzten hierüber unverzüglich zu unterrichten."

bb) In Satz 2 werden nach dem Wort "Disziplinarverfahren" die Worte "selbst einleiten und jederzeit" eingefügt.

b) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort "feststeht" durch die Worte "zu erwarten ist" ersetzt.

6. § 24 Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

"§ 22 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 und § 26 gelten entsprechend."

7. § 27 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 wird aufgehoben.

8. § 28 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Der Dienstvorgesetzte kann zur Durchführung der Ermittlungen einen Ermittlungsführer bestellen; dessen ungeachtet können er, der höhere Dienstvorgesetzte oder die oberste Dienstbehörde jederzeit die Ermittlungen an sich ziehen und Beweiserhebungen selbst durchführen."

9. § 33 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

"Die Bestimmungen der Strafprozeßordnung über

1. die Aussagepflicht sowie das Zeugnis- und das Auskunftsverweigerungsrecht als Zeuge,
 2. die Pflicht und das Verweigerungsrecht als Sachverständiger Gutachten zu erstatten,
 3. die Ablehnung von Sachverständigen sowie
 4. die Vernehmung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes als Zeugen oder Sachverständige sowie zu Beweisverboten
- gelten entsprechend."

10. § 40 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 erhält folgende Fassung:

"Eine Entscheidung nach Satz 1 kann nur innerhalb von drei Monaten nach Zustellung der Einstellungsverfügung ergehen, es sei denn, dass nach der Einstellung wegen desselben Sachverhalts ein rechtskräftiges Urteil aufgrund von tatsächlichen Feststellungen ergeht, die von den der Feststellung zugrunde liegenden tatsächlichen Feststellung abweichen."

bb) Nach Satz 2 wird folgender neuer Satz eingefügt:

"Erfordert eine Neuentscheidung im Sinne des Satzes 1 die Durchführung weiterer Ermittlungen, so wird der Lauf der Frist nach Satz 2 für die Dauer ihrer Durchführung gehemmt."

b) In Absatz 3 Satz 3 wird die Verweisung "Absatz 2 Satz 2 und 3" durch die Verweisung "Absatz 2 Satz 2 bis 4" ersetzt.

11. In § 60 Abs. 1 Satz 2 werden die Worte "oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle" gestrichen.

12. In § 84 werden die Worte "in männlicher und weiblicher Form" durch die Worte "für alle Geschlechter" ersetzt.

Artikel 4 Änderung des Thüringer Beamtenversorgungsgesetzes

Das Thüringer Beamtenversorgungsgesetz vom 22. Juni 2011 (GVBl. S. 99), zuletzt geändert durch Artikel 4 a des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731), wird wie folgt geändert:

1. § 22 Abs. 1 Nr. 2 wird wie folgt geändert:

a) In Buchstabe b wird nach dem Wort "Altersgrenze" der Klammerzusatz "(§ 25 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit § 106 Abs. 1 bis 4, § 107 Abs. 2 oder § 108 ThürBG)" eingefügt.

b) In Buchstabe c wird vor dem Wort "auf" die Angabe "im Sinne des Buchstaben b" eingefügt.

2. § 69 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 wird wie folgt geändert:

a) In Buchstabe b wird nach dem Wort "Altersgrenze" der Klammerzusatz "(§ 25 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit § 106 Abs. 1 bis 4, § 107 Abs. 2 oder § 108 ThürBG)" eingefügt.

b) In Buchstabe c wird vor dem Wort "auf" die Angabe "im Sinne des Buchstaben b" eingefügt.

3. In § 78 Abs. 2 Satz 7 werden die Worte "keine Anwendung" durch die Worte "nur dann Anwendung, wenn zu einem früheren Zeitpunkt ein Amt als Professor ausgeübt wurde und die Zeiten für dieses Professorenamt als ruhegehaltfähig anerkannt werden".

Artikel 5
Änderung des Thüringer Gesetzes
über kommunale Wahlbeamte

Dem § 6 des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte vom 16. August 1993 (GVBl. S. 540), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (GVBl. S. 194) geändert worden ist, werden folgende neue Absätze 3 und 4 angefügt:

"(3) Führen hauptamtliche kommunale Wahlbeamte nach Ablauf der ersten oder zweiten Amtszeit das Amt nicht weiter und sind sie aus einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder auf Probe im Dienst des Landes hauptamtliche kommunale Wahlbeamte geworden, sind sie auf Antrag wieder in das frühere Beamtenverhältnis zu übernehmen, wenn am Tag nach dem Ablauf der ersten oder zweiten Amtszeit die dafür geltenden Voraussetzungen noch erfüllt sind; Bestimmungen über die Einstellungsaltersgrenze nach § 7 ThürLaufbG sind nicht anzuwenden. Der Antrag auf Übernahme nach Satz 1 ist innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Amtszeit bei der bis zur Beendigung des früheren Beamtenverhältnisses zuständigen obersten Dienstbehörde zu stellen. Nach Ablauf der Frist erlischt der Übernahmeanspruch. Ist eine Übernahme in das frühere Dienstverhältnis nicht mehr möglich, weil die dafür maßgebliche gesetzliche Altersgrenze am Tag nach Ablauf der ersten oder zweiten Amtszeit überschritten oder bis zu deren Ablauf Dienstunfähigkeit eingetreten ist, treten sie mit Ablauf der Amtszeit in den Ruhestand.

(4) Das zu übertragende Amt muss derselben Fachrichtung und Laufbahngruppe angehören und mit mindestens demselben Endgrundgehalt verbunden sein wie das Amt, das die Beamten im Zeitpunkt der Beendigung des früheren Beamtenverhältnisses innehatten."

Artikel 6
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am ersten Tag des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft. Abweichend von Satz 1 tritt Artikel 1 Nr. 7 Buchst. d am 1. Januar 2020 in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Im Thüringer Beamtengesetz (ThürBG) vom 12. August 2014 (GVBl. S. 472) in der jeweils geltenden Fassung wird eine zusätzliche Form der Beihilfegewährung geschaffen. Dabei handelt es sich um eine pauschale Beihilfe zur Deckung der Kosten einer Krankheitskostenvollversicherung. Diese neue Form der Gewährung einer Beihilfe ergänzt das bisher im Thüringer Beihilferecht vorgesehene System der Gewährung der individuellen Beihilfe zu einzelnen Aufwendungen, das ebenso die aus den laufenden Bezügen zu bestreitende Eigenvorsorge ergänzt.

Beamte werden durch ihre dienstliche Tätigkeit oder aufgrund ihrer beruflichen Stellung zunehmend Opfer von gewalttätigen Angriffen. Dienstherren sollen die Möglichkeit erhalten, den betroffenen Beamten als Ausdruck der Anerkennung und der besonderen Fürsorge dadurch einen Ausgleich zu verschaffen, dass sie die Erfüllung eines titulierten Schmerzensgeldanspruchs übernehmen, wenn oder soweit die Vollstreckung beim Schädiger erfolglos geblieben ist. Der Anspruch der verletzten Bediensteten gegen die Schädiger geht dann auf den Dienstherrn über.

Im Thüringer Laufbahngesetz (ThürLaufbG) vom 12. August 2014 (GVBl. S. 472 -498-) in der jeweils geltenden Fassung wird die zusätzliche Fachrichtung "Informationstechnischer Dienst" eingerichtet, um den mit der fortschreitenden Digitalisierung einhergehenden personellen Anforderungen gerecht zu werden. Im Zuge des inzwischen verstärkt notwendigen Wettbewerbs um die besten Köpfe wird der Zugang zu den Laufbahnen des höheren Dienstes entsprechend den Laufbahngruppen des mittleren und gehobenen Dienstes erweitert. Hierdurch wird ermöglicht, auch in den Laufbahnen des höheren Dienstes Studiengänge beziehungsweise Mindestanforderungen festzulegen, die einen unmittelbaren Zugang zum höheren Dienst eröffnen.

Im Thüringer Disziplingesetz (ThürDG) vom 21. Juli 2002 (GVBl. S. 257) in der jeweils geltenden Fassung und im Thüringer Beamtenversorgungsgesetz (ThürBeamtVG) vom 22. Juni 2011 (GVBl. S. 99) in der jeweils geltenden Fassung hat sich aufgrund von Änderungen in anderen Gesetzen Anpassungsbedarf ergeben.

Mit der Änderung des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte (ThürKWBG) in der jeweils geltenden Fassung wird den Landesbeamten ein Übernahmeanspruch gegenüber ihren früheren Dienstherrn eingeräumt, die für den Zeitraum von maximal zwei Amtszeiten ein kommunales Wahlamt hauptamtlich wahrgenommen haben. Damit soll die Attraktivität kommunaler Wahlämter für Beamte gesteigert und dem öffentlichen Interesse Rechnung getragen werden, dass sich Kandidaten, die bereits über Verwaltungserfahrung verfügen, vermehrt zur Wahl stellen.

Weiterer Änderungsbedarf ergibt sich aus der Rechtsprechung und aus Erfahrungen bei der Gesetzesanwendung. Ferner sind redaktionelle Korrekturen notwendig.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen**Zu Artikel 1 (Änderung des Thüringer Beamtengesetzes)**

Zu Nummer 1

Anpassung der Überschrift an den Inhalt der Regelungen

Zu Nummer 2

Mit der Ergänzung des § 12 Abs. 2 wird klargestellt, dass sich das Schriftformerfordernis der Zustimmung auch auf Zuweisungen nach § 20 des Beamtenstatusgesetzes erstreckt.

Zu Nummer 3

§ 13 a regelt den Grundsatz des Personalübergangs im Fall der Umbildung oder Auflösung von Behörden. Soweit Beamte nicht in ein anderes Amt mit geringerem Endgrundgehalt oder in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden, werden sie in ihrem derzeitigen Statusamt in die neue Behörde übernommen. Aufgrund der gesetzlichen Regelung bedarf es in diesen Fällen keiner Einzelverfügung (Versetzung). In haushalterischer Hinsicht müssen für den Personalübergang entsprechende Planstellen vorhanden sein. Führt eine Umorganisation zu einer geänderten Aufgabenstruktur und damit zu einer Freisetzung von Personal dergestalt, dass eine sinnvolle Weiterbeschäftigung im Aufgabenfeld des bisherigen statusrechtlichen Amtes ausgeschlossen ist, wird sich dies in der Planstellenausstattung niederschlagen. Anstelle der Weiterverwendung ist dann eine Rückversetzung oder Versetzung in den einstweiligen Ruhestand zu prüfen.

Zu Nummer 4

Durch die Änderung soll deutlicher als bisher zum Ausdruck gebracht werden, dass es bei besonderen dienstlichen, aber auch besonderen persönlichen Interessen möglich ist, von der grundsätzlichen Zuständigkeitsfestlegung des Satzes 1 abzuweichen. Dies kann beispielsweise dann der Fall sein, wenn sich Wohnort und Dienstort der Beamten unterscheiden und es dem Beamten aufgrund einer Erkrankung nicht zugemutet werden kann, dem zuständigen Arzt am Dienstort aufzusuchen. Ebenso wäre es denkbar, dass durch Personalengpässe längere Wartezeiten für amtsärztliche Untersuchungen bei dem jeweils örtlich zuständigen Arzt nach Satz 1 bestehen. Auch hier könnte eine davon abweichende Festlegung in Betracht kommen.

Zu Nummer 5

Zu den Buchstaben a und b

Durch die Ergänzungen des Absatzes 2 wird klargestellt, dass in der Thüringer Arbeitszeitverordnung Festlegungen zum Ausgleich von Zeitguthaben aus Langzeitkonten sowie zur Telearbeit getroffen werden können.

Zu Nummer 6

Redaktionelle Anpassung an Nummer 7 Buchst. d

Zu Nummer 7

Zu Buchstabe a

Die Anpassung erfolgt aus rechtssystematischen Gründen. Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Urteil vom 3. Juni 2009 - 2 C 27/08 unter anderem entschieden, dass der Gesetzgeber den Kreis der berücksichtigungsfähigen Personen, für die der Beamte Beihilfe beanspruchen kann, eindeutig festlegen muss. Diese Vorgabe hat der Gesetzgeber bisher in ausreichender Weise im Fall der Gewährung von individueller Beihilfe zu entstandenen Aufwendungen dahin gehend berücksichtigt, dass die unbestimmten Rechtsbegriffe in der Thüringer Beihilfeverordnung (ThürBhV) konkretisiert wurden. Durch die pauschale Beihilfe als neue Form der Beihilfegewährung werden die bisherigen Bestimmungen zu den berücksichtigungsfähigen Angehörigen nicht mehr den rechtsstaatlichen Bestimmtheitsanforderungen gerecht. Deshalb werden die gesetzlichen Bestimmungen zu den berücksichtigungsfähigen Angehörigen konkretisiert, damit sich der beihilfeberechtigten Person aufgrund der gesetzlichen Regelung erschließt, in welchem Umfang sie pauschale Beihilfe beanspruchen kann.

Zu Buchstabe b

Zu Doppelbuchstabe aa

Die "pauschale Beihilfe" als neue Form der Beihilfe schließt nicht die Gewährung der "individuellen Beihilfe" in Pflegefällen ein. Deshalb wird aus Gründen der Übersichtlichkeit und Rechtsklarheit die bisherige Nummer 1 in die Nummern 1 und 2 unterteilt.

Zu den Doppelbuchstaben bb und cc

Redaktionelle Folgeänderungen zu Doppelbuchstabe aa

Zu Buchstabe c

Die Anpassung erfolgt aus rechtssystematischen Gründen. Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Urteil vom 17. Juni 2004 - 2 C 50/02 unter anderem entschieden, dass der Gesetzgeber die wesentlichen Entscheidungen über Leistungen an Beamte, Richter und Versorgungsempfänger im Fall von Krankheit zu treffen hat. Diese Vorgabe hat der Gesetzgeber in ausreichender Weise im Fall der Gewährung von individueller Beihilfe zu entstandenen Aufwendungen berücksichtigt. Mit der Einführung der pauschalen Beihilfe als neue Form der Beihilfegewährung wird die in § 51 Abs. 2 ThürBhV getroffene Bestimmung für Ausnahmefälle bei individueller Beihilfegewährung dem verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebot nicht mehr gerecht. Die Bestimmung des § 51 Abs. 2 ThürBhV soll gleichermaßen im Fall der Gewährung von pauschaler Beihilfe anwendbar sein. Deshalb wird die Bestimmung zur Gewährung von Beihilfe in Ausnahmefällen gesetzlich geregelt. Der beihilfeberechtigten Person erschließt sich somit auch im Fall der Inanspruchnahme der pauschalen Beihilfe aufgrund der gesetzlichen Regelung, in welchem Umfang sie pauschale Beihilfe beanspruchen kann.

Zu Buchstabe d

Auf Antrag des Beihilfeberechtigten wird für ihn und seine berücksichtigungsfähigen Angehörigen anstelle individueller Beihilfe zu einzelnen Aufwendungen monatlich eine pauschale Beihilfe gewährt, die mit den

Bezügen ausgezahlt wird. Die pauschale Beihilfe bemisst sich nach der Hälfte des nachgewiesenen Versicherungsbeitrags, bei einer privaten Versicherung nach der Hälfte der Beitragsanteile, die auf Versicherungsleistungen entfallen, die in Art, Umfang und Höhe den Leistungen nach dem Dritten Kapitel des Fünften Buches Sozialgesetzbuch vergleichbar sind, höchstens jedoch nach dem hälftigen Beitrag einer Krankenversicherung im Basistarif. Krankenversicherungsbeiträge für berücksichtigungsfähige Angehörige nach Absatz 2 Satz 2 sind zu berücksichtigen. Der Antrag auf Gewährung einer Pauschale ist unwiderruflich. Es ist der Verzicht auf die Gewährung der ergänzenden Beihilfe zu erklären. Aufgrund der Unwiderruflichkeit der Entscheidung für die pauschale Beihilfe ist in der Verwaltungsvorschrift auch das Erfordernis der Belehrung über die Rechtsfolgen eines Verzichts auf die Beihilfegewährung in der bisherigen Form zu regeln.

Der Anspruch auf Beihilfe in Pflegefällen bleibt durch die Rechtsänderung unberücksichtigt.

Die Einzelheiten zur Umsetzung der pauschalen Beihilfe, die als neue Form der Beihilfegewährung eingeführt wird, regelt die oberste Dienstbehörde. Im Bereich des Landes ist dies das für das Beihilferecht zuständige Ministerium.

Zu Buchstabe e

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung. Darüber hinaus wird klargestellt, dass von der Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung nicht die pauschale Beihilfe, sondern nur die individuelle Beihilfe erfasst wird.

Zu Buchstabe f

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Nummer 8

Die in den §§ 25 bis 40 ThürBeamtVG normierte Unfallfürsorge bietet Beamten einen umfassenden Ausgleich der durch einen Dienstunfall eingetretenen materiellen und immateriellen Schäden. Trotz alledem kann es nach tätlichen rechtswidrigen Angriffen durch Dritte zu besonderen Härten kommen, die mit den vorhandenen Leistungstatbeständen nicht angemessen abgedeckt werden. Regelungsgegenstand ist der auf § 253 Abs. 2 BGB gestützte Anspruch auf Ersatz eines immateriellen Schadens in Form von Schmerzensgeld wegen einer Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung.

Aufgrund der Genugtuungsfunktion dieses Anspruchs ist er höchstpersönlicher Natur, seine Geltendmachung daher den geschädigten Beamten vorbehalten. Soweit der Anspruch etwa wegen Vermögenslosigkeit des Schädigers nicht vollstreckt werden kann, eröffnet die Vorschrift aus Fürsorgegründen die Möglichkeit, bei uneinbringlichen, rechtskräftig festgestellten Schmerzensgeldansprüchen eine entsprechende Übernahme der Erfüllung beim Dienstherrn zu beantragen. Im Gegenzug geht der Anspruch gegen den Schädiger im Wege eines gesetzlichen Forderungsübergangs auf den Dienstherrn über. Dadurch übernimmt der Dienstherr die Erfüllung von Schmerzensgeldansprüchen für immaterielle Schäden, für die nicht der Dienstherr, sondern ausschließlich der ursprüngliche Schädiger verantwortlich ist. Diese Norm ist daher als Aus-

nahmetatbestand für schwerwiegende Übergriffe konzipiert, in denen Beamte ein Sonderopfer für die Allgemeinheit erbringen.

Zu Absatz 1

Von der Neuregelung sind Fälle erfasst, denen ein tätlicher rechtswidriger Angriff zugrunde liegt. Ein Angriff setzt dabei eine objektive, unmittelbare räumlich-zeitliche Gefährdung (objektives Element) aufgrund einer zielgerichteten Verletzungshandlung (subjektives Element) voraus. Der Angriff ist dann als tätlich zu klassifizieren, wenn er auf einen physischen Schaden gerichtet ist. So werden die Konstellationen erfasst, in denen Beamte infolge eines Angriffs körperliche Beeinträchtigungen oder Gesundheitsschäden erleiden. Nicht erfasst werden hingegen bloße Beleidigungen und Bedrohungen, die zu keinen körperlichen oder nur zu psychischen Folgen führen. Haben Beamte einen Titel über den Anspruch auf Schmerzensgeld erwirkt und zahlt der Schuldner trotz Zahlungsverzug nicht, so obliegt es zunächst den Beamten als Gläubigern, das Zwangsvollstreckungsverfahren zu betreiben, um ihre privatrechtlichen Ansprüche zu befriedigen. Scheitert die spätere Vollstreckung, etwa an fehlender Liquidität des Schuldners, können die Beamten die Erfüllungsübernahme durch den Dienstherrn beantragen. Durch Satz 2 wird ein unwiderruflicher Vergleich, der der Rechtskraft nicht zugänglich ist, einem rechtskräftigen Urteil gleichgestellt. Liegt dem Schmerzensgeldtitel ein gerichtlicher Vergleich zugrunde, kann die Erfüllungsübernahme durch den Dienstherrn zudem verweigert werden, wenn dieser unverhältnismäßig zu den erlittenen immateriellen Schäden und deshalb der Höhe nach unangemessen ist.

Zu Absatz 2

Um einen mehrfachen Ausgleich desselben immateriellen Schadens durch den Dienstherrn zu vermeiden, erfolgt im Fall der Gewährung von einem Unfallausgleich nach § 31 Abs. 1 Satz 1 ThürBeamtVG oder einer einmaligen Unfallentschädigung nach § 36 Abs. 1 ThürBeamtVG aufgrund desselben Sachverhalts daher grundsätzlich keine Erfüllungsübernahme, es sei denn der Beamte begründet im Einzelfall, dass gleichwohl eine unbillige Härte vorliegt.

Zu Absatz 3

Die Übernahme der Erfüllung ist innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Jahren nach Rechtskraft des Urteils oder Unwiderruflichkeit des Vergleichs zu beantragen. Nach Ablauf der Ausschlussfrist ist die Übernahme der Erfüllung ausgeschlossen. Daneben werden sowohl die Modalitäten der Antragstellung als auch der gesetzliche Forderungsübergang umfassend geregelt.

Zu Nummer 9

Hierbei handelt es sich um die redaktionelle Anpassung der Gleichstellungsbestimmung.

Zu Nummer 10

Anpassung der Inhaltsübersicht aufgrund der vorstehenden Änderungen

Zu Artikel 2 (Änderung des Thüringer Laufbahngesetzes)**Zu Nummer 1**

Bei der Änderung handelt es sich um eine redaktionelle Änderung der Bezeichnung des früheren Thüringer Richtergesetzes in Thüringer Richter- und Staatsanwältengesetz.

Zu Nummer 2

Nach Absatz 2 ist grundsätzlich auch eine Einstellung in einem höheren Lebensalter zulässig. Diese Ausnahmen kommen jedoch nur in Betracht, wenn die genannten Voraussetzungen vorliegen und bei Landesbediensteten und bei Bediensteten landesunmittelbarer juristischer Personen des öffentlichen Rechts das für Besoldung zuständige Ministerium die Zustimmung erteilt hat. Da die Personalhoheit bei kommunalen Gebietskörperschaften unter das Recht der kommunalen Selbstverwaltung fällt, bedarf es hier keiner Zustimmung des für Besoldung zuständigen Ministeriums.

Zu Nummer 3

Die geänderte Formulierung beseitigt Auslegungsprobleme und stellt klar, dass die gesundheitliche Eignungseinschätzung mit Hilfe einer ärztlichen Untersuchung bis zur Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit verpflichtend, nicht aber abschließend ist. Dies entbindet indes nicht den Dienstherrn davon, sowohl im Rahmen der Ernennung auf Probe, als auch der Ernennung auf Lebenszeit über die gesundheitliche Eignung zu entscheiden. Bei mindestens einer dieser Entscheidungen muss er sich der Hilfe eines Arztes als Sachverständigem bedienen, um mangels eigener Sachkunde die für das Eignungsurteil notwendigen Feststellungen treffen zu können.

Zu Nummer 4**Zu Buchstabe a**

Durch die Änderung der Formulierung wird klargestellt, dass mit der Festlegung der Fachrichtungen in § 9 Abs. 2 die jeweils dazugehörigen Laufbahnen des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes eingerichtet sind.

Zu Buchstabe b

Die Einrichtung einer weiteren Fachrichtung bedarf einer Anpassung des § 9 Abs. 2. Durch die Einführung der Fachrichtung informationstechnischer Dienst wird den stetig steigenden Anforderungen an diesen Fachbereich Rechnung getragen. Beamte die bereits vor dem Inkrafttreten des Gesetzes im Bereich der Informationstechnik tätig sind und bisher den Fachrichtungen nichttechnischer Verwaltungsdienst oder technischer Dienst zugeordnet waren, werden dieser neuen Fachrichtung gesetzlich zugeordnet.

Zu Nummer 5

§ 10 Abs. 3 fasst die Zulassungsvoraussetzungen für Laufbahnen des höheren Dienstes zusammen. Dem Masterabschluss gleichgestellte Studienabschlüsse sind eine erste Staatsprüfung oder ein rechtswissenschaftlicher Studienabschluss mit der ersten Prüfung nach § 5 Abs. 1

des Deutschen Richtergesetzes oder ein mit einem Diplom- oder einem vergleichbaren Abschluss abgeschlossenes Studium an einer Universität, Technischen Hochschule oder an einer gleichgestellten Hochschule oder ein Masterabschluss an einer Fachhochschule. Bewerber im höheren Dienst sollen die Laufbahnbefähigung durch Anerkennung des Studiums als den Anforderungen des Vorbereitungsdienstes entsprechenden Abschluss erlangen. Voraussetzung hierfür ist aber, dass bereits das absolvierte Studium alle für die zukünftige Tätigkeit in der jeweiligen Fachrichtung erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten vermittelt hat. Diese Studiengänge sind durch das für die Fachrichtung zuständige Ministerium einzeln festzulegen.

Zu Nummer 6

Die Anpassung des Absatzes 3 eröffnet die Möglichkeit, den Vorbereitungsdienst in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis abzuweisen.

Zu Nummer 7

Die Anpassung des § 16 Abs. 1 Satz 1 eröffnet die Möglichkeit, die festgelegte Dauer des Vorbereitungsdienstes für die Laufbahn des mittleren Dienstes in Ausnahmefällen zu verkürzen.

Die Anpassung des § 17 Abs. 1 Satz 1 eröffnet die Möglichkeit, die festgelegte Dauer des Vorbereitungsdienstes für die Laufbahn des gehobenen Dienstes in Ausnahmefällen zu verkürzen.

Die Anpassung des § 18 Abs. 1 Satz 1 eröffnet die Möglichkeit, die festgelegte Dauer des Vorbereitungsdienstes für die Laufbahn des höheren Dienstes in Ausnahmefällen zu verkürzen.

Zu Nummer 8

Zu den Buchstaben a und b

Mit der Änderung wird die Möglichkeit der Anrechnung bisher erworbener Kenntnisse hinsichtlich des Umfangs an die bereits nach Absatz 1 bestehende Möglichkeit angepasst. Hiermit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass der Vorbereitungsdienst der nächsthöheren Laufbahn zu Beginn eine Vermittlung von Kenntnissen in Theorie und Praxis enthält, die bereits zum Teil im abgeschlossenen Vorbereitungsdienst in der nächstniedrigeren Laufbahn vermittelt werden. Ob von dieser Verkürzungsmöglichkeit Gebrauch gemacht wird, steht im Ermessen der für die Fachrichtung zuständigen obersten Landesbehörde. Entsprechende Festlegungen müssen in den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen ihren Niederschlag finden. Eine darüber hinausgehende Anrechnung im Einzelfall nach Absatz 1 ist ausgeschlossen.

Zu Nummer 9

Es erfolgt eine redaktionelle Anpassung an die Änderungen in § 10 Abs. 3. Ein Studium entspricht bereits dann inhaltlich den Anforderungen eines fachspezifischen Vorbereitungsdienstes, wenn die wesentlichen Inhalte in vergleichbarer Breite und Tiefe vermittelt werden. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die zwischen Bund und Ländern vereinbarten Standards für Studien und Vorbereitungsdienst in den entsprechenden Fachrichtungen eingehalten werden.

Soweit kein fachspezifischer Vorbereitungsdienst eingerichtet ist, sind die Mindestanforderungen in einer Verordnung nach § 51 festzulegen.

Zu Nummer 10

Zu Buchstabe a

Durch die Änderung wird der Geltungsbereich der Beförderung nochmals klarer herausgearbeitet. Ungeachtet der Ernennungsbedürftigkeit nach § 8 BeamStG soll darauf hingewiesen werden, dass die Verleihung eines Amtes mit Amtszulage eine Beförderung darstellt, da eine Amtszulage nach § 40 Abs. 2 ThürBesG, die unwiderruflich und ruhegehaltsfähig ist, dem Grundgehalt gleichsteht und sich mit diesem zu einem Amt verselbstständigt.

Zu Buchstabe b

Mit der Änderung des § 35 Abs. 5 wird ein redaktionelles Versehen beseitigt. Der Landespersonalausschuss kann damit Ausnahmen vom Verbot der Sprungbeförderung zulassen.

Zu Nummer 11

Die vorgenommene Änderung dient einer sprachlichen Klarstellung im systematischen Vergleich mit § 35 Abs. 2 Nr. 2. Entsprechend des dortigen Verweises auf § 36 wird der Zweck der Erprobungszeit herausgestellt.

Zu Nummer 12

Hierbei handelt es sich um eine redaktionelle Anpassung wegen der Änderung in § 9 Abs. 2.

Zu Nummer 13

Zu den Buchstaben a und b

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung. Die in § 51 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 enthaltene Aufzählung erfordert nicht nur einen Verweis auf § 28, sondern auf die §§ 27 und 28 ThürLaufbG. Gleichzeitig wird die Möglichkeit der Abweichung von Regelungen des Thüringer Laufbahngesetzes in der Fachrichtung des Dienstes in der Bildung durch eine Rechtsverordnung in Bezug auf die in § 35 Abs. 4 ThürLaufbG festgelegten Fristen erweitert. Der Anpassungsbedarf der Bestimmung ergibt sich nicht nur unter Bezugnahme auf die derzeitige Ämterstruktur des gehobenen Dienstes, sondern auch und erst recht vor dem Hintergrund des aktuellen Gesetzgebungsvorhabens zum Thüringer Gesetz zur Änderung der Lehrerbesoldung sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften.

Zu Nummer 14

Beamte mit einem Abschluss auf dem Gebiet der Informationstechnik und einer Tätigkeit in diesem Bereich werden der entsprechenden Laufbahngruppe der neuen Fachrichtung zugeordnet. Diese Zuordnung und der damit verbundene Erwerb der Laufbahnbefähigung erfolgt kraft Gesetzes.

Zu Nummer 15

Hierbei handelt es sich um die redaktionelle Anpassung der Gleichstellungsbestimmung.

Zu Artikel 3 (Änderung des Thüringer Disziplingesetzes)

Zu Nummer 1

Die Änderung stellt sicher, dass bei der Verhängung einer Kürzung der Dienstbezüge ein Beförderungsverbot mindestens die gleiche Dauer hat, wie bei der Verhängung einer Geldbuße, also der nächst niedrigeren Disziplinarmaßnahme. Andernfalls wäre es möglich, dass bei einer Kürzung der Dienstbezüge von deutlich unter einem Jahr, auch nur für diese Zeit ein Beförderungsverbot gelten würde, wodurch sich der Beamte im Hinblick auf eine baldige Beförderung ungerechtfertigt besser stünde, als wenn lediglich eine Geldbuße verhängt worden wäre.

Zu Nummer 2

Redaktionelle Anpassung, da eine Zurückstufung nur durch gerichtliche Entscheidung verhängt werden kann.

Zu Nummer 3

Redaktionelle Anpassung, da bereits eine der beiden Voraussetzungen eine Kürzung rechtfertigen soll.

Zu Nummer 4

Die Entkoppelung von Disziplinar- und Personalzuständigkeit ermöglicht die Übertragung der Disziplinarbefugnis auf andere Vorgesetzte oder eine zentrale, für Disziplinarverfahren zuständige Stelle und schafft mehr Flexibilität.

Zu Nummer 5

Zu Buchstabe a Doppelbuchst. aa und bb

Die Änderungen sind weitgehend redaktionell. Darin wird nun ausdrücklich die unverzügliche Bekanntgabe der Einleitung des Disziplinarverfahrens an das übergeordnete Disziplinarorgan normiert. Damit wird kraft Gesetz sichergestellt, dass das übergeordnete Disziplinarorgan frühzeitig in die Lage versetzt wird, seine Befugnisse im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht im Einzelfall zu erkennen und zu entscheiden, ob man das Verfahren an sich ziehen sollte. Es wird klargestellt, dass der höhere Disziplinarvorgesetzte und die oberste Dienstbehörde das Disziplinarverfahren auch selbst einleiten können, dies also nicht erst durch den Disziplinarvorgesetzten geschehen muss, bevor sie das Verfahren an sich ziehen können. Dort, wo bereits im Vorfeld Verwaltungsermittlungen durch den höheren Disziplinarvorgesetzten oder die oberste Dienstbehörde in der Sache geführt wurden, ist es wenig praktikabel, wenn die Vorgänge zunächst an den jeweils zuständigen Disziplinarvorgesetzten zur Einleitung von Disziplinarverfahren abgeben werden müssen, bevor die Heranziehung erfolgen kann. Das Risiko einer doppelten Einleitung von Disziplinarverfahren wird durch die Pflicht zur unverzüglichen Bekanntgabe der Einleitung gegenüber den übergeordneten Disziplinarorganen nach Satz 1 vermieden.

Zu Buchstabe b

Mit der Änderung ist von der Einleitung eines Disziplinarverfahrens ab-
zusehen, wenn zu erwarten ist, dass nach den §§ 12 oder 13 eine Dis-
ziplinarmaßnahme nicht ausgesprochen werden darf.

Zu Nummer 6

Hierbei handelt es sich um eine redaktionelle Anpassung an die Ände-
rung in § 22 Abs. 1.

Zu Nummer 7

§ 27 Abs. 1 regelt die Pflicht des Dienstherrn zur Aufklärung des im Dis-
ziplinarverfahren entscheidungserheblichen Sachverhalts, unabhängig
davon, wer die Ermittlungen führt. Die Befugnis der übergeordneten
Disziplinarorgane, Ermittlungen selbst durchzuführen, folgt bereits aus
§ 22 Abs. 1 Satz 2. Danach können die übergeordneten Disziplinaror-
gane das Verfahren jederzeit an sich ziehen. Umfasst von dieser Befug-
nis sind auch etwaige Ermittlungen.

Zu Nummer 8

Die Änderung stellt klar, dass die Einsetzung eines Ermittlungsführers
der Durchführung von Ermittlungen seitens der Disziplinarorgane selbst
nicht entgegensteht. In dem Zusammenhang wird klargestellt, dass auch
die übergeordneten Disziplinarorgane befugt sind, Ermittlungen an sich
zu ziehen.

Zu Nummer 9

Die Ergänzung in § 33 Abs. 1 Satz 2 hinsichtlich der Bestimmungen der
Strafprozessordnung zum Zeugnisverweigerungsrecht ist redaktionell
und erfolgt lediglich der Vollständigkeit halber.

Zu Nummer 10

Zu Buchstabe a

Eine eigene angemessene Entscheidung des höheren oder obersten
Dienstvorgesetzten kann mitunter erneut Ermittlungen erfordern. Dies ist
unter Beachtung von Postlaufzeiten innerhalb der Frist des § 40 Abs. 2
Satz 2 nur schwer möglich, soll der vorgesehenen eigenen Prüfungs-
kompetenz zu hinreichender Wirksamkeit verholfen werden. Daher wird
für diesen Ausnahmefall eine Hemmung der Frist des Satzes 2 vorge-
sehen. Im Falle der Wiedereröffnung der Ermittlungen kann mithin nicht
mehr auf den Bestand der Abschlussentscheidung vertraut werden.

Zu Buchstabe b

Hierbei handelt es sich um eine redaktionelle Anpassung an die Ände-
rungen in Absatz 1.

Zu Nummer 11

Die geänderte Regelung entspricht § 64 Abs. 1 Satz 2 des Bundesdis-
ziplinargesetzes, mit der Folge, dass Erklärungen im Berufungsver-
fahren gegen Urteile des Verwaltungsgerichts über Disziplinarklagen,
insbesondere die Berufungseinlegung, zukünftig nicht mehr zur Nieder-

schrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle möglich sind. Mit der Änderung wird zudem klargestellt, dass auch für das disziplinare Berufungsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht über § 21 der Vertretungszwang nach § 67 Abs. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung gilt. Der Vertretungszwang stellt sicher, dass die Beteiligten im disziplinarischen Berufungsverfahren rechtskundig vertreten sind, zumal eine statusrechtliche Relevanz gegeben ist und damit einhergehend eine erhebliche Bedeutung für den Beamten.

Zu Nummer 12

Hierbei handelt es sich um die redaktionelle Anpassung der Gleichstellungsbestimmung.

Zu Artikel 4 (Änderung des Thüringer Beamtenversorgungsgesetzes)

Zu den Nummern 1 und 2

Der Begriff "besondere Altersgrenze" ist nicht gesetzlich definiert. Daher begehren oft auch Ruhestandsbeamte, die auf eigenen Antrag vorzeitig aus dem Dienst ausscheiden, die Gewährung der vorübergehenden Erhöhung des Ruhegehaltssatzes beziehungsweise die vorübergehende Gewährung der Zuschläge. Dieser Anspruch besteht aber nur in den Fällen, in denen der Beamte vor Erreichen der für alle Beamten geltenden Regelaltersgrenze kraft Gesetzes in den Ruhestand tritt und somit eine nicht auf eigener, freier Entscheidung beruhende Versorgungslücke bis zum Rentenbezug hat. Durch den Verweis auf die beamtenrechtlichen Bestimmungen soll die gesetzliche Klarstellung erfolgen, welche Anwendungsfälle unter den Begriff der "besonderen Altersgrenze" fallen.

Zu Nummer 3

Der Ausschluss der Anerkennung von besonderen ruhegehaltfähigen Dienstzeiten im Zusammenhang mit einem Professorenamt ist für den Ruhegehaltsanspruch aus einer hauptamtlichen Funktion der Hochschulleitung grundsätzlich gerechtfertigt, da es dienstrechtlich nicht Voraussetzung ist, dass die Hochschulleitungsfunktion nur von einem Professor wahrgenommen werden kann. Gleichwohl sind Bewerber mit Hochschulerfahrung als Professor beispielsweise für ein Amt als Präsident einer Hochschule wünschenswert. Um einen Verlust an ruhegehaltfähiger Dienstzeit für die Bewerber zu verhindern, die vor dem Amt der Hochschulleitung ein Professorenamt innehatten, soll der nach Satz 7 vorgesehene Ausschluss der Anwendung der Sätze 1 bis 6 nicht gelten.

Zu Artikel 5 (Änderung des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte)

Zu § 6:

Zu Absatz 3:

Absatz 3 bestimmt, dass ein Landesbeamter, sofern er sein kommunales Wahlamt nach Ablauf der ersten oder zweiten Amtszeit nicht weiterführt, auf Antrag in das frühere Dienstverhältnis zurückkehren kann. Diese Möglichkeit ist jedoch nur dann eröffnet, wenn der Beamte die erste oder zweite Amtszeit "regulär" beendet hat, das kommunale Wahlamt also nicht vorzeitig, das heißt vor Ablauf der jeweiligen Amtszeit endet. Gleiches gilt für den Fall, dass der Beamte zum Zeitpunkt der möglichen

Übernahme nicht die Voraussetzungen für eine Berufung in ein Beamtenverhältnis erfüllt. Ausgenommen hiervon sind Festlegungen über bestehende Einstellungshöchstaltersgrenzen. Das Rückkehrrecht nach Absatz 3 lässt § 5 Abs. 1 Satz 1 unberührt.

Der Zeitpunkt, wann das kommunale Wahlamt endet, ergibt sich aus § 25 des Thüringer Kommunalwahlgesetzes. Der dort genannte Termin bildet den Ausgangspunkt für die Berechnung der vorgesehenen Fristen. Entscheidend ist, dass der Beamte innerhalb der angegebenen Dreimonatsfrist einen Antrag auf Übernahme in das frühere Dienstverhältnis gestellt hat. Wurde die Antragsfrist versäumt, erlischt der Übernahmeanspruch des Beamten.

Da ein Beamter grundsätzlich kraft Gesetzes entlassen ist, wenn er in ein öffentlich-rechtliches Dienst- oder Beamtenverhältnis zu einem anderen Dienstherrn tritt (§ 22 Abs. 2 Satz 1 BeamtStG), wird die Planstelle frei und ist nach Maßgabe der grundsätzlich geltenden personalwirtschaftlichen Regelungen im Haushaltsgesetz und entsprechenden Ausführungsbestimmungen wiederbesetzbar.

Zu Absatz 4:

Die Rückkehr erfolgt in das Statusamt, das dem entspricht, das der Beamte zum Zeitpunkt der Beendigung des Beamtenverhältnisses innehatte. Ein Anspruch auf die Übertragung seines früheren beziehungsweise eines bestimmten konkret-funktionalen Amtes besteht nicht.

Zu Artikel 6 (Inkrafttreten)

Die Bestimmung regelt das Inkrafttreten.

Änderungsvorschläge des GStB zum Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts

Stellungnahme der Landesregierung gemäß §§ 96, 95 Abs. 3 ThürBG

Zu den Vorschriften im Einzelnen:

Zu Artikel 1

Änderung des Thüringer Beamtengesetzes

Zu Nummer 7 (§ 74a Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen)

Die geplante Regelung zur Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen gem. § 74a ThürBG-E in Art. 1 GesE sollte nach unserem Dafürhalten noch stärker das Subsidiaritätsprinzip berücksichtigen. Das könnte beispielsweise darüber erfolgen, indem zum Antrag des Beamten auch die zusätzliche Erklärung gefordert wird, dass er von keiner anderen Seite die Forderung ausgeglichen bekommen hat bzw. bekommen kann. Dies ist insbesondere, da viele private Haftpflichtversicherungen inzwischen eine sog. Forderungsausfallversicherung beinhalten, umso erforderlicher. Etwa 85 Prozent der deutschen Haushalte haben eine private Haftpflichtversicherung. Daher könnte nach dem Satz 1 in Absatz 3 eingefügt werden: „Der Beamte hat dem Antrag die Erklärung beizufügen, dass er von keinem Dritten, insbesondere nicht durch eine private Versicherung, eine dem Schmerzensgeld entsprechende Zahlung erhalten hat oder erhalten kann.“

Darüber hinaus erachten wir eine Konkretisierung des erfolglosen Vollstreckungsversuchs für erforderlich. Dazu sollte durch die Benennung einer bestimmten Anzahl von Vollstreckungsversuchen (quantitativ) und/oder den Nachweis einer eidesstattlichen Erklärung des Schuldners (qualitativ) dem gesetzgeberischen Bestimmtheitsgrundsatz Genüge getan und damit gleichermaßen eine bessere Handhabbarkeit in der Verwaltungspraxis hergestellt werden. Denn ansonsten könnte schon eine ins Leere gegangene Pfändung eines Kontos des Schuldners als erfolgloser Vollstreckungsversuch angesehen werden, obwohl keine weiteren (eventuell erfolgreichen) Pfändungen anderer Konten oder eine Sachpfändung erfolglos unternommen worden sind.

Die privaten Rechtsschutzversicherungen übernehmen i.d.R. die Kosten für mehrere Vollstreckungsversuche. Schließlich gilt ein Vollstreckungsversuch im Versicherungsrecht dann als erfolglos, wenn der Schädiger in den letzten drei Jahren die eidesstattliche Versicherung abgegeben hat vgl. OLG Celle, Urteil vom 30.04.2009 8 U 11/09). Die gleichen Bedenken zur Bestimmtheit des Gesetzes sind auf die Formulierungsvorschläge zur Titulierung des Anspruchs übertragbar. Gemäß § 704 ZPO ist Zwangsvollstreckung aus rechtskräftigen Urteilen möglich. Weitere Vollstreckungstitel sind in § 722, § 723, § 794 ZPO und anderen Gesetzen aufgezählt. Das sollte der Landesgesetzgeber im Sinne einer rechtseinheitlichen Handhabung beachten. Zielführend wäre es dahingehend beispielsweise dazu § 74 a Absatz 1 Satz 2 zu streichen und in Satz 1 statt „rechtskräftig festgestellten Anspruch“ auf einen „titulierten Anspruch“ abzustellen.

Stellungnahme:

Die Forderungen werden nicht aufgegriffen.

Sofern Schmerzensgeldansprüche von Forderungsausfallversicherungen überhaupt erfasst werden, stellt sich, wie bereits im Rahmen des ersten Beteiligungsverfahrens dargelegt, aus hiesiger Sicht die Frage eines Konkurrenzverhältnisses zwischen der Erfüllungsübernahme und einer möglichen Leistung einer Forderungsausfallversicherung nicht. Die Forderungsausfallversicherung wird sich im Leistungsfall den Anspruch gegenüber dem Schädiger abtreten lassen. Der Beamte wäre dann nicht mehr Forderungsinhaber, der Dienstherr daher nicht mehr leistungs verpflichtet. Die vorgeschlagene Ergänzung beträfe daher eine Situation, in der bereits die Voraussetzungen für die Erfüllungsübernahme nicht gegeben sind.

Die Anzahl erforderlicher Vollstreckungsversuche wurde bereits im Nachgang des ersten Beteiligungsverfahrens zum Gesetzentwurf konkretisiert. Ausfüllende Regelungen können Gegenstand einer Verwaltungsvorschrift hierzu sein, sollen indes nicht im Gesetz niedergelegt werden.

Zu Artikel 5**Änderung des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte**

Mit Blick auf die überarbeitete Fassung dieses Gesetzentwurfs kritisieren wir aufgrund erheblicher (verfassungs-)rechtlicher Bedenken das geplante Rückkehrrecht von Landesbeamten nach Art. 5 GesE. Danach soll ausschließlich Laufbahnbeamten des Landes Thüringen ein Anspruch auf Rückkehr in ihr Laufbahnbeamtenverhältnis eingeräumt werden, wenn sie nach Ablauf ihrer ersten Amtszeit ihr Amt nicht weiterführen und innerhalb einer Dreimonatsfrist ihren Rückkehranspruch mittels eines Antrags geltend machen. Dieser Regelungsentwurf stellt nach unserer Auffassung eine deutliche Ungleichbehandlung ohne sachlichen Grund unter verschiedenen Gesichtspunkten dar.

Festzustellen ist jedenfalls, dass diese Regelung eine übermäßige Privilegierung der Landesbeamten in Bezug auf ihre berufliche Situation darstellen und damit zu einer erheblichen, aber ungerechtfertigten Besserstellung dieser Personengruppe gegenüber sämtlichen anderen Wahlbewerbern führen würde.

Die Ungleichbehandlung gegenüber den kommunalen Laufbahnbeamten könnte im Ansatz zwar darüber gelöst werden, dass das Rückkehrrecht gleichermaßen auf diesen Personenkreis erweitert wird. Das führte allerdings insbesondere in kleineren Verwaltungseinheiten zu der praktischen Schwierigkeit, dass die Stelle, die bislang von dem potentiellen Wahlbewerber besetzt war, für die Dauer einer der regulären Amtszeit eines Wahlbeamten von sechs Jahren entweder unbesetzt bleiben oder interimsmäßig nur befristet besetzt werden könnte, da der kommunale Dienstherr gleichermaßen dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gem. § 53 Abs. 2 ThürKO verpflichtet ist. Ob die damit verbundenen Aufgaben in dieser „Übergangszeit“ in der gleichen Qualität und dem gleichen Umfang erfüllt werden, ist aufgrund praktischer Erfahrungen sehr zweifelhaft.

Darüber hinaus halten wir es für unvertretbar, dass dieses geplante Rückkehrrecht für die Landesbeamten vor allem auch zu einer Ungleichbehandlung gegenüber den

Tarifbeschäftigten sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene und gegenüber denjenigen Wahlbewerbern führen würde, die bislang hauptberuflich in der Privatwirtschaft tätig waren.

Darüber hinaus soll eine Voraussetzung für den Rückkehranspruch sein, dass ein hauptamtlicher kommunaler Wahlbeamter nach Ablauf der ersten Dienstzeit das Amt nicht weiterführt. Unbeantwortet bleibt in diesem Zusammenhang die Frage, ob dieses Rückkehrrecht auch dann bestehen soll, wenn die betroffene Person gegen den sog. Kontinuitätsgrundsatz aus § 5 Abs. 1 ThürKWBG verstößt und sich nicht wieder zur Wahl stellt. Nach unserem Dafürhalten wäre es nur konsequent, diese Rechtsfolgenregelung in diese vorgesehene Spezialregelung des § 6 Abs. 3 ThürKWBG-E in Art. 5 GesE mit aufzunehmen.

Im Ergebnis ist der Gemeinde- und Städtebund Thüringen jedenfalls der Auffassung, dass es in tatsächlicher Hinsicht keinen legislativen Regelungsbedarf für die Schaffung eines derartigen Rückkehrrechtes in dieser Form gibt, dieser Regelungsentwurf in verfassungsrechtlicher Hinsicht wegen des Verstoßes gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz sehr bedenklich ist und lehnen ihn daher ab.

Stellungnahme:

Die Einwände werden nicht aufgegriffen.

Grund der Regelung nur für Landesbeamte war es, eine unverhältnismäßige Belastung für Kommunen, die mitunter nur eine oder wenige Beamtenstellen haushalterisch eingerichtet haben, zu vermeiden. Die dargelegte Argumentation verkennt in diesem Zusammenhang, dass das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit mit der Ernennung zum Kommunalen Wahlbeamten endet (§ 22 Abs. 2 BeamStG). Es liegt daher im Regelfall keine Beurlaubung vor, der bisherige Dienstherr hat keine Möglichkeit, eine Leerstelle für die Rückkehr vorzuhalten. Eine Planstellenbesetzung durch den Stelleninhaber ist damit nicht gegeben, eine unbefristete Nachbesetzung möglich. Die unbefristete Nachbesetzung würde vor allem in den Fällen nur geringer Stellenausstattungen in einem gewissen Spannungsverhältnis zur latenten Pflicht des früheren Dienstherrn zur Unterbringung des zurückkehrenden Beamten auf Lebenszeit stehen. Im Falle des Freistaats Thüringen als Dienstherr kann angesichts der Stellenausstattung davon ausgegangen werden, dass diese Pflicht zur Unterbringung des zurückkehrenden Beamten grundsätzlich erfüllbar ist. Im Falle kommunaler Dienstherrn gilt dies nicht uneingeschränkt.

Absatz 3 sieht allein das Rückkehrrecht in den früheren Status vor und macht dies davon abhängig, dass das kommunale Wahlamt nach Ablauf der Amtszeit nicht weitergeführt wird. Dies gilt ungeachtet dessen, ob der betreffende Beamte selbst die Weiterführung des Amtes abgelehnt hat (mit der Folge der Entlassung nach § 6 Abs. 2 Nr. 3 ThürKWBG und des Verlustes des Versorgungsanspruchs aus dem Zeitbeamtenverhältnis) oder ob er aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grund nicht wieder berufen worden ist. Angesichts des klaren Wortlauts und der systematischen Stellung bedarf es insoweit keiner ergänzenden Regelung. Insbesondere liegt keine Kollision mit der Pflicht zur Weiterführung des Amtes vor. Entscheidet sich der Beamte gegen die Weiterführung des Amtes, muss er entsprechende Nachteile in Kauf nehmen.

Änderungsvorschläge des DGB zum Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts**Stellungnahme der Landesregierung gemäß § 95 Abs. 3 ThürBG****Allgemeines:**

Der DGB begrüßt, die geplanten Gesetzesänderungen insgesamt. Auch die abweichenden von den Vorentwürfen neu aufgenommen Regelungen stoßen auf keine grundsätzlichen Bedenken.

Zu Artikel 1**Änderung des Thüringer Beamtengesetzes****Zu Nummer 6 (§ 72 Pauschale Beihilfe)**

Insbesondere die unter Artikel 1 aufgeführte Ergänzung des § 72 Thüringer Beamtengesetz (ThürBG) um eine neue zusätzliche Form der Beihilfegewährung entspricht einer langfristigen gewerkschaftlichen Forderung und wird durch uns begrüßt. Damit wird auch für Thüringer Beamtinnen und Beamten Wahlfreiheit zwischen der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung hergestellt. Die zwischenzeitlich durch den Hamburger Senat vorgelegte erste Zwischenbilanz zu den Erfahrungen mit der pauschalen Beihilfe zeigt, dass der Weg richtig ist und auf Resonanz bei den Beschäftigten stößt, wenn auch im ersten Schritt weniger Kolleginnen und Kollegen als erwartet von der Wahlmöglichkeit Gebrauch gemacht haben.

In Thüringen könnten allerdings mehr bereits verbeamtete Bedienstete die sozialversicherungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllen, da sie bereit in der GKV versichert sind und bei einem Verbleib nicht mehr gegenüber den in der PKV Versicherten benachteiligt werden. Dass Thüringen hier auf dem richtigen Weg ist, zeigt sich auch daran, dass die Einführung einer pauschalen Beihilfe entsprechend des Hamburger Modells bundesweit in der Diskussion ist.

In Abweichung zum Hamburger Beamtengesetz begrüßen wir aber, dass die Beihilfe grundsätzlich zu notwendigen, nachgewiesenen und der Höhe nach angemessenen Aufwendungen für die Behandlung von Behinderungen erhalten bleiben soll. Die Beihilfe nach § 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 steht mit dem Gesetzentwurf nicht zur Disposition. Dies ist eine gute Entscheidung, um Benachteiligungen im Arbeitsleben gar nicht erst entstehen zu lassen oder sie so schnell wie möglich zu überwinden.

Positiv hervorheben möchte ich, dass Sie unsere Anregung aufgenommen haben, in das Gesetz unter § 72 Abs. 5 die Verpflichtung des Dienstherrn zur „Belehrung über die Rechtsfolgen“ vor der einmaligen Entscheidung für eine Beihilfeform aufzunehmen. Dies entspricht der notwendigen Fürsorge des Dienstherrn ebenso wie die ergänzende Beihilfegewährung in besonderen Härtefällen.

Stellungnahme:

Die Feststellung des DGB im Hinblick zur Beihilfefähigkeit von Aufwendungen für die Behandlungen von Behinderungen im Zusammenhang mit der Gewährung von pauschaler Beihilfe ist nicht zutreffend, weil im Gesetzentwurf unter Nummer 6 Buchstabe b)

Doppelbuchstabe bb) die mit der Nummerierung einhergehenden Leistungen in Absatz 3 geändert werden. Infolge sind bei der pauschalen Beihilfegewährung künftig ebenso wie nach dem Hamburger Modell die Aufwendungen in Pflegefällen ausgenommen.

Zu Nummer 7 (§ 74a Regelungen zur Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeld)

Zur Ergänzung des Thüringer Beamtengesetzes mit § 74a um Regelungen zur Erfüllungsübernahme des Freistaates bei Schmerzensgeldansprüchen von Beamtinnen und Beamten gegen Dritte haben wir uns schon positiv geäußert. Die Notwendigkeit entspringt dem, was insbesondere die Kolleginnen und Kollegen im Polizeidienst regelmäßig erleben müssen, was aber leider auch im Schuldienst und in der allgemeinen Verwaltung zunehmend um sich greift.

Wir begrüßen sehr die vorgenommene Veränderung im Vergleich zu den Vorentwürfen, wonach nun die Höhe des Schmerzensgeldanspruchs der Beamtinnen und Beamten für die Erfüllungsübernahme durch den Dienstherrn unbeachtlich ist. Dies geht über die von uns gemachten Anmerkungen hinaus, liegt aber absolut im Interesse der betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Dies gilt auch für klarstellende Formulierung, dass laut vorliegendem Entwurf genau ein erfolgloser Vollstreckungsversuch nachzuweisen ist. Damit orientiert sich die Thüringer Regelung an den bundesweit vorteilhaftesten Regelungen.

Dennoch möchten wir zum wiederholten Male anmerken, dass auch von verbaler Gewalt und Beleidigungen im Dienst und in Folge der Dienstausbildung erhebliche Belastungen bis hin zur Dienstunfähigkeit ausgehen. Beschimpfungen, Beleidigungen und Drohungen bedeuten eine erhebliche, sich auch auf die persönliche Lebenssituation der Bediensteten auswirkende psychische Belastung.

Wir regen darum weiterhin an, auch Beleidigungstatbestände in den neuen § 74 a aufzunehmen. Wenn der Dienstherr auch die vollstreckbaren Schadensersatzansprüche der Bediensteten erfüllt und übernimmt und dann seinerseits die Vollstreckung betreibt, folgt das einerseits dem Fürsorgeprinzip und stellt andererseits eine Würdigung und ein Zeichen der Achtung gegenüber den betroffenen Bediensteten dar. Diese würden erheblich entlastet und für den Schädiger würde die Konsequenz seines Handelns spürbar.

Stellungnahme:

Die Anregung einer Ausweitung auch auf rein verbale Angriffe (Beleidigung, Bedrohung) wird nicht aufgegriffen. Als ein erster wichtiger Schritt, die Fürsorgemaßnahmen des Dienstherrn zugunsten der Beamten auszubauen, stehen primär nur tätliche Angriffe im Fokus der Neuregelung. Hinsichtlich rein verbaler Angriffe ist ohnehin stets zu differenzieren, ob sich diese tatsächlich gegen das Persönlichkeitsrecht des Beamten als Person richten oder ihn allein in seiner Eigenschaft als Beamter betreffen.

Auch die Forderung einer gesetzlichen Regelung zur Erfüllungsübernahme vollstreckbarer Schadensersatzansprüche wird nicht aufgegriffen. Im Kontext des Dienstunfallrechts gehen materielle Schadensersatzansprüche gegen Dritte gemäß § 47 ThürBG insoweit auf den Dienstherrn über, wie dieser zur Leistung verpflichtet ist. Hierzu gehören u.a. die Erstattung von Sachschäden und besonderen Aufwendungen, Kosten, die durch das Heilverfahren entstehen sowie die Kosten, die durch die Weiterzahlung der Dienstbezüge während einer auf dem Dienstunfall basierenden Dienstunfähigkeit entstehen. Ein Regelungsbedarf wird insoweit nicht gesehen.

Zu Artikel 2**Änderung des Thüringer Laufbahngesetzes****Zu Nummer 4 (§ 9 Abs. 2 Nr. 12):**

Die Einführung des informationstechnischen Dienstes als zusätzliche Fachrichtung, § 9 Abs. 2 Nr. 12 ThürLaufbG, wurde durch uns begrüßt. Ergänzend ist aber anzumerken, dass die in der Begründung formulierte Erwartung, damit den mit der fortschreitenden Digitalisierung einhergehenden personellen Anforderungen gerecht werden, aus unserer Sicht fraglich ist. Es steht zu erwarten, dass mit der Gesetzesänderung zugleich auch eine bessere Anerkennung von Aus- und Weiterbildungen sowie von Berufserfahrungen sowie die Möglichkeit zur Teilnahme an Weiterbildungen für diese Beamten eröffnet werden sollen. Die Einführung einer weiteren Fachrichtung allein wird allerdings kaum ausreichen, den personellen Anforderungen im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung gerecht zu werden.

Auch die weiteren Änderungen sollen die Personalgewinnung befördern, so die Möglichkeit der Verkürzung des Vorbereitungsdienstes um weitere sechs auf 12 Monate, § 20 Abs. 2. Die damit verbesserte Durchlässigkeit in die nächsthöhere Laufbahn begrüßen wir. Notwendig ist aber, dass das Ausbildungsziel nicht gefährdet ist und nachgewiesen wird, dass die für die Laufbahnbefähigung erforderlichen Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten auch wirklich vorhanden sind. Dem Ziel der Attraktivierung des öffentlichen Dienstes für „Quereinsteiger“ dient auch die Eröffnung des Zugangs zur Laufbahn des höheren Dienstes entsprechend der Laufbahngruppen des mittleren und des gehobenen Dienstes über die Einführung der Regelungen in § 22 Abs. 3.

Wir gehen aber nicht davon aus, dass diese im Detail sinnvollen Maßnahmen ausreichen, um langfristig genug qualifizierter Personal für den öffentlichen Dienst zu finden und zu binden. Der DGB bleibt bei der Forderung, nach einer umfassenden Aufwertung des öffentlichen Dienstes. Neben der Beendung des Personalabbaupfades kann dies durch attraktivere Arbeitsbedingungen, wie z.B. die Verringerung der Arbeitsdichte durch eine angemessene Stellenausstattung, die Absenkung der Wochenarbeitszeit, bessere Vereinbarkeit, die Ruhegehaltfähigkeit von Zulagen, deren Dynamisierung und die Wiedereinführung des 13. Monatsgehaltes geschehen.

Stellungnahme:

Die fortschreitende Digitalisierung und der damit einhergehende gestiegene Bedarf an qualifiziertem Personal hat das dringende Bedürfnis der öffentlichen Verwaltung nach einer hierfür eingerichteten Fachrichtung offenbart. Insoweit wird es sich nicht allein um eine Momentaufnahme sondern um einen weiter fortschreitenden Prozess handeln, der alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung zumindest mittelbar berührt und insoweit eine über den flächendeckenden Fachkräftemangel hinausgehende Qualität aufweist. Zugleich erfordert dies aber auch eine fachliche Spezifik, der die grundsätzlich seit der Dienstrechtsreform 2015 angelegten breit aufgestellten Fachrichtungen und die damit einhergehende Transparenz und Flexibilität nicht hinreichend gerecht werden. Das innerhalb der eingerichteten Fachrichtungen geltende Laufbahnprinzip steht zu den fachlichen Erfordernissen im Bereich der Informationstechnik in einem Spannungsverhältnis, dem durch das Herauslösen aus den bisherigen Fachrichtungen und die beabsichtigte Einrichtung als eigene Fachrichtung begegnet werden soll.

An den elf, breit ausgerichteten Fachrichtungen festzuhalten, würde bedeuten, dass sich der öffentliche Dienst dem bereits benannten fortschreitenden Prozess der Digitalisierung verschließt und damit die notwendige personelle, fachlich kompetente Aufstellung verpasst.

Zu Artikel 5

Änderung des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte

Die schon in der zweiten Entwurfsfassung ergänzte Änderung des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte (Art. 5) trifft unsererseits auf keine Bedenken. Hierbei wird geregelt, dass kommunale Wahlbeamte, wenn sie sich nicht der Wiederwahl stellen, nach Ablauf der ersten Amtszeit wieder und ohne für sie nachteilige Regelungen in das Landesbeamtenverhältnis zu übernehmen sind. Wir regen an, diese Regelung zur Klarstellung analog in das Thüringer Beamtengesetz aufzunehmen. So sollte eine Ergänzung unter § 19 ThürBG erfolgen.

Stellungnahme

Eine Klarstellung in § 19 ThürBG ist nicht vorgesehen, da ein Beamter grundsätzlich kraft Gesetzes entlassen ist, wenn er in ein öffentlich-rechtliches Dienst- oder Beamtenverhältnis zu einem anderen Dienstherrn tritt (§ 22 Abs. 2 Satz 1 BeamStG) und dies bereits geregelt ist.

Änderungsvorschläge des tbb zum Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts**Stellungnahme der Landesregierung gemäß § 95 Abs. 3 ThürBG**

Zu den Vorschriften im Einzelnen:

Zu Artikel 1**Änderung des Thüringer Beamtengesetzes****Zu Nummer 2 (§ 12 Abs. 2)**

Der tbb vertritt die Auffassung, sofern § 12 um den Begriff der Zuweisung erweitert wird, den Begriff der Zuweisung auch in diesem Gesetz zu definieren. Der tbb fordert eine entsprechende Ergänzung.

Stellungnahme:

Eine Definition des Begriffes Zuweisung in diesem Gesetz ist nicht notwendig, da eine solche bereits in § 20 BeamStG enthalten ist.

Zu Nummer 3 (§ 13a)

Der tbb spricht sich gegen die im Entwurf vorgeschlagene Formulierung aus. Auf Landesebene wurde ein Tarifvertrag zur Verwaltungsreform abgeschlossen, der Regelungen zum Umgang mit den von Verwaltungsreformmaßnahmen betroffenen Tarifbeschäftigten festgelegt hat. Der tbb fordert eine systemgerechte Übertragung auf alle Thüringer Landesbeamten.

Stellungnahme:

Der Verweis auf die Forderung der systemgerechten Übertragung des Tarifvertrages zur Verwaltungsreform auf die Beamten verfährt nicht. Der Tarifvertrag gilt nur für die Verwaltungsreform. Demgegenüber soll hier eine abstrakt generelle Regelung für zukünftige Prozesse der Auflösung oder Umbildung von Behörden geschaffen werden.

Zu Nummer 4 (§ 33 Abs. 1)

Der tbb lehnt diese Ergänzung ab. Das bisherige Amtsarztprinzip wird dadurch faktisch ausgehebelt. In diesem System darf es keine Wahlmöglichkeiten des Arztes geben, da dies beidseitig missbraucht werden kann und wird. Um generell eine Klarstellung zu ermöglichen, schlägt der tbb vor, bei Wohnsitz in Thüringen grundsätzlich den Amtsarzt am Wohnsitz des Beamten festzulegen. Bei Wohnsitz außerhalb Thüringens sollte es der Dienstort sein. Die Festlegung des Wohnsitzes als Amtsarztort trägt dem Tatbestand Rechnung, dem betroffenen Beamten hier entgegen zu kommen. Längere Wartezeiten sind beim aktuellen Ärztemangel überall gleich einzukalkulieren. Eine generelle Verbesserung der Bezahlung von Amtsärzten könnte dem Fachkräftemangel entgegen wirken, hat aber natürlich nichts mit den Regelungsmöglichkeiten dieses Gesetzes zu tun.

Stellungnahme

Das vorgesehene Erfordernis besonderer dienstlicher oder persönlicher Gründe soll bereits eine (willkürliche) Wahl des Arztes ausschließen. Eine besondere Missbrauchsanfälligkeit

wird hierin nicht gesehen und wird angesichts der Verpflichtungen der öffentlichen Verwaltung aus Art. 20 Abs. 3 GG auch nicht von vornherein unterstellt.

Zu Nummer 5 (§ 59 Abs. 2)

Zu b) „Telearbeit“

Der tbb hält es nach wie vor für erforderlich, eine landeseinheitliche Regelung für Telearbeit zu schaffen, die in den einzelnen Bereichen durch Ausführungsrichtlinien in Form von Dienstvereinbarungen ergänzt werden. Es sollte klar sein, dass es generell gewollt ist, Telearbeit anzubieten. Daher sollte das Wort „können“ durch „sollen“ ersetzt werden. Nach wie vor gibt es nicht in allen Bereichen Regelungen zur Telearbeit. Soweit vorhanden, sind diese in Form von Dienstvereinbarungen geregelt. Der tbb gibt zu bedenken, dass Telearbeit gerade bei Umstrukturierungen der Landesverwaltung für manche Beschäftigte (Pfleger, Schwerbehinderte etc.) einen guten Belastungsausgleich zu längeren Fahrtstrecken bieten könnte. Bei Wegfall einer Dienststelle würden jedoch die Regelungen zur Telearbeit nicht mehr gelten. Daher wäre es zweckmäßig, einen landeseinheitlichen Rahmen vorzugeben, der „vor Ort“ die Voraussetzungen der Machbarkeit und den weiteren Personenkreis näher definiert.

Stellungnahme

Telearbeit ist vordergründig mit organisatorischen Entscheidungen (bspw. hinsichtlich des Arbeitsortes) verbunden, sie zieht jedoch nicht zwangsläufig auch Änderungen der Arbeitszeit nach sich. Insoweit sollte die Entscheidung, ob und wenn ja, welche Festlegungen zur Telearbeit in die Thüringer Arbeitszeitverordnung aufgenommen werden, der Landesregierung obliegen.

Unabhängig davon könnte durch eine Änderung des Wortlautes, wie sie der tbb vorschlägt, der Eindruck entstehen, dass eine Bewilligung einer Telearbeit zunächst eine Regelung in der Thüringer Arbeitszeitverordnung voraussetzt und bereits bestehende Vereinbarungen in Frage stellen. Dies sollte vermieden werden.

Zu Nummer 6c (§ 72 Abs. 4)

Der tbb versteht und befürwortet den Regelungsinhalt dieser Ergänzung. Wir kritisieren jedoch die Einführung neuer unbestimmter Rechtsbegriffe, hier „strengster Maßstab“ und bitten um Neuformulierung (z.B. Einzelfallbetrachtung) oder Definition. Der Verweis auf Absatz 7 bedarf der Überprüfung, da in Absatz 7 keine Ermächtigungsgrundlage für Rechtsverordnungen geregelt ist.

Stellungnahme

Insoweit die neu aufzunehmende Regelung vorsieht, dass die oberste Dienstbehörde in besonders begründeten Ausnahmefällen, die nur bei Anlegung des strengsten Maßstabs anzunehmen sind, die Bemessungssätze erhöhen und Beihilfe unter anderen als den in diesem Gesetz und der auf der Grundlage von Absatz 7 erlassenen Rechtsverordnung geregelten Voraussetzungen gewähren kann, ist dies aus hiesiger Sicht nicht zu beanstanden. In der Rechtsprechung ist hinreichend geklärt, dass der unbestimmte Rechtsbegriff des „strengster Maßstab“ dahingehend auszulegen ist, dass den Anforderungen des durch Art 33 Abs. 5 GG gewährleisteten Alimentationsgrundsatzes Rechnung zu tragen ist (s. Urteil des BVerwG vom 24.01.2012 – 2 C 24/10 (juris: Rn.14 ff.).

Durch die Einfügung des neuen Absatzes 6 in § 72 ThürBG ist eine redaktionelle Folgeänderung erforderlich. Danach wird der derzeitige Absatz 6, der die Ermächtigungsgrundlage für die Rechtsverordnung regelt, zu Absatz 7.

Zu Nummer 6d (§ 72 Abs. 6 „Beitragszuschuss für GKV-Versicherte Beamte“ / Pauschale Beihilfegewährung)

Der tbb hält seine Kritik an der Einführung einer Pauschalen Beihilfe aufrecht. Dieser Weg hin zu einer Einheitsversicherung wird grundsätzlich abgelehnt. Er führt zudem dazu, dass damit das bestehende zukunftsste und generationengerechte System zur Disposition gestellt wird. Einheitssysteme fördern zwingend die Rationierung von Gesundheitsleistungen, wie dies in allen Ländern, die diesen Weg eingeschlagen haben, zur unschönen Realität geworden ist. Gleichzeitig wird der Zugang zur Spitzenmedizin außerhalb des Einheitssystems organisiert. Der Preis- und Leistungswettbewerb würde nicht mehr durch den Wettbewerb der Systeme positiv beeinflusst. Die funktionierende Wechselwirkung der bestehenden Systeme darf allein deshalb nicht in Frage gestellt werden. Richtig und sinnvoll ist es, durch einen sachgerechten Mitteleinsatz die Stärkung der bestehenden Beihilferegeln für alle Beamten und Versorgungsempfänger zu bewirken – was hier gerade nicht die Zielrichtung ist.

Zudem ist zu betonen, dass zur Erfüllung der Fürsorgepflicht die notwendigen personellen und sachlichen Ressourcen bereitzustellen sind, die zu einer reibungslosen Abwicklung der Beihilfe notwendig sind. Auch hier besteht noch viel Verbesserungspotential. Der Entwurf ist nicht mit den Verfassungsvorgaben abgestimmt und differenziert das vorhandene, bewährte System weiter, was nicht der erforderlichen Gleichbehandlung der Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger Rechnung trägt. Der Dienstherr hat bei der Erfüllung seiner Fürsorgepflicht einen weiten Gestaltungsspielraum (BVerfG, Beschluss vom 13.11.1990, 2 BvF 3/88), jedoch muss die Gesamtwirkung der Maßnahme in Wechselwirkung mit anderen Sicherungssystemen abgewogen werden. Die Regelungen zur Versicherungspflicht bzw. Versicherungsfreiheit liegen grundsätzlich in der Kompetenz des Bundes, welche durch das SGB V wahrgenommen wird. Gleiches gilt auch für die Gewährung eines Arbeitgeberzuschusses nach § 257 SGB V.

Formal wäre eine Regelung durch den Bund unter Beteiligung der anderen Länder anzustreben, da diese über den Bundesrat beteiligt werden müssen. Dies löst aber nicht die übrigen Vorbehalte. Festzustellen ist dabei, dass ein - wie auch immer ausgestalteter - pauschaler regelmäßiger monatlicher Zuschuss als Arbeitgeberzuschuss gewertet werden muss und keine Beihilfegewährung darstellt. Kennzeichen der gewachsenen Beihilfe ist die Kostenerstattung und damit die anlassbezogene Gewährung einer Geldleistung im Krankheitsfall.

Auch ist der Gesetzentwurf in Verbindung mit der verfassungsrechtlich geschützten Alimentation nach Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz unvereinbar:

Das Modell sieht durch den geplanten Zuschuss eine einseitige Privilegierung von Beamtinnen und Beamten nach deren Optionswunsch vor und gewährt nur diesen monatliche, zur Besoldung zählende, Dienstbezüge, die andere Beamtinnen und Beamte nicht erhalten. Diese Ausdifferenzierung ist im Ergebnis nicht akzeptabel, da die damit verbundenen Chancen und Risiken zum Zeitpunkt der Verbeamtung nicht abschließend überblickt werden können. Der Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung ist mit Wechseleffekten verbunden, die eigentlich von den gesetzlichen Sicherungssystemen nicht

gewünscht sein können. Es ist damit zu rechnen, dass beim Zugang überproportional viele mitversicherte Ehegatten und Kinder oder auch Personen mit Vorerkrankungen von dem Wahlrecht Gebrauch machen werden.

Daher müssten das Modell und dieser Zugang auch von der gesetzlichen Krankenversicherung ohne Vorliegen eines schlüssigen Gesamtkonzeptes abgelehnt werden. Durch die geplante Einmaligkeit des Wahlrechts wird der Druck bei der Neuverbeamtung zur Auswahl des geeigneten Systems verstärkt. Ziel muss vielmehr sein, durch Beihilfe und ergänzende private Krankenversicherung ein für alle Gruppen gleichermaßen attraktives Angebot zu schaffen.

Dies ist für die Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst als auch für den Zusammenhalt innerhalb der Beamtenschaft von großer Bedeutung. Der vorgesehene Arbeitgeberzuschuss, sowohl für die GKV als auch für die PKV, gefährdet die Mobilität der Beamten bei Dienstherrnwechseln. Da weder der Bund noch andere Länder über eine entsprechende Regelung verfügen, kommt es bei einem Wechsel zwangsweise zu Problemen.

Entweder müssten GKV-versicherte Beamte wieder den vollen Beitrag zahlen oder alternativ mit höheren PKV-Beiträgen rechnen, da das Eintrittsalter höher liegt. Deshalb kann auf eine Abstimmung mit fast allen anderen Ländern nicht verzichtet werden. Dies bestärkt die verfassungsrechtlichen Vorbehalte.

Auch zeigt die aktuelle Umsetzung des Modells in Hamburg, dass die Teilloption der pauschalen Beihilfegewährung eines Zuschusses zu einer vollständigen Absicherung in der PKV mit vielen praktischen Problemen verbunden ist. Die knapp gehaltene Rechtsgrundlage wirft dabei viele Fragen auf. Dies betrifft die Berücksichtigung von Beitragsrückerstattungen, den Umfang der berücksichtigungsfähigen Leistungen der PKV bei Berechnung des Zuschusses oder die Auswirkungen auf die Pauschale bei Änderungen des Versicherungsschutzes. Zudem enthält der Gesetzentwurf nur eine allgemeine Abschätzung der vorhandenen gesetzlich krankenversicherten Beamten und damit auch keine belastbare Kostenabschätzung. Ausgehend von der Anzahl der vorhandenen Beamten im Land Thüringen sowie der ebenfalls betroffenen Kommunen, ist mindestens mit Mehrausgaben wie in Hamburg in Höhe von 6 Mio. Euro mit steigender Tendenz zu rechnen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Thüringen im Länderfinanzausgleich zu den Nehmer-Ländern zählt.

Ohne dies ist eine seriöse Diskussion über den Vorschlag nicht möglich. Der Landesregierung kann deshalb nur geraten werden, Abstand von dem politisch motivierten Vorstoß zu nehmen.

Stellungnahme:

Die neue Form der Beihilfegewährung ermöglicht es der beihilfeberechtigten Person, die Eigenvorsorge im Krankheitsfall für sich und seine berücksichtigungsfähigen Angehörigen nunmehr auch wirtschaftlich sinnvoll zu ergänzen. An dieser Auffassung wird festgehalten. Ebenso wenig ist der Vortrag nachvollziehbar, dass das derzeitige Beihilfesystem zur Disposition gestellt wird. Denn dass die vorhandenen Systeme zur Absicherung im Krankheitsfall zukunftsfest und generationengerecht in der derzeitigen Form fortbestehen bleiben, ist in Ermangelung von Erfahrungen für sehr lange Zeiträume nicht belegt.

Durch die Erweiterung der Möglichkeit sich Rahmen der Beihilfe in Abhängigkeit von der im Rahmen der Eigenvorsorge getroffenen Entscheidung der beihilfeberechtigten Person zur Absicherung des Krankheitsrisikos zu beteiligen, wird das bisher bestehende Ungleichgewicht hinsichtlich der Beteiligung des Dienstherrn an den nicht durch die Eigenvorsorge abgedeckten Kosten Rechnung getragen. Denn bisher musste die beihilfeberechtigte Person, die sich für die Absicherung des Krankheitsrisikos für eine freiwillige Versicherung in der GKV entschieden hat, die Versicherungsbeiträge allein tragen. Der Dienstherr beteiligte sich nur in wenigen Fällen an den im Krankheitsfall verbleibenden Kosten. Dies ist zwar rechtlich nicht zu beanstanden, weil die Entscheidung der durch die beihilfeberechtigte Person zu treffenden Eigenvorsorge auf einer freiwilligen Entscheidung beruht. Der Dienstherr profitiert jedoch bei der Absicherung der beihilfeberechtigten Person im Falle einer freiwilligen Versicherung in GKV, weil er sich nur in wenigen Fällen an den im Krankheitsfall verbleibenden Kosten beteiligt. Andererseits ist die freiwillig in der GKV versicherte beihilfeberechtigte Person im Rahmen der Eigenvorsorge mit hohen Versicherungsbeiträgen belastet. Dieses Ungleichgewicht zwischen der hohen Beitragsbelastung der beihilfeberechtigten Person einerseits und den erzielten Einsparungen bei den Beihilfeausgaben des Dienstherrn andererseits, gilt es auszugleichen. Deshalb sind auch die Ausführungen des tbb nicht nachvollziehbar, dass es sich bei der Erweiterung der Formen der Beihilfegewährung um einen Schritt in Richtung Einheitsversicherung handelt. In welchem Umfang beihilfeberechtigte Personen künftig die pauschale Beihilfe in Anspruch nehmen werden, ist derzeit noch nicht absehbar. Es ist durchaus zu erwarten, dass die Eröffnung der neuen Möglichkeit der Beihilfe sich wettbewerbsfördernd auf die Krankensicherungssysteme auswirken. Somit wird die bestehende funktionierende Wechselwirkung der bestehenden Systeme nicht in Frage gestellt, sondern durch einen sachgerechten Mitteleinsatz die Stärkung der bestehenden Beihilferegeln für alle Beamten und Versorgungsempfänger bewirkt.

Insoweit vorgetragen wird, dass der Entwurf nicht mit den Verfassungsvorgaben abgestimmt ist und das vorhandene, bewährte System weiter differenziert, was nicht der erforderlichen Gleichbehandlung der Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger Rechnung trägt, kann ohne weitere Ausführungen nicht nachvollzogen werden. Ein Verstoß gegen verfassungsrechtliche Vorgaben ist nicht auch unter Bezugnahme auf den zitierten Beschluss des Bundessverfassungsgerichts vom 13.11.1990 (2 BvF 3/88) ersichtlich. Dies betrifft sowohl Art. 33 Abs. 5 GG noch den Grundsatz der Gleichbehandlung. Zudem ist die Rechtsauffassungen zur Reichweite des Art. 33 Abs. 5 GG nicht einheitlich. Das Grundgesetz verpflichtet den Dienstherrn nicht zu einem bestimmten System der Absicherung des Krankheitsrisikos. Es liegt in seinem Gestaltungsspielraum, wie er dies gewährleistet. Er muss allerdings dafür sorgen, den angemessenen Lebensunterhalt auch im Krankheitsfall sicherzustellen. Dies wird auch durch die Gewährung der pauschalen Beihilfe gewährleistet. Zudem wird durch den unter Nr. 6 Buchstabe c dem Absatz 4 neu anzufügenden Satz sichergestellt, dass sich der Dienstherr seiner Fürsorgepflicht nicht entziehen kann. Mit dem Gesetzentwurf nutzt der Gesetzgeber die in seiner Kompetenz bestehen Möglichkeiten ohne gegen Bundesrecht zu verstoßen. Eingriffe in das SGB V sind nicht möglich und werden auch nicht vorgenommen. Dass die Erweiterung des derzeitigen Beihilfesystems in der im Gesetzentwurf enthaltenen Form, der Gewährung einer pauschalen Beihilfe, eine einseitige Privilegierung darstellt, ist ebenfalls nicht nachvollziehbar. Der Gesetzgeber regelt im Rahmen der in seiner Kompetenz bestehenden Möglichkeiten und unter Beachtung von Bundesrecht. So wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die Eigenverantwortung der beihilfeberechtigten Personen

künftig weiter gestärkt, indem diese sich für den für ihre Lebensplanung geeigneten Krankenversicherungsschutz entscheiden können, ohne wie bisher im Falle der freiwillig gesetzlichen Krankenversicherung mit hohen Beitragsbelastungen rechnen zu müssen.

Durch Einführung der „pauschalen Beihilfe“ wird auch die Möglichkeit eröffnet, dass beihilfeberechtigte Personen sich bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen nicht nur anteilig, sondern in vollem Umfang absichern können, wobei aus Gründen der Gleichbehandlung mit den Fällen der freiwilligen gesetzlichen Krankenversicherung die Beihilfe auf den hälftigen Beitrag für den Basistarif beschränkt wird. Dies ist sachgerecht, weil der Basistarif den Leistungskatalog der GKV nachbildet. Diese neuen Möglichkeiten tragen auch zur Stärkung der Gewinnung von Nachwuchs bei. Eine Gefährdung der Mobilität wird nicht gesehen. Es dürfte sich um wenige Fälle handeln. Dienstherrnwechsel sind nicht nur im Bereich der Beihilfe mit Änderungen verbunden, sondern bspw. auch in der Besoldung und infolge in der Versorgung.

Vor dem Hintergrund der mit der Umsetzung der „pauschalen Beihilfe“ verbundenen Einzelheiten, die die Berücksichtigung von Beitragsrückerstattungen, den Umfang der berücksichtigungsfähigen Leistungen der PKV bei Berechnung des Zuschusses oder die Auswirkungen auf die Pauschale bei Änderungen des Versicherungsschutzes betreffen, sieht der Gesetzentwurf vor, dass die oberste Dienstbehörde, im Bereich des Landes das für das Beihilferecht zuständige Ministerium, das Verfahren zur Antragstellung, Festsetzung und Zahlung der pauschalen Beihilfe regelt.

Eine gesetzliche Grundlage zur Erfassung sämtlicher freiwillig in der GKV versicherten Beamten und Versorgungsempfänger als Grundlage für eine Kostenabschätzung existiert nicht. Nur im Zusammenhang mit der Beantragung von Beihilfe werden die versicherungsrelevanten Daten erfasst. Die Anzahl der freiwillig in der GKV versicherten beihilfeberechtigten Personen, die einen Beihilfeantrag gestellt haben, beschränkt sich nur auf wenige Fälle. Ein Anspruch auf Vollständigkeit und Aktualität der Daten ist daher nicht gewährleistet. Vor diesem Hintergrund wurden die gesetzlichen Krankenkassen an der Datenermittlung beteiligt, die im Übrigen nicht die ihrerseits vorgetragenen Befürchtungen von Wechseleffekten, eines überproportionalen Zugang von mitversicherten Ehegatten und Kindern sowie von Personen mit Vorerkrankungen geäußert haben. Es kann wohl eher davon ausgegangen werden, dass auch bisher in der GKV versicherte Personen sich im Zusammenhang mit einer anstehenden Verbeamtung für den Verbleib in der GKV entscheiden werden. In welchem Umfang in diesen Fällen die „pauschale Beihilfe“ beantragt wird, ist völlig unklar. Von einer Kostenabschätzung unter Zugrundlegung der Daten in Hamburg wurde aufgrund der vorhergehenden Ausführungen abgesehen.

Zu Nummer 7 (§ 74 a Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen)

Der tbb begrüßt ausdrücklich die Aufnahme dieser Regelung. Diese entspringt dem Fürsorgegedanken des § 45 BeamStG und wurde durch den tbb bereits in vorangegangenen Äußerungen gefordert. Mit der Übernahme von Schmerzensgeldansprüchen durch den Dienstherrn tritt zudem ein Synergieeffekt ein, da der Dienstherr in der Regel eigene Forderungen wie Verdienstausschlag und Schadensersatz gegen den Verursacher geltend macht. Gemeinsam mit unserer Fachgewerkschaft DPoIG sehen wir es unter dem Gesichtspunkt der Fürsorgepflicht des Dienstherrn jedoch als notwendig an, Polizeibeamtinnen und –beamte auch bei der Durchsetzung von zivilrechtlichen Ansprüchen gegen Gewalttäter zu unterstützen.

Hierzu bedarf es weitergehender Regelungen.

Stellungnahme:

Die Forderung einer gesetzlichen Regelung zur Erfüllungsübernahme von zivilrechtlichen Ansprüchen wird nicht aufgegriffen. Im Kontext des Dienstunfallrechts gehen materielle Schadensersatzansprüche gegen Dritte gemäß § 47 ThürBG insoweit auf den Dienstherrn über, wie dieser zur Leistung verpflichtet ist. Hierzu gehören u.a. die Erstattung von Sachschäden und besonderen Aufwendungen, Kosten, die durch das Heilverfahren entstehen, sowie die Kosten, die durch die Weiterzahlung der Dienstbezüge während einer auf dem Dienstunfall basierenden Dienstunfähigkeit entstehen. Ein Regelungsbedarf wird insoweit nicht gesehen.

Zu Artikel 2

Änderung Thüringer Laufbahngesetz

Zu Nummer 4 (§ 9 Abs. 2)

Der tbb spricht sich gegen eine Erweiterung um Nr. 12 informationstechnischer Dienst aus. Mit der Schaffung eines Thüringer Laufbahngesetzes im Rahmen der Dienstrechtsreform 2014 wurden die Laufbahnen erst zusammengefasst. In der Gesetzesbegründung dazu heißt es: „Mit der Bündelung der Laufbahnen in elf übergeordneten Fachrichtungen wird das Laufbahnsystem transparenter und einfacher. Der Personaleinsatz wird zudem flexibilisiert und vereinfacht, da sich ein Laufbahnwechsel auf einen Wechsel zwischen den hier aufgeführten Fachrichtungen reduziert. Dadurch verringert sich auch der Aufwand für die Anerkennung von Laufbahnbefähigungen. Mit der Auswahl der Fachrichtungen werden alle bestehenden Laufbahnen unter Berücksichtigung der jeweiligen Fachrichtungsverwandtschaft und den in den Ausbildungsgängen vermittelten Kernkompetenzen diesen Fachrichtungen sachgerecht zugeordnet. Sie bieten eine hinreichende Basis für die Ämter der jeweiligen Fachrichtung.“

Wir fordern daher den Gesetzgeber auf, sauber zu arbeiten und sich für ein System zu entscheiden. Entweder werden alle Laufbahnen konsequent gebündelt oder es wird wieder die Möglichkeiten von einzelnen Laufbahnen geschaffen. Eine alleinige Auskopplung der Laufbahn des informationstechnischen Dienstes ist nicht erforderlich. In nahezu allen zusammengefassten Laufbahnen steigen die Anforderungen. In all diesen Bereichen haben und werden wir Fachkräftemangel erleben. Diese Begründung allein reicht für eine separate Behandlung dieser Gruppe nicht aus.

Auf die Konsequenzen einer Zusammenfassung von Laufbahnen haben wir bereits mehrfach in unseren Stellungnahmen hingewiesen. Der tbb fordert daher eine konsequente Handhabung durch generelles Koppeln oder Entkoppeln.

Stellungnahme:

Die fortschreitende Digitalisierung und der damit einhergehende gestiegene Bedarf an qualifiziertem Personal hat das dringende Bedürfnis der öffentlichen Verwaltung nach einer hierfür eingerichteten Fachrichtung offenbart. Insoweit wird es sich nicht allein um eine Momentaufnahme sondern um einen weiter fortschreitenden Prozess handeln, der alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung zumindest mittelbar berührt und insoweit eine über den flächendeckenden Fachkräftemangel hinausgehende Qualität aufweist. Zugleich erfordert dies aber auch eine fachliche Spezifik, der die grundsätzlich seit der Dienstrechtsreform 2015 angelegten breit aufgestellten Fachrichtungen und die damit einhergehende

Transparenz und Flexibilität entgegenstehen. Das innerhalb der eingerichteten Fachrichtungen geltende Laufbahnprinzip steht zu den fachlichen Erfordernissen im Bereich der Informationstechnik in einem Spannungsverhältnis, dem durch das Herauslösen aus den bisherigen Fachrichtungen und die beabsichtigte Einrichtung als eigene Fachrichtung begegnet werden soll.

An den elf, breit ausgerichteten Fachrichtungen festzuhalten, würde bedeuten, dass sich der öffentliche Dienst dem bereits benannten fortschreitenden Prozess der Digitalisierung verschließt und damit die notwendige personelle, fachlich kompetente Aufstellung verpasst.

Zu Nummer 5 (§ 10 Abs. 3)

Auch gegen die Neufassung des § 10 Abs. 3 letzter Satz wendet sich der tbb. Hier werden massiv die Voraussetzungen zum Zugang der Laufbahn des höheren Dienstes herabgesetzt, da die Neuregelung ermöglicht, dass nunmehr ohne den Erwerb von Praxiserfahrung durch Vorbereitungsdienst oder berufliche Tätigkeit der Zugang zum höheren Dienst ermöglicht wird.

Der tbb bezweifelt sehr stark, dass eine Angleichung der Laufbahnen durch Herabsetzung der Zugangsvoraussetzungen noch dem Laufbahnprinzip und der verfassungsrechtlich geschützten Bestenauslese entsprechen kann. Zumal die besten Theoretiker (nach einem Studium) nicht immer die besten Praktiker (nach Berufserfahrung) darstellen.

Mit der Ergänzung um den (vollkommen neu geschaffenen) letzten Satz, führt man zudem alle vorher unter 2. aufgestellten Zugangsvoraussetzungen ad absurdum, da man diese dann nicht mehr braucht. Nach der Neuformulierung würde dann jeder gleichwertige Abschluss ohne Vorbereitungsdienst, ohne Berufserfahrung den Zugang zur Laufbahn des höheren Dienstes eröffnen.

Der tbb fordert die Streichung von § 10 Abs. 3 Satz 2.

Stellungnahme:

Mit der Regelung des § 10 Abs. 3 Satz 2 sollen nicht die Zugangsvoraussetzungen für den Zugang zum höheren Dienst herabgesetzt werden. Es erfolgt vielmehr eine Angleichung an die bereits bestehenden Regelungen für den mittleren und gehobenen Dienst. Die für die jeweilige Fachrichtung zuständige oberste Landesbehörde legt die Parameter fest, wann ein Studiengang als unmittelbar qualifizierend anerkannt wird. Dafür bestimmt sie auf Grundlage der bei ihr verorteten Kenntnis um die jeweils notwendige Fachspezifik konkrete Studiengänge bzw. inhaltliche und zeitliche Mindestanforderungen in entsprechenden Laufbahnverordnungen. Erforderlich dafür ist, dass sie sich zunächst mit den konkreten Studienplänen auseinandersetzt und gegebenenfalls Absprachen mit den Hochschulen führt. Dies konnte in der Vergangenheit für den gehobenen Dienst bereits an der Hochschule Nordhausen für den Studiengang Public Management erfolgen.

Inwieweit ein Masterstudiengang letztlich diese Voraussetzungen erfüllt, muss im Einzelfall geprüft werden. Dabei muss beachtet werden, dass Absolventen neben den originären wissenschaftlichen Fähigkeiten auch solche Fähigkeiten vermittelt werden, die sie ansonsten erst im Vorbereitungsdienst oder einer anschließenden hauptberuflichen Tätigkeit vermittelt bekommen. Keinesfalls geht damit zugleich eine völlige Aufgabe der Zugangsvoraussetzungen einher.

Zu Nummer 6 (§ 15 Abs. 3)

*Der tbb spricht sich für die Beibehaltung der bisherigen Regelung aus. Die Referendare im Vorbereitungsdienst waren bislang Beamte auf Zeit und unterlagen den beamtenrechtlichen Bestimmungen. Eine Ausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis unterliegt weder den beamtenrechtlichen Bestimmungen, noch den tariflichen Vorgaben des TV-L. Geplant ist jedoch eine Anstellung als Tarifbeschäftigter im Bereich des TV-L (nach derzeitigen Angaben nach E 13). Parallel zu diesem Anstellungsverhältnis sollen die betroffenen Personen weitergebildet werden. Dies entspricht jedoch nicht der bisherigen Definition „öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis“ und es entspricht generell auch nicht der Auffassung einer Ausbildung. Diese Kolleg*innen sollen sich vom ersten Tag an in einer Beschäftigung, die nach Eingruppierungsregeln des TV-L einer E 13 entspricht, eingruppiert werden. Damit kann der Ausbildungsanteil nicht den für eine Ausbildung notwendigen erheblichen Anteil zum Qualifikationserwerb umfassen.*

Die Ergänzung im „öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis“ ist zu streichen.

Stellungnahme:

Die Einwände sind unverständlich. Die bisherige Regelung des § 15 Abs. 3 Satz 1 wird lediglich um die Möglichkeit erweitert, den Vorbereitungsdienst in einem Ausbildungsverhältnis abzuleisten. Es handelt sich dabei nicht um die derzeit im Rahmen des PEK 2025 diskutierte Abschaffung von Vorbereitungsdiensten. Es obliegt der Entscheidung des jeweiligen Dienstherrn, ob der Vorbereitungsdienst im Beamtenverhältnis auf Widerruf oder in einem Ausbildungsverhältnis abgeleistet wird. Diese Möglichkeit besteht bereits jetzt für Vorbereitungsdienste, die Voraussetzung für die Ausübung eines Berufs außerhalb des öffentlichen Dienstes sind.

Zu Nummer 7-9 (§§ 16-18)

Die hier vorgenommenen Änderungen des Laufbahngesetzes lehnen wir ab. Sie lassen durch die Formulierung „in der Regel“ einen Spielraum auch bis zu einem Monat zu. Das zerstört jedoch die Systematik zwischen mittlerem, gehobenem und höherem Dienst und ihren Mindestausbildungszeiten.

Die Kernbereiche des Berufsbeamtentums genießen einen besonderen verfassungsrechtlichen Schutz. Eine solche Aushöhlung wird nach unserem Verständnis nicht getragen.

Stellungnahme:

Mit der vorgesehenen Änderung durch die Worte „in der Regel“ wird zum Ausdruck gebracht, dass die Vorbereitungsdienste grundsätzlich jeweils die vorgeschriebene Dauer haben müssen. Die im Entwurf verwendete Regelbeispielstechnik soll dabei verdeutlichen, dass Ausnahmen nur in solchen Fällen in Betracht kommen, die mit dem geregelten Grundsatz vergleichbar sind, also die vollständige inhaltliche Ableistung des Vorbereitungsdienstes dem Grunde nach beabsichtigt ist. Dies ist etwa bei Nachrückern für den Vorbereitungsdienst der Fall, welche in einem engen zeitlichen Zusammenhang zum eigentlichen Einstellungstermin ernannt werden. Gerade in Bereichen, in denen jedes Jahr eine große Anzahl von Anwärtern eingestellt wird, zeigte die Erfahrung aus den letzten Jahren die Notwendigkeit, Bewerber auf Wartelisten zu führen und zu einem kurz nach dem Einstellungstermin liegenden Zeitpunkt zu ernennen.

Zu Nummer 10 (§ 20 Abs. 2)

a)

Der tbb stimmt dieser Änderung zu, besteht jedoch auf die Ergänzung: „im Rahmen der in Abs. 1 Satz 2 gemachten Vorgaben“. Dieser Zusatz soll sicherstellen, dass eine Mindestausbildungszeit von 12 Monaten trotz Anerkennungen sichergestellt bleibt.

b)

Der tbb spricht sich generell für die Ausweitung von Anrechnungsmöglichkeiten aus. Uns fehlt jedoch in der derzeitigen Formulierung eine Regelung, die die Kürzung nach unten begrenzt.

Wir schlagen daher eine Regelung ähnlich § 16 BundeslaufbahnVO (Verkürzung der Vorbereitungsdienste) vor. Hier heißt es:

„(1) Der Vorbereitungsdienst kann verkürzt werden, wenn das Erreichen des Ausbildungsziels nicht gefährdet ist und nachgewiesen wird, dass die für die Laufbahnbefähigung erforderlichen Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten durch

1. eine geeignete, mit einer Prüfung abgeschlossene Berufsausbildung oder

2. gleichwertige, in den Laufbahnen des höheren Dienstes nach Bestehen der ersten Staats- oder Hochschulprüfung ausgeübte hauptberufliche Tätigkeiten erworben worden sind.

Er dauert mindestens sechs Monate.“

Stellungnahme:

In § 20 Abs. 2 soll geregelt werden, dass ein erfolgreich abgeschlossener Vorbereitungsdienst für eine Laufbahn auf den Vorbereitungsdienst für die nächsthöhere Laufbahn bis zur Dauer von zwölf Monaten angerechnet werden kann. Eine weite Verkürzung entsprechend Absatz 1 ist ausgeschlossen. Inwieweit die geforderte Ergänzung dies nochmals bekräftigt, erschließt sich nicht.

Die vorgeschlagene Formulierung befindet sich bereits jetzt in Abs. 1 und wird deshalb abgelehnt.

Zu Nummer 11 (§ 22 Abs. 3)

Der tbb spricht sich vehement gegen die Einführung dieser Regelung aus. Die Gründe wurden bereits zu Nr. 5 vorgetragen.

Stellungnahme:

Mit der Regelung des § 22 Abs. 3 sollen, wie bereits oben dargelegt, nicht die Zugangsvoraussetzungen für den Zugang zum höheren Dienst herabgesetzt werden. Es erfolgt vielmehr eine Angleichung an die bereits bestehenden Regelungen für den mittleren und gehobenen Dienst. Die für die jeweilige Fachrichtung zuständige oberste Landesbehörde legt die Parameter fest, wann ein Studiengang als unmittelbar qualifizierend anerkannt wird. Dafür legt sie auf Grundlage ihrer Kenntnis zur jeweils notwendigen Fachspezifik konkrete Studiengänge bzw. inhaltliche und zeitliche Mindestanforderungen in entsprechenden Laufbahnverordnungen fest. Erforderlich dafür ist, dass sie sich zunächst

mit den konkreten Studienplänen auseinandersetzt und gegebenenfalls Absprachen mit den Hochschulen führt. Dies konnte in der Vergangenheit für den gehobenen Dienst bereits an der Hochschule Nordhausen für den Studiengang Public Management erfolgen.

Inwieweit ein Masterstudiengang letztlich die Voraussetzungen erfüllt, muss im Einzelfall geprüft werden. Dabei muss beachtet werden, dass Absolventen neben den originären wissenschaftlichen Fähigkeiten auch Fähigkeiten vermittelt werden, die sie ansonsten erst im Vorbereitungsdienst oder einer anschließenden hauptberuflichen Tätigkeit vermittelt bekommen. Keinesfalls geht damit zugleich eine völlige Aufgabe der Zugangsvoraussetzungen einher.

Zu Nummer 13 (§ 36 Abs. 1)

Der tbb bittet um die Beibehaltung der Begrifflichkeiten „Eignung, Leistung und Befähigung“.

Stellungnahme:

Die vorgenommene Änderung dient einer sprachlichen Klarstellung im systematischen Vergleich mit § 35 Abs. 2 Nr. 2 ThürLaufbG. Die Erprobung stellt einen Praxistest dar auf der Grundlage laufender Dienstaufgaben, die in ihrer Wertigkeit dem höheren Statusamt entsprechen. Für die Wertung dieser Aufgabenwahrnehmung als Erprobungszeit ist auch die Prognose von Bedeutung, dass der Beamte den Anforderungen des höheren Amtes hinsichtlich Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung gewachsen sein wird. Eine Beibehaltung der Begrifflichkeit erscheint in diesem Zusammenhang nicht zielführend.

Zu Nummer 14, 16 und 18

Der tbb lehnt dies ab. Siehe Nummer 4.

Zu Artikel 4

Änderung Thüringer Beamtenversorgungsgesetz

Altersgeld

Der tbb setzt sich für die Einführung einer Thüringer Regelung zum Altersgeld für ausscheidende Beamte ein. In Thüringen ist es derzeit so, dass ein freiwilliger oder aus strukturellen Gründen ‚notgedrungen‘ Aussteiger aus dem Beamtenverhältnis so behandelt wird, als hätte er die höchste Disziplinarstrafe die das Beamtenrecht kennt, erhalten. Das Beamtenverhältnis endet, dem Beamten werden sämtliche Versorgungsansprüche gestrichen und er wird nur in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert. Im Ergebnis hat er dann ein substanziell gemindertes Alterseinkommen. Der Bund, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben hier bereits Regelungen zum Altersgeld geschaffen. Seit 2016 gibt es zudem ein Urteil des EuGH (Urteil des EuGH vom 13. Juli 2016 in der Rechtssache C-187/15). Dieses führte aus: „(Rn. 27) Wie der Generalanwalt in den Nrn. 41 bis 43 seiner Schlussanträge ausgeführt hat, steht fest, dass eine Regelung wie die im Ausgangsverfahren in Rede stehende, nach der ein Beamter des Landes Nordrhein-Westfalen, wenn er vor dem Eintritt in den Ruhestand aus dem Dienst ausscheidet, um eine Beschäftigung im Privatsektor in der Bundesrepublik Deutschland oder eine Beschäftigung in einem anderen Mitgliedstaat auszuüben, auf seinen Beamtenstatus verzichten muss, für diesen unabhängig von der Dauer seiner Beschäftigung als Beamter zum einen den Verlust

der Ruhegehaltsansprüche aus der Beamtenversorgung und zum anderen die Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung bedeutet, wobei die daraus folgenden Altersrentenansprüche erheblich niedriger als die verlorenen Ansprüche sind. (Rn. 28) Eine solche Regelung stellt eine Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit dar, da sie, auch wenn sie auch für Beamte des Landes Nordrhein-Westfalen gilt, die aus dem Dienst ausscheiden, um in ihrem Herkunftsmitgliedstaat im Privatsektor zu arbeiten, geeignet ist, diese Beamten zu hindern oder davon abzuhalten, ihren Herkunftsmitgliedstaat zu verlassen, um eine Stelle in einem anderen Mitgliedstaat anzunehmen. Diese Regelung beeinflusst somit unmittelbar den Zugang der Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen zum Arbeitsmarkt in anderen Mitgliedstaaten als der Bundesrepublik Deutschland und ist daher geeignet, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer zu behindern (vgl. in diesem Sinne Urteile vom 15. Dezember 1995, Bosman, C-415/93, EU:C:1995:463, Rn. 98 bis 100 und 103, sowie vom 21. Januar 2016, Kommission/Zypern, C-515/14, EU:C:2016:30, Rn. 47).“

Dem tbb geht es mit dieser Forderung darum, eine ungerechtfertigte Benachteiligung aus der Welt zu schaffen und damit den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber attraktiv zu halten -nur, wer seinen Leistungsträgern neben guten Einkommens- und Arbeitsbedingungen sichere Perspektiven bietet- auch in Sachen Mobilität, wird im Kampf um die besten Köpfe bestehen können.

Stellungnahme:

Die Forderung nach der Einführung eines Altersgeldes in Thüringen wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt und in der vom tbb geforderten umfassenden Form abgelehnt.

Es ist grundsätzlich zutreffend, dass durch die Nachversicherung eines ausscheidenden Beamten ein im Vergleich zur erworbenen Versorgungsanwartschaft gemindertes Alterseinkommen entsteht. Es ist jedoch zu beachten, dass die Versorgungsanwartschaft ein wesentlicher Bestandteil der Alimentation des grundsätzlich auf Lebenszeit angelegten Beamtenverhältnisses ist. Anders als bei einem Wechsel in ein Beschäftigungsverhältnis im Ausland, wo ein Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zwangsläufig erforderlich ist, ist es zur Beibehaltung der im Beamtenverhältnis ausgeübten Tätigkeit und einem Wechselwunsch an einen anderen Ort innerhalb der Bundesrepublik Deutschland i.d.R. nicht erforderlich, aus dem Beamtenverhältnis auszusteigen, da auch eine Versetzung zu einem anderen Dienstherrn unter Beibehaltung der Versorgungsanwartschaften möglich ist.

Besteht dagegen der Wunsch des Bediensteten, aus persönlichen Gründen das Beamtenverhältnis zu verlassen, um einer Tätigkeit in der freien Wirtschaft oder gar keiner Erwerbstätigkeit mehr nachzugehen, wird seitens des Dienstherrn keine Verpflichtung gesehen, die im Beamtenverhältnis erworbenen Versorgungsanwartschaften in Form eines Altersgeldes noch mitzugeben, um so den Ausstieg aus dem Beamtenverhältnis finanziell attraktiver zu gestalten.

Die Evaluation des Altersgeldgesetzes im Bundesbereich hat im Übrigen ergeben, dass die personalpolitischen und strategischen Wirkungen des Altersgeldes als gering bewertet werden. Impulswirkungen hinsichtlich häufigerer Wechsel in die Privatwirtschaft wurden ebenso wenig festgestellt wie eine Zunahme von Abwerbungen. Eine durch das Altersgeld bedingte Attraktivitätssteigerung des Beamtendienstes bei der Gewinnung von Hochqualifizierten bzw. Spitzenbeamten wurde für möglich gehalten, konnte aber nicht verifiziert werden. Dem gegenüber entstand jedoch einerseits ein administrativer

Mehraufwand durch das Altersgeld im Vergleich zur Nachversicherung. Zudem wurden im Bereich des Bundes schätzungsweise Mehrkosten von 150.000 Euro je Altersgeldfall ermittelt.

Der erhöhte Verwaltungsaufwand, der durch zusätzliche Berechnungen und künftige Zahlfälle gegenüber einer Nachversicherung entsteht, spricht ebenso wie die entstehenden Mehrkosten dafür, dass der Freistaat Thüringen ein Altersgeld nicht einführen wird, solange es hierfür keine rechtliche Verpflichtung gibt.

Die angesprochene Entscheidung des EuGH betrifft aus hiesiger Sicht nur Fälle eines zwangsläufigen Ausscheidens aus dem Beamtenverhältnis, um eine Beschäftigung in einem anderen Mitgliedstaat auszuüben. Das im Nachgang der EuGH-Entscheidung ergangene Urteil des VG Düsseldorf, wie die aus dem Ausscheiden resultierenden Nachteile zu berechnen und ggf. auszugleichen sind, ist noch nicht rechtskräftig: Mit Beschluss vom 22. Februar 2019 hat das Oberlandesgericht die Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 26. Februar 2018 gemäß § 124 Abs. 2 Nr. 2 VwGO wegen besonderer tatsächlicher und rechtlicher Schwierigkeiten der Rechtssache zugelassen. Den Ausgang dieses Verfahrens gilt es abzuwarten.

Die Umsetzung des VG-Urteils hätte nämlich zur Folge, dass dem Kläger nicht nur die durch die Nachversicherung entstandenen Verluste in der Altersversorgung kompensiert würden, sondern es für den betroffenen Zeitabschnitt zu einer erheblich höheren Versorgung führen würde, als wenn er im Beamtenverhältnis verblieben wäre. Um die wenigen Anwendungsfälle, die von dem EuGH-Urteil in Thüringen betroffen wären, im Hinblick auf den Verlust an Versorgungsanswartschaften finanziell schadlos zu stellen, wäre aus fachlicher Sicht auch eine Einmalzahlung an den Betroffenen an Stelle einer Altersgeldzahlung möglich. Mehrkosten würden auch hierdurch gegenüber der jetzigen Verfahrensweise entstehen, der Verwaltungsaufwand wäre im Hinblick auf die Vermeidung künftiger Zahlfälle jedoch geringer.

2. Vom Einbringer übersandte Daten

Mitteilung der Thüringer Landesregierung nach § 4 i. V. m. § 5 Abs. 1 Ziffer 1 - 4 ThürBeteilddokG über angehörte Stellen außerhalb der Landesverwaltung zum Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts

Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des ThürBeteilddokG stand der Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts kurz vor der Fertigstellung. Die Anhörung wurde mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. März 2019 abgeschlossen. Auf Grund dessen ist es dem zuständigen Ministerium nicht möglich, den umfangreichen Dokumentationspflichten nach § 4 ThürBeteilddokG nachzukommen, weshalb mit dem Gesetzentwurf lediglich eine Liste der Anzuhörenden zur Verfügung gestellt werden kann.

- tbb Beamtenbund und tarifunion thüringen
- Deutscher Gewerkschaftsbund
DGB Hessen-Thüringen
- DPolG Deutsche Polizeigewerkschaft Thüringen e.V.
- Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt. Die von den Beteiligten eingereichten Formblätter zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes (ThürBeteilDokG) wurden aufgrund des Wegfalls des Verfügungsgrundes gemäß § 6 Satz 2 ThürBeteilDokG gelöscht.

BARMER Landesvertretung Thüringen
Verband der Privaten Krankenversicherung e.V.
Bund Deutscher Kriminalbeamter Landesverband Thüringen
Debeka Krankenversicherungsverein a.G.
Techniker Krankenkasse Landesvertretung Thüringen
IKK classic
Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte - ARGE-HPR
Freie und Hansestadt Hamburg
Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Thüringen e. V.
AOK PLUS - Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen
Gemeinde- und Städtebund Thüringen
Verband der Ersatzkassen e.V.
Deutscher Gewerkschaftsbund - Bezirk Hessen-Thüringen
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e. V.
Thüringischer Landkreistag

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

THÜR. LANDTAG POST
11.06.2019 07:26

1308012019

BARMER

BARMER · Postfach 800155 · 99027 Erfurt

Landesvertretung Thüringen

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Ihr Gesprächspartner
Telefon
Mobil
Telefax

Datum

29.05.2019

Sehr geehrter
sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete,

vielen Dank für die Möglichkeit der schriftlichen Stellungnahme bezüglich der Drucksache
6/6961 zum

*„Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts –
Gesetzentwurf der Landesregierung“.*

Die BARMER Landesvertretung Thüringen bezieht sich aus fachlichen Gründen in ihrer
Stellungnahme ausschließlich auf jene Gesetzespassagen, die sich der Regelungen zur
sogenannten pauschalen Beihilfe widmen.

Die Entscheidung des Bundeslandes Thüringen, für Beamtinnen und Beamte des Landes
statt individueller Beihilfe pauschal den hälftigen Beitrag zu einer gesetzlichen oder privaten
Krankenvollversicherung als eine zusätzliche Form der Beihilfe zu übernehmen, ist im Sinne
der Wahlfreiheit ein richtiger Schritt.

Die Entscheidung für eine Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung führt
zukünftig nicht mehr automatisch zu finanziellen Nachteilen. Mussten Beamtinnen und
Beamte bisher die gesamten Krankenversicherungsbeiträge in der GKV selbst tragen, so
können sie sich zukünftig zu fairen Bedingungen für eine pauschale Beihilfe für die
Krankenversicherung entscheiden.

Zukünftig fällt der finanzielle Anreiz für eine Entscheidung zugunsten der PKV weg.
Ausschlaggebend für die Wahl zugunsten des einen oder anderen Systems werden eine
qualitativ hochwertige Versorgung sowie eine hohe Serviceorientierung sein. Die GKV
scheut die Konkurrenz gegenüber den privaten Krankenversicherungsunternehmen nicht.

BARMER
Johannesstr. 164
Postfach 800 155
99027 Erfurt

Bankverbindung
Bank für Sozialwirtschaft (370 205 00) 0008300008
IBAN: DE23 3702 0500 0008 3000 08 BIC: BFSWDE33XXX

*) Anrufe aus dem deutschen Fest- und Mobilfunknetz sind für Sie
kostenfrei

Seite 2

Bezüglich der gesetzlichen Einzelregelungen im Thüringer Beamten-gesetz nehmen wir wie folgt Stellung. Sofern einzelne Punkte nicht kommentiert werden, bezieht die BARMER keine explizite Stellung.

§72 Absatz 6 (neu): Die BARMER begrüßt die Einführung der pauschalen Beihilfe als Wahlmöglichkeit. Nicht ersichtlich wird jedoch der infrage kommende Personenkreis. Die BARMER weist darauf hin, dass die pauschale Beihilfe nur für bereits freiwillig gesetzlich versicherte Beamtinnen und Beamte sowie für neu zu verbeamtendes Personal infrage kommen kann. Eine Rückkehr bereits privat krankenversicherter Beamtinnen und Beamten in die GKV ist angesichts der bislang auf Bundesebene ungeklärten Frage der Altersrückstellungen nicht möglich. Daher unterstreicht die BARMER die Regelung, dass die Entscheidung für oder gegen die private oder gesetzliche Krankenversicherung unter den gegebenen Rahmenbedingungen unwiderruflich sein muss.

Aufgrund des Verweises der Thüringer Landesregierung auf eine noch nicht bestehende Verwaltungsvorschrift zur Regelung des Verfahrens zur Antragstellung, Festsetzung und Zahlung der pauschalen Beihilfe kann eine weiterführende Bewertung seitens der BARMER nicht erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Landesgeschäftsführerin



Verband der Privaten
Krankenversicherung

THUR. LANDTAG POST
11.06.2019 15:56

13216/2019

Stellungnahme

zum

Gesetzentwurf der Landesregierung

Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts

- Drucksache 6/6961 -

11. Juni 2019

Mit dem Gesetzentwurf will das Land Thüringen ab 1.1.2020 Beamtinnen und Beamten, die sich für die Gesetzliche Krankenversicherung entscheiden, einen Arbeitgeberzuschuss zahlen. Bedingung für diese irreführenderweise „pauschale Beihilfe“ genannte Arbeitgeberleistung ist, dass diese Personengruppe ihren Anspruch auf die individuelle Beihilfe unwiderruflich aufgibt. Damit entzieht sich der Dienstherr seiner unmittelbaren Mitverantwortung für die Versorgung der Beamten im Krankheitsfall.

Der Vorschlag ist ideologisch motiviert: die Parteien der Thüringer Regierungskoalition – Die Linke, SPD und Bündnis 90/Grüne – sehen darin einen Schritt in die von ihnen angestrebte „Bürgerversicherung“, indem sie das für Beamte bereits bestehende Wahlrecht zwischen Privater Krankenversicherung (PKV) und Gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) zugunsten der GKV modifizieren – unter der Annahme, dass sich so mehr Menschen in der umlagefinanzierten GKV statt in der kapitalgedeckten PKV versichern.

Sachliche Gründe gibt es für den Vorschlag nicht: Unglaublich ist das Argument, die „Wahlfreiheit“ von Beamten stärken zu wollen. Würden die drei Regierungsparteien ihr eigenes Argument ernst nehmen, müssten sie sich für eine Senkung der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte einsetzen, die heute für über 85 Prozent der Arbeitnehmer eine Zwangsmitgliedschaft in der GKV zur Folge hat. Auch der Hinweis auf die Beamten mit Kindern und mit Behinderungen ist nicht überzeugend, wird doch im Rahmen der Öffnungsaktionen der PKV jeder Beamte unabhängig von seinen Vorerkrankungen und seinem Gesundheitszustand in die PKV aufgenommen. Und auch für ihre Kinder erhalten Beamte Beihilfe sowie Kinderzuschläge als Teil der Besoldung.

I. Allgemeine Einleitung

Beamte haben im Krankheitsfall einen Anspruch auf Beihilfe. Der Dienstherr übernimmt dann mindestens 50 Prozent der Behandlungskosten. Die Restkosten werden über einen Beihilfetarif der Privaten Krankenversicherung (PKV) abgesichert. Für diese klassische Kombination aus Beihilfe und PKV haben sich 94 Prozent der Beamten in Deutschland entschieden.

Der vorliegende Gesetzentwurf der Thüringer Landesregierung „Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts“ (Drucksache 6/6961) sieht vor, dass ab 1. Januar 2020 alle Beamtinnen und Beamten, die sich für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) entscheiden, einen Arbeitgeberzuschuss erhalten, um so die Absicherung in der GKV im Vergleich zur klassischen Kombination aus Beihilfe und Restkostenabsicherung in der PKV attraktiver zu machen. Bedingung für diesen Arbeitgeberzuschuss zur Krankenversicherung ist allerdings, dass die Beamten ihren Anspruch auf die individuelle Beihilfe, über die der Dienstherr direkt bis zu 80 Prozent der Krankheitskosten übernimmt, unwiderruflich aufgeben. Der Vorschlag zielt darauf ab, das für Beamte bereits bestehende Wahlrecht zugunsten der GKV zu modifizieren und mehr Menschen in der umlagefinanzierten GKV statt in der kapitalgedeckten PKV zu versichern.

Der vorliegende Gesetzentwurf stellt hinsichtlich der „pauschalen Beihilfe“ eine analoge Regelung zum Hamburger Gesetz über die Einführung einer „pauschalen Beihilfe“ zur Flexibilisierung der Krankheitsvorsorge (Drucksache 21/11426, Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg) dar, welches am 1. August 2018 in Kraft trat.

II. Bewertung

1) **Kein Handlungsbedarf: Beamte haben bereits Wahlfreiheit und einen Rechtsanspruch auf Aufnahme in die PKV unabhängig vom Gesundheitszustand**

Immer wieder wird eine Einführung der „pauschalen Beihilfe“ nach „Hamburger Modell“ damit begründet, Beamten eine Wahlfreiheit ihrer Krankenversicherung einzuräumen. Beamte haben indes, anders als Millionen in der GKV versicherungspflichtige Angestellte, schon heute die Wahlfreiheit zwischen GKV und PKV. Der vorliegende Gesetzentwurf, welcher sich hauptsächlich am „Hamburger Modell“ orientiert, will mit dem Zuschuss die Ausübung dieses Wahlrechts in Richtung GKV befördern, es schafft damit aber nicht mehr Wahlfreiheit, sondern beschränkt sie. Denn die Beamten können eine einmal getroffene Wahl – anders als heute – nicht mehr revidieren, da ihre Entscheidung „unwiderruflich“ ist. In der heutigen Praxis haben Beamte zum Beispiel die Möglichkeit, sich nach zehn oder mehr Jahren in der GKV doch noch für die Beihilfe mit ergänzender PKV zu entscheiden.

Als Begründung für die „pauschale Beihilfe“ werden häufig die Beamten mit Kindern und mit Behinderungen genannt. Auch mit Blick auf diese Personengruppen gibt es keinen Handlungsbedarf. Im Rahmen der Öffnungsaktionen der PKV wird bereits heute jeder Beamte unabhängig von seinen Vorerkrankungen und seinem Gesundheitszustand in die PKV aufgenommen. Seit dem 1. Januar 2019 beziehen PKV-Unternehmen darüber hinaus auch

die Beamten auf Widerruf in diese Öffnungsaktionen ein. Und schließlich gilt: Auch Kinder von Beamten erhalten Beihilfe. Außerdem stellen Kinderzuschläge einen erheblichen Teil der Besoldung dar.

2) Kombination aus Beihilfe und PKV bleibt für Beamte ökonomisch die erste Wahl

Eine aktuelle gesundheitsökonomische Studie vergleicht die Zahlungsströme im bewährten Kombinationsmodell aus Beihilfe und PKV mit denen im Szenario „GKV mit Arbeitgeberzuschuss“ und kommt zu dem Ergebnis, dass das erste Modell mit Blick auf die „interne Rendite“ für Beamte weiterhin vorn liege.¹ Dieses Ergebnis ist schlüssig, da Beihilfeberechtigte für ihre PKV-Restkostenversicherung in der Regel eine geringere Beitragslast als in der GKV zu tragen haben – mit der Kombination aus Beihilfe und PKV aber ein höherer Leistungsanspruch als in der GKV einhergeht.

Leistungsvorteile der Kombination Beihilfe/PKV vs. GKV

In der **GKV** werden die Leistungen vom Gesetzgeber definiert und können auch gestrichen werden. Sie müssen laut Sozialgesetzbuch nicht nur ausreichend und zweckmäßig, sondern auch wirtschaftlich sein.

Schon die Leistungen der **individuellen Beihilfe** im Krankheitsfall sind den Regelleistungen der GKV überlegen, z. B.:

- die Beihilfe bezahlt die ambulante Behandlung im Krankenhaus inklusive der reinen Privatklinik und bei Privatärzten;
- der Zugang zu innovativen Diagnose- und Behandlungsmethoden ist nicht von einer Genehmigung durch den Gemeinsamen Bundesausschuss abhängig;
- die Beihilfe erstattet auch die in der Regel durchschnittlich doppelt so hohen Sätze der Gebührenordnung für Ärzte und limitiert Vergütung und Arzneimittelversorgung nicht mit Budgets;
- beim Zahnersatz gibt es kein Festzuschusssystem, sondern werden die tatsächlichen Aufwendungen erstattet. GKV-Versicherte haben dagegen nur Anspruch auf Festzuschüsse. Die meist große Differenz zu den tatsächlichen Kosten tragen sie selbst.
- Implantologische Leistungen werden in der GKV in der Regel nicht erbracht. Dagegen sind Implantate bis zu einer bestimmten Höchstzahl beihilfefähig.
- Heilpraktiker-Leistungen gehören nicht zu den GKV-Pflichtleistungen, sie sind aber beihilfefähig.

¹ Vgl. Bührer, Christian/Fetzer, Stefan/Hagist, Christian (2017): Das Hamburger Beihilfemodell – Ein Vergleich der internen Renditen von GKV und PKV, Working Paper 17/06, Otto Beisheim School of Management, Vallendar.

- Bei Hörgeräten gilt in der GKV lediglich Leistungspflicht bis zur Höhe der Festbeträge. Die beihilfefähigen Höchstbeträge für Hörgeräte liegen über den in der GKV geltenden Festbeträgen.
- Für Thüringen gilt außerdem: Werden bei Krankenhausbehandlungen Wahlleistungen (Chefarztbehandlung, Zweibettzimmer) in Anspruch genommen, sind die hierfür entstandenen Aufwendungen grundsätzlich beihilfefähig.

In der **PKV** können die Beamten einen maßgeschneiderten Krankenversicherungsschutz in Ergänzung zur individuellen Beihilfe wählen. Dabei ist von einem guten Standard- bis zum Komfortschutz alles möglich. So entscheiden sich Beamte in der Regel für ein Leistungspaket, das über den Schutz in der GKV hinausgeht. Wofür der Versicherte sich in der PKV auch entscheidet: die vereinbarten Leistungen sind – anders als in der GKV, wo der Gesetzgeber Leistungen kürzen kann – privatrechtlich geschützt und gelten ein Leben lang.

Beitragsvorteile der Kombination aus Beihilfe/PKV vs. GKV

Schon bei den **Krankenversicherungsbeiträgen** fahren Beihilfeberechtigte mit Blick auf die gesamte Lebenszeit **in der Regel** mit der **PKV günstiger** als mit der GKV: Da der Dienstherr für die Beihilfeberechtigten 50 bis 80 Prozent der Krankheitskosten übernimmt, tragen Beamte nur die Beiträge für eine anteilige PKV-Restkostenversicherung. Insbesondere im Alter profitieren sie von einem Beihilfeanteil von 70 Prozent.

Anders die Situation von **GKV-versicherten Beamten**:

- bei Verdiensten um die Beitragsbemessungsgrenze zahlen sie seit dem 1. Januar 2019 um die 700 Euro. Selbst wenn sich der Dienstherr mit einem Zuschuss daran beteiligen sollte, dürfte die PKV-Restkostenversicherung in den meisten Fällen deutlich günstiger sein.
- Eine böse Überraschung folgt im Alter: Der Status eines freiwillig Versicherten, den Beamte in der GKV immer haben, bringt erhebliche Mehrbelastungen mit sich: Im Pensionsalter wird nicht nur ein Krankenversicherungsbeitrag auf die Pension fällig, Beamte müssen auch auf alle zusätzlichen Einkünfte (private Renten, Kapitalerträge, Mieteinkünfte) einen GKV-Beitrag zahlen.
- Allerdings ist bei dem Vergleich der Krankenversicherungsbeiträge auch die Familiensituation zu berücksichtigen: GKV-Versicherte zahlen für Kinder keinen Beitrag; Privatversicherte Beamte erhalten für Kinder zwar eine Beihilfe von 80 Prozent, müssen aber die restlichen 20 Prozent der Behandlungskosten über eine entsprechende PKV-Restkostenversicherung abdecken.

Für die GKV-versicherten Beamten kommt aber mit den **Beiträgen** für die **Soziale Pflegeversicherung** noch eine erhebliche **Mehrbelastung** hinzu:

Wer sich für die GKV oder die PKV entscheidet, muss sich im gewählten System auch gegen das Pflegerisiko versichern. Die „pauschale Beihilfe“ würde indes nicht für die Pflegeversicherung gelten. Der Dienstherr würde sich also nicht an den Beiträgen zur gesetzlichen oder privaten Pflegeversicherung beteiligen. Die Beamtinnen und Beamten hätten bei Pflegebedürftigkeit – egal ob sie sich für die GKV oder PKV entscheiden – weiterhin An-

spruch auf individuelle Beihilfe, die 50 Prozent der Leistungen der Gesetzlichen Pflegeversicherung umfasst. Nur für den Rest müssen sie eine Pflegeversicherung abschließen. Der hierfür erforderliche Beitrag unterscheidet sich in GKV und PKV deutlich:

- Für GKV-Versicherte kostet die Pflegeversicherung seit dem 1. Januar 2019 bis zu 149 Euro im Monat (für Kinderlose), also gut 75 Euro für den 50-prozentigen Schutz.
- Die Private Pflegepflichtversicherung (PPV) ergänzend zur Beihilfe ist für junge Beamte meist deutlich günstiger, sie kostet in der Regel um die 15 Euro. Das kann gegenüber den Pflegebeiträgen in der GKV eine Ersparnis von gut 50 Euro im Monat bzw. 600 Euro im Jahr bedeuten. Kinder sind in der PPV beitragsfrei mit-versichert.

3) „Insellösung“ zu Lasten der wechselnden Beamten

Auf absehbare Zeit dürfte eine „pauschale Beihilfe“ in nur wenigen Bundesländern Deutschlands eingeführt werden. Selbst wenn Thüringen der Einführung der „pauschalen Beihilfe“ zustimmen würde, so haben Beamte, die sich für den Arbeitgeberzuschuss entschieden haben und in ein anderes Bundesland ohne „pauschale Beihilfe“ wechseln wollen, ein Folgeproblem: Sie finden keinen neuen Dienstherrn, der einen Arbeitgeberzuschuss zur GKV anbietet. Wechselnde Beamte müssten dann, wie heute schon, den gesamten GKV-Beitrag selbst zahlen. Sie werden wieder in die klassische Kombination aus Beihilfe und PKV-Restkostenabsicherung zurückkehren wollen. Da sie mit diesem späten Einstieg in die PKV aber den Aufbau der Alterungsrückstellungen nachholen müssten, wird der PKV-Beitrag entsprechend hoch sein. Das „Hamburger Modell“ hätte somit für die wechselnden Beamten den Preis einer dauerhaft höheren Versicherungsprämie.

4) Rechtliches und finanzielles Risiko: Beamte könnten sich in die Beihilfe zurückklagen

Mit Blick auf diese Nachteile liegt es nahe, dass Beamte, die sich am Anfang ihrer Laufbahn für die GKV mit Arbeitgeberzuschuss entscheiden sollten, im Laufe ihres Erwerbslebens die initiale Entscheidung zugunsten der GKV revidieren werden und in die Kombination aus PKV und Beihilfe zurück wechseln wollen. Dabei können sie sich auf Verfassungsrecht berufen: Der Dienstherr darf seine verfassungsmäßig vorgegebene Fürsorgepflicht nicht gänzlich auf ein anderes System delegieren, indem er die Beihilfe durch den Arbeitgeberzuschuss unwiderruflich ablöst.²

Wenn sich aber der Dienstherr seiner Fürsorgepflicht niemals gänzlich entledigen, der Beamte auch nicht freiwillig auf seine Beihilfeansprüche verzichten, er sich also wieder ins System der individuellen Beihilfe einklagen kann, schafft die „pauschale Beihilfe“ nach dem „Hamburger Modell“ eine riskante sozialpolitische Konstellation: Beamte könnten sich in Abhängigkeit von individuellen Lebenslagen durch Systemwechsel optimieren. Für den

² Vgl. Stellungnahme zur Hamburgischen Initiative aus verfassungsrechtlicher Perspektive von Prof. Dr. Josef Lindner, September 2017.

Dienstherren hätte das wiederum zur Folge, dass er in vielen Fällen zunächst die höheren Aufwendungen für den GKV-Arbeitgeberzuschuss zu finanzieren hätte, später aber dennoch in die Pflicht genommen werden kann, die Kosten der Beihilfe zu tragen.

5) Finanzielle Risiken für die GKV

Ein Ergebnis der gesundheitsökonomischen Studie zu den finanziellen Vorteilen der Kombination aus Beihilfe und PKV ist, dass die Zahlung eines Arbeitgeberzuschusses zur GKV allenfalls Beamtenhaushalte mit geringem Einkommen und vielen Kindern zum Wechsel in die GKV motivieren könnte. Die GKV würde dann überproportional mit der Versorgung von Versicherten belastet, die keine kostendeckenden Beiträge zahlen: „Somit könnte der mit wohlklingenden Begriffen wie „echter Wahlfreiheit“ oder „Gerechtigkeit“ beschriebene Vorstoß des Hamburger Senats letztlich [...] ein fiskalisch kluges Manöver sein, indem es mittelfristig zu einer Verschiebung schlechter Gesundheitsrisiken aus dem PKV-Beihilfe-System in die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) kommt.“³

6) Belastungen für Landeshaushalt und Steuerzahler am Beispiel Hamburgs

Die „pauschale Beihilfe“ wird auf Antrag den bereits in der GKV versicherten Bestandsbeamten sowie den Neubeamten gewährt. Unmittelbare Mehrausgaben für den Landeshaushalt sind dadurch programmiert:

Angaben des Hamburger Senats zufolge würden allein durch den Zuschuss für die 2.400 GKV-versicherten Bestandsbeamten in Hamburg Mehrkosten in Höhe von 5,8 Mio. Euro jährlich entstehen.

Die Mehrkosten für die Neubeamten, die sich zukünftig für eine „pauschale Beihilfe“ entscheiden, lassen sich näherungsweise quantifizieren:

- Für Beamte, die sich in der GKV versichern, zahlt das Land (wiederum nach Angaben des Landes Hamburgs) – unabhängig vom Eintritt eines Krankheitsfalls – im Durchschnitt einen Arbeitgeberanteil von über 2.400 € im Jahr.
- Der PKV-Kopfschadenstatistik wiederum lässt sich entnehmen, dass junge Beamte (25 bis 30 Jahre) im Krankheitsfall Kosten von durchschnittlich 2.138 Euro pro Jahr verursachen. Die klassische individuelle Beihilfe zahlt davon die Hälfte (1.069 Euro), den Rest trägt die private Krankenversicherung.
- Gewährt ein Dienstherr indes einen Arbeitgeberzuschuss zur GKV in Form der „pauschalen Beihilfe“, zahlt er somit im Durchschnitt über 1.300 Euro mehr, als ihm die individuelle Beihilfe für den beihilfeberechtigten Beamten kosten würde.
- Mit zunehmendem Alter steigen die Gesundheitskosten. Aber selbst für einen 35 bis 40 Jahre alten GKV-versicherten Beamten zahlt das Land immer noch über 700 Euro p. a. mehr, als wenn er individuelle Beihilfe erhielte.

³ Vgl. Bührer, Christian/Fetzer, Stefan/Hagist, Christian (2017): Das Hamburger Beihilfemodell – Ein Vergleich der internen Renditen von GKV und PKV, Working Paper 17/06, Otto Beisheim School of Management, Vallendar, S. 18.

- Bis etwa zum 57. Lebensjahr werden die Ausgaben der Beihilfe unter dem durchschnittlichen Arbeitgeberanteil liegen.

Kurzum: bei einem 20-Jährigen Neuverbeamten entstehen insgesamt 37 Jahre lang Mehrkosten für das Land und den Steuerzahler.

Zu einem ähnlichen Prüfergebnis ist offensichtlich auch die Landesregierung von Sachsen-Anhalt gekommen: „Die hälftige Übernahme der Krankenversicherungsbeiträge ist über einen langen Zeitraum hinweg erheblich teurer als die Beihilfe. Ein Ausstieg aus dem Beihilfesystem wäre damit auch aus finanzpolitischer Sicht nicht sinnvoll.“⁴

Angesichts dieses finanziellen Risikos ist es nicht überraschend, dass die meisten Bundesländer sowie der Bund das „Hamburger Modell“ verworfen haben und der Bundesrat am 2.6.2017 einen entsprechenden Antrag des Landes Berlin abgelehnt hat.

III. Fazit

Aus oben genannten Gründen sollte von einer Umsetzung des vorgeschlagenen Gesetzesentwurfs abgesehen werden.

⁴ Vgl. z. B. die Antwort des Finanzministers von Sachsen-Anhalt auf einen Antrag der Fraktion DIE LINKE, „Stenografischer Bericht 7/34“, S. 67.

13680/19



Bund Deutscher Kriminalbeamter
Landesverband Thüringen

BDK Landesverband Thüringen | c/o KPI Gotha | Schubertstraße 6 | D-99867 Gotha

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Ihr/e Zeichen/Nachricht vom

Ihr/e Ansprechpartner/in

Funktion
Landesvorsitzender
E-Mail
lv.thueringen@bdk.de
Telefon
+49 (0)
Telefax
+49 (0)

Saalfeld, 17.05.2019

Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Anpassung von
Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts
- Drucksache 6/6961

Sehr geehrte Frau

der Bund Deutscher Kriminalbeamter, Landesverband Thüringen, dankt für die Möglichkeit, sich zum Gesetzentwurf der Thüringer Landesregierung, Drucksache 6/6961, Stellung nehmen zu können. Ein modernes und den Anforderungen der Zeit entsprechendes Beamtengesetz trägt zur Erhöhung der Attraktivität des Dienstherren und der Zufriedenheit der Beamtenschaft bei. Deshalb ist es zu begrüßen, dass der Freistaat Thüringen, auf Veränderungen der Rahmenbedingungen und der gesetzlichen Grundlagen, hier Anpassungen auch für die Beamten vornimmt.

Der BUND DEUTSCHER KRIMINALBEAMTER, Landesverband Thüringen, nimmt zu diesem Entwurf wie folgt Stellung:

A) Artikel 1 – Änderungen des Thüringer Beamtengesetzes
a)

Hier sind Änderungen im § 72 geplant. Neben redaktionellen Änderungen und Klarstellungen ist im Absatz 6 ebenda die Einführung einer pauschalen Beihilfe geplant.

Die Wahlmöglichkeit für die beihilfeberechtigten Personen wird begrüßt. Da der Antrag auf Gewährung der pauschalen Beihilfe und der Verzicht auf Beihilfe zu den Aufwendungen nach Absatz 3, Satz 1, Nr. 1 und 3 bis 6 als unwiderruflich normiert sind, wird erwartet, dass eine umfassende Information durch

Bund Deutscher Kriminalbeamter Landesverband Thüringen
| Schubertstraße 6 | D-99867 Gotha

E-Mail: lv.thueringen@bdk.de
Bankverbindung: Flessabank

Internet: www.bdk.de
IBAN: DE30 7933 0111 0002 2007 86 BIC: FLESDEM333

Mitglied im
Conseil Européen des
Syndicats de Police

Mitglied des Stifterrates
Deutsches Forum für
Kriminalprävention



das für das Beihilferecht zuständige Ministerium im Rahmen der Antragstellung erfolgt und der Beihilfeberechtigte über die persönlichen Auswirkungen seiner Entscheidung umfassend aufgeklärt wird.

b)

Der Eintritt des Dienstherrn bei Schmerzensgeldansprüchen gegen Dritte nach erfolgloser Vollstreckung wird ausdrücklich befürwortet. Diese Regelung wird als Maßnahme der Erhöhung der Attraktivität des Berufes sowie der Verbesserung der sozialen Absicherung gesehen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass durch die immer größere Gewaltbereitschaft gegen Einsatzkräfte von Polizei, Justiz, Feuerwehr sowie Rettungs- und Hilfsdiensten Gesundheitsschädigungen und somit Ansprüche gegen Dritte zugenommen haben. Die Durchsetzung von Schmerzensgeldansprüchen war bisher wegen Vermögenslosigkeit oder anderer Hinderungsgründe beim Schädiger nicht möglich. Es wird erwartet, dass der Dienstherr das Antragsverfahren so unbürokratisch wie möglich gestaltet. Die Festsetzung der Ausschlussfrist von zwei Jahren Rechtskraft des Urteils erscheint angemessen zur Gewährung des Rechtsschutzes.

B) Artikel 2 – Änderung des Thüringer Laufbahngesetzes

a)

Die Möglichkeit des Zugangs zu den Laufbahnen des höheren Dienstes bei der Erfüllung der im § 10 Abs. 3 benannten Voraussetzungen sowie der geplanten Einfügung des Absatzes 3 des § 22 wird als eine Maßnahme gesehen, Bewerber mit akademischer Ausbildung stärker in den öffentlichen Dienst einzugliedern und für Absolventen eines Hochschulstudienganges attraktiver zu werden. Damit ist auch eine Erhöhung der Professionalität staatlichen Handelns zu erwarten.

b)

Die Änderung des § 35 bzgl. der Klarstellung, dass es sich bei der Verleihung eines Amtes mit Amtszulage nach § 40 Abs. 2 ThürBesG um eine Beförderung handelt, wird begrüßt.

c)

Mit der Regelung des § 36 Abs. 1 wird die Forderung verbunden, dass eine zeitnahe Übertragung des höherwertigen Statusamtes, in welchem sich der Beamte bewährt hat, zu erfolgen hat. Haushalterische Gründe sind hierbei zurückzustellen oder die gesetzlichen Voraussetzungen für die Übertragung zu schaffen.

d)

Die Ergänzung des § 50 Abs. 1, die Änderungen des § 51 sowie die Anfügungen im § 53 werden als ein Schritt zur weiteren Professionalisierung im Bereich der IT-Landschaft sowie der Gewinnung qualifiziertem Personal in diesem Fachgebiet gesehen.



Bund Deutscher Kriminalbeamter Landesverband Thüringen

Die bisherigen Regelungen waren nach unserer Auffassung nicht geeignet, den Freistaat Thüringen für Absolventen im Fachgebiet IT- und Kommunikationstechnik als attraktiven Dienstherren erscheinen zu lassen und erforderten den Einsatz von einem hohem Anteil Vollzugsbeamter und somit für diese Aufgaben nicht ausgebildetem Personal bei der Entwicklung und Betreuung der IT- und Kommunikationstechnik.

C) Artikel 3 – Änderungen des Thüringer Disziplingesetzes

a)

Die Änderung des § 7 Abs. 2 Satz 3 wird als Klarstellung und als Maßnahme zur Rechtssicherheit betrachtet und wird begrüßt.

b)

Die Änderungen des § 22 stellen nach unserer Meinung einen Beitrag zur zügigen Entscheidung und Rechtssicherheit für den Beamten dar.

Die Rolle der Dienstvorgesetzten aller Ebenen wird gestärkt und die Verantwortung dabei herausgestellt.

c)

Die Änderungen des § 33 Abs. 1 Satz 2 sind ein Beitrag zur Bestimmtheit und Klarheit bei der Wahrung der Rechte der Beamten.

D) Artikel 4 – Änderungen des Thüringer Beamtenversorgungsgesetzes

Hier werden ausschließlich redaktionelle Änderungen und Anpassung an tangierendes Recht gesehen.

Aus diesem Grund erfolgt hier keine Äußerung

E) Artikel 5 – Änderung des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte

Auf der Grund der eigen Nichtbetroffenheit und mangels Sachkenntnis erfolgt hierzu keine Äußerung. Für weitere Gespräche stehe/n wir (ich) Ihnen gern zur Verfügung und verbleibe/n

mit freundlichen Grüßen

Amt. Landesvorsitzender

**Den Mitgliedern des
InnKA**

THÜR. LANDTAG POST
18.06.2019 08:26

13742/2019

001/KT/G

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
6/3108

zu Drs. 6/6961

Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18
56058 Koblenz

Telefon (0261) 498-1128
Telefax (0261) 498-1155

14. Juni 2019

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags
Ihr Zeichen: Drucksache 6/6961, A 6.1 gai/ga

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Artikel 1 Nr. 7 Buchstabe d des Gesetzentwurfs „Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts“ Drucksache 6/6961 nehmen wir Stellung.

Im Zusammenhang mit der Einführung der pauschalen Beihilfe ergeben sich aus unserer Sicht folgende Probleme:

Keine Berücksichtigung der individuellen Situation

Die „klassische“ Beihilfe berücksichtigt die individuelle Lebenssituation des Beamten durch unterschiedliche Beihilfebemessungssätze. Die pauschale Beihilfe hingegen beträgt immer maximal die Hälfte des zu zahlenden Beitrags und kann die Änderung der individuellen Lebensumstände nicht widerspiegeln.

Daher stellt ausschließlich die prozentuale beihilfekonforme Versicherung in der Privaten Krankenversicherung (PKV) eine bedarfsgerechte Lösung dar, die auf Änderungen des Beihilfebemessungssatzes flexibel reagieren kann. So führen bspw. die Geburt eines zweiten Kindes und der Eintritt in den Ruhestand zu einer Erhöhung des Beihilfebemessungssatzes auf 70 % – die pauschale Beihilfe sieht hingegen eine Beitragsübernahme bis maximal 50 % vor.

GKV-Versicherte Beamte mit pauschalem Zuschuss

Freiwillig versicherte Beamte müssen Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auf ihre gesamten Einkünfte zahlen – auch im Ruhestand. Dazu zählen neben den Dienstbezügen weitere Einnahmen, z. B. aus Kapitalvermögen oder aus Vermietung und Verpachtung. In der PKV sind die Beiträge dagegen grundsätzlich unabhängig vom Einkommen risikogerecht kalkuliert.

Problematik beim Dienstherrnwechsel

Wechselt ein Beamter, der sich für die pauschale Beihilfe entschieden hat, aus einem Bundesland mit pauschaler Beihilfe in ein anderes Bundesland, das diese Möglichkeit nicht vorsieht, erhält dieser keinen pauschalen Zuschuss mehr und muss daher als „freiwilliges Mitglied“ in der GKV den gesamten Beitrag alleine aufbringen – bis zum Höchstbeitrag von über 800 Euro im Monat.

Der erleichterte PKV-Zugang im Rahmen der Öffnungsaktion ist dann in der Regel nicht mehr möglich. Somit bleibt die beihilfekonforme Krankenversicherung bei bereits erkrankten Personen trotz eines wieder erworbenen individuellen Beihilfeanspruchs ausgeschlossen. Es besteht lediglich die Möglichkeit, weiterhin als freiwilliges Mitglied in der GKV versichert zu bleiben.

Darüber hinaus wäre bei einem Wechsel des Beamten in die PKV der Beitrag entsprechend dem dann erreichten tariflichen Lebensalter zu zahlen (als tarifliches Lebensalter gilt der Unterschied zwischen dem Kalenderjahr und dem Geburtsjahr).

PKV-Versicherte mit pauschalem Zuschuss

In der PKV bereits versicherte Beamte und Beamtenanwärter können sich theoretisch auch für eine PKV-Vollversicherung mit pauschalem Zuschuss zum Beitrag entscheiden, wenn sie auf die „individuelle“ Beihilfe verzichten. Die Beteiligung am PKV-Beitrag beschränkt sich auf die Hälfte der Beitragsanteile für Vertragsleistungen, die im Umfang und der Höhe nach den Leistungen gemäß dem Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V) vergleichbar sind – höchstens bis zum hälftigen Beitrag des Basistarifs. Dies bedeutet, dass die Berechnung analog der Krankenversicherungsbeitragsanteil-Ermittlungsverordnung (KVBEVO) erfolgt und sich der Zuschuss zur PKV in der Regel auf deutlich weniger als die Hälfte des Beitrags beläuft.

Änderungen des Versicherungsschutzes führen nicht zur Erhöhung der Pauschale

Wechselt ein Beamter aus der GKV in die PKV (oder umgekehrt) bzw. wählt er einen höherwertigen Versicherungsschutz (Wechsel aus Selbstbehaltstarif in einen Tarif ohne Selbstbehalt), der zu einer höheren Prämie führt, bleibt die Pauschale höchstens auf die vor der Änderung bestehende Summe begrenzt.

Hierdurch nimmt man dem Beamten die Möglichkeit, den Versicherungsschutz flexibel an die veränderte Lebenssituation anzupassen.

Erneutes Wahlrecht für Beamte auf Widerruf?

Der Gesetzentwurf enthält keine Aussage, ob für Beamte auf Widerruf ein erneutes Wahlrecht beim Statuswechsel zum Beamten auf Probe eingeräumt wird. Hier halten wir eine Klarstellung für sinnvoll.

Mit freundlichen Grüßen



Spitzenverband

GKV-Spitzenverband · Reinhardtstraße 28 · 10117 Berlin
Thüringer Finanzministerium

Postfach 90 04 61
99107 Erfurt

Ref. Mitgliedschafts- und Beitragsrecht

Tel.: 030 206288-1134
Fax: 030 206288-81134

GKV-Spitzenverband
Postfach 04 05 65 · 10063 Berlin
Reinhardtstraße 28 · 10117 Berlin
www.gkv-spitzenverband.de

14.12.2018

**Geplante Einführung einer pauschalen Beihilfe nach dem Thüringer Beamtenengesetz;
Ihr Schreiben vom 12. November 2018; Ihr Zeichen: P 1820 - 60.032 - 14.2; Dok.: 80514/2018**

Sehr geehrte Frau
sehr geehrte Damen und Herren,

wir kommen zurück auf Ihr Schreiben vom 12. November 2018, in dem Sie über eine geplante Änderung des § 72 des Thüringer Beamtenengesetzes berichten, wonach in Anlehnung an § 80 Abs. 11 des Hamburgischen Beamtenengesetzes (HmbBG) für Beamte und Versorgungsempfänger des Landes Thüringen als Alternative zur bisherigen individuellen Beihilfe eine pauschale Beihilfe in Form der hälftigen Beteiligung des Dienstherrn an den Beiträgen zur Krankenversicherung eingeführt werden soll.

Ihrer in diesem Zusammenhang geäußerten Bitte um beitragsrechtliche Bewertung der geplanten pauschalen Beihilfe im Recht der freiwilligen Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung kommen wir hiermit gerne nach, wenngleich wir gleich vorab mitteilen, dass wir Ihre Auffassung über die vollständige Beitragsfreiheit der pauschalen Beihilfe nicht teilen. Der Umstand, dass die originären (= „individuellen“) Beihilfeleistungen des Dienstherrn auf Bundes- oder Landesebene in Krankheitsfällen aufgrund ihres Erstattungscharakters für entstandene Aufwendungen nicht zur Beitragspflicht bei freiwilligen Mitgliedern der GKV herangezogen werden, führt – entgegen Ihrer Annahme – nicht automatisch dazu, dass auch der geplante Beitragszuschuss des Dienstherrn als beitragsfreie Einnahme klassifiziert wird. Vielmehr gilt für dessen Bewertung eine differenzierte Betrachtung, die wir auch bei der beitragsrechtlichen Beurteilung der Leistungen im Sinne des § 80 Abs. 11 HmbBG angewandt haben.

Für die Beurteilung des geplanten Beitragszuschusses des Dienstherrn an Beamte und Versorgungsempfänger des Landes Thüringen ist als Bewertungsmaßstab dessen Vergleichbarkeit mit dem Zuschuss des Arbeitgebers an Arbeitnehmer nach § 257 Abs. 1 Satz 1 SGB V zugrunde zu legen. Da der Zuschuss des Arbeitgebers nach § 257 Abs. 1 Satz 1 SGB V im Anwendungsbereich des § 240 SGB V keine beitragspflichtige Einnahme darstellt, wird für den Zuschuss des Dienstherrn ebenfalls Beitragsfreiheit eingeräumt, soweit die Vergleichbarkeit vorliegt. Der Umfang der Vergleichbarkeit wird aus der einkommensteuerrechtlichen Bewertung dieser Leistungen abgeleitet. Der Zuschuss des Arbeitgebers nach § 257 Abs. 1 Satz 1 SGB V stellt eine nach § 3 Nr. 62 Satz 1 EStG steuerfreie Einnahme dar. Folgerichtig würden auch die geplanten Beitragszuschüsse des Dienstherrn an Beamte und Versorgungsempfänger des Landes Thüringen in dem Umfang der Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 62 Satz 1 EStG ebenfalls nicht der Beitragspflicht in der freiwilligen Krankenversicherung und in der sozialen Pflegeversicherung unterliegen.

In Ihrem Schreiben treffen Sie keine Aussage zur einkommensteuerrechtlichen Bewertung der geplanten Leistung. Aus Anlass der Einführung der pauschalen Beihilfe in Hamburg haben wir jedoch die Erfahrung gemacht, dass die Leistungen nach § 80 Abs. 11 HmbBG durch die Finanzverwaltung nur teilweise als steuerfreie Einnahme im Sinne des § 3 Nr. 62 Satz 1 EStG klassifiziert werden. Dies gilt nur für solche Komponenten der pauschalen Beihilfe, die als Zuschuss zu dem auf die Dienstbezüge bzw. auf das Ruhegehalt des Beihilfeberechtigten entfallenden Krankenversicherungsbeitrag gewährt werden. Dagegen wurde die Beteiligung des Dienstherrn an dem Krankenversicherungsbeitrag, der auf weitere beitragspflichtige Einnahmen des Beihilfeberechtigten (z. B. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung) entfällt, als einkommensteuerpflichtige Einnahme betrachtet. Das Gleiche gilt auch für die Beteiligung des Dienstherrn an den Kosten für eine Krankenvollversicherung für berücksichtigungsfähige Angehörige.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die nach § 3 Nr. 62 Satz 1 EStG steuerfreien Komponenten der pauschalen Beihilfe nach § 80 Abs. 11 HmbBG nicht der Beitragspflicht in der freiwilligen Krankenversicherung und in der sozialen Pflegeversicherung unterliegen, die steuerpflichtigen Komponenten der pauschalen Beihilfe dagegen schon. Die aus der teilweisen Beitragspflicht der pauschalen Beihilfe resultierenden Konsequenzen haben wir in einem Rundschreiben an unsere Mitglieds-kassen ausführlich beschrieben. Dieses Rundschreiben ist als Anlage zu Ihrer Information beigelegt.

Wie Sie diesem Rundschreiben entnehmen können, verursacht die Beitragspflicht der einzelnen Komponenten der pauschalen Beihilfe komplexe Verfahrensabläufe im Dreierverhältnis zwischen der zuständigen Krankenkasse, dem Dienstherrn und dem Versicherten. Es ist unser Anliegen, Sie auch im Hinblick auf Ihre an uns gerichtete Anfrage rechtzeitig über die skizzierten beitragsrechtlichen Konsequenzen zu informieren; dies insbesondere für den Fall, dass auch für Beamte und

Versorgungsempfänger des Landes Thüringen durch die Einführung der pauschalen Beihilfe ein steuerpflichtiges Einkommen generiert werden könnte.

Gerne stehen wir Ihnen für einen ergänzenden Austausch in dieser Angelegenheit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage

**Den Mitgliedern des
InnKA**

Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
Postfach 90 03 62 · 99106 Erfurt

THUR. LANDTAG POST
19.06.2019 09:22

13848/2019

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
per E-Mail

Thüringer Landtag
Zuschrift
6/3111

zu Drs. 6/6961

Ihr Ansprechpartner:

Vorsitzender

Durchwahl
Telefon +49 (361) 57-4111943

Ihr Zeichen
Drucksache 6/6961, A 6.1

Ihre Nachricht vom
06.05.19

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
ARGE_HPR_Anpassg. Dienst-
recht

Erfurt, 19. Juni 2019

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer
Landtages
Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des
Dienstrechts – Drucksache 6/6961**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte (ARGE HPR) be-
danke ich mich für die Übersendung des schriftlichen Anhörungsverfahrens
zum Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des
Dienstrechts und übermittle Ihnen die Stellungnahme der ARGE HPR.

Die ARGE-HPR befürwortet Aspekte des Gesetzentwurfes grundsätzlich als
positiv.

Artikel 1- Nr. 7 c:

Die Anlegung des strengsten Maßstabs sollte gestrichen werden. Bei der
Gewährung von Beihilfe in Ausnahmefällen ist ein Maßstab zu wählen, der
mehr Tatbestände erfasst. Es sind dazu nähere Festlegungen zu treffen.

Artikel 1- Nr. 7 d

Die Einführung der pauschalen Beihilfe mit dem Prinzip der Unwiderruflich-
keit ist zu streichen. Durch Veränderungen in Lebensphasen sollte den Be-
amten eine Wechselmöglichkeit eröffnet werden.

Artikel 1 – Nr. 8 Absatz 1

*„Nicht erfasst werden hingegen bloße Beleidigungen und Bedrohungen, die
zu keinen körperlichen oder nur zu psychischen Folgen führen.“*

Im Zuge des Gleichheitsgrundsatzes sind die psychischen Folgen aufzu-
nehmen. Diese spielen eine immer größere Rolle und sollten daher nicht
ausgeschlossen werden.

Thüringer Ministerium für
Infrastruktur und Landwirtschaft
Telefon 0361 3791-000
Telefax 0361 3791-099
poststelle@tmil.thueringen.de
www.tmil.info

Dienstgebäude 1
Abt. „Zentralabteilung“
Abt. „Städte- und Wohnungsbau,
Staatlicher Hochbau“
Abt. „Verkehr“
Werner-Seelenbinder-Straße 8
99096 Erfurt

Dienstgebäude 2
Abt. „Strategische Landes-
entwicklung, Kataster- und Ver-
messungswesen“, „Serviceagentur
Demografischer Wandel“
Abt. „Ländlicher Raum, Forsten“
Max-Reger-Straße 4-8
99096 Erfurt

Dienstgebäude 3
Abt. „Landwirtschaft, Markt, Ernäh-
rung“
Beethovenstraße 3
99096 Erfurt

Artikel 2 – Nr. 4 d

Neue Nr. 12: „12. der informationstechnische Dienst“

Die neue Laufbahn wird die Attraktivität des öffentlichen Dienstes nicht erhöhen. Es sind Einzelmaßnahmen, die nicht im Gesetz geregelt werden sollten. Daher wird der Ansatz in Frage gestellt.

Artikel 2 – Nr. 10 b

Die so genannte Zulassung der „Sprungbeförderung“ wird nicht befürwortet. Dieses Instrument aus der Vergangenheit hat in der Umsetzung keine positiven Signale an die Bediensteten gesandt. Die Abschaffung im letzten Gesetzgebungsverfahren war daher nur konsequent.

Die ARGE HPR bittet um Berücksichtigung der Stellungnahme und die weitere Beteiligung im Gesetzesvorhaben.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender der ARGE HPR

Den Mitgliedern des
InnKA



THÜR. LANDTAG POST
20.06.2019 11:06

14042/2019

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg Personalamt

Personalamt, Steckelhörn 12, 20457 Hamburg

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

ausschließlich per Email

Thüringer Landtag
Zuschrift
6/3117

zu Drs. 6/6961

Leiter

Steckelhörn 12
20457 Hamburg
Telefon +49 40
Telefax +49 40

Ansprechpartner:
Zimmer:
E-Mail:

@personalamt.hamburg.de

18. Juni 2019

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts
Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 6/6961

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den oben genannten Verfahren. Grundsätzlich geben wir keine inhaltliche Stellungnahme zu Gesetzentwürfen und Anträgen in Parlamenten anderer Länder ab. Wir werden deshalb unsere Stellungnahme, die wir auch für die angefragte Behörde für Inneres und Sport abgeben, auf die in Bezug genommene hamburgische Regelung zur Einführung einer Pauschalen Beihilfe und die bisher damit gemachten Erfahrungen beschränken.

Die Pauschale Beihilfe wurde in Hamburg zum 1. August 2018 eingeführt. Ausgangspunkt für die Überlegungen zu dieser Regelung waren Diskussionen über die Unterschiede bei der Gewährung von Beihilfen für Beamtinnen und Beamte, die eine Vollversicherung mindestens im Umfang der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) abgeschlossen haben einerseits und Beamtinnen und Beamte, die eine die Beihilfe ergänzende Teilversicherung in der privaten Krankenversicherung (PKV) abgeschlossen haben andererseits. Während in der ersten Variante Beamtinnen und Beamte für 100% der Kosten ihrer Krankenversicherung aufkommen mussten und geringe ergänzende Beihilfen erhielten, war in der zweiten Variante ein geringeres Maß an Eigenvorsorge erforderlich.

Vor dem Hintergrund der Rechtsentwicklung der vergangenen Jahre und der kontinuierlichen Überprüfung der bestehenden beihilferechtlichen Regelungen - insbesondere im Hinblick auf weitere verwaltungsvereinfachende Maßnahmen - wurde festgestellt, dass die sich aus der am Anfang der Berufslaufbahn möglichen Wahlentscheidung zwischen Beihilfe und ergänzende



Öffentliche Verkehrsmittel:
Buslinien 3, 4 und 6 Bei St. Annen
U1 Meißberg

PKV-Teilversicherung einerseits oder Vollversicherung in der GKV bzw. PKV andererseits resultierenden Fürsorgeleistungen ausgewogener gestaltet werden können.

Der Senat hat mit seinem Beschluss zur Einführung der Pauschalen Beihilfe deutlich gemacht, dass er es weder verfassungsmäßig geboten noch für zeitgemäß hält, die Beihilfe ausschließlich in der bisherigen Form auszugestalten und dadurch Beamtinnen und Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) den Zugang auch zu einer gesetzlichen oder privaten Krankenvollversicherung zu erschweren.

Mit der Einführung der Pauschalen Beihilfe wird die Wahlmöglichkeit zwischen den Versicherungsformen verbessert, sodass Anspruchsberechtigte ihren bisherigen Krankenversicherungsschutz zum Beispiel in der gesetzlichen Krankenversicherung leichter aufrechterhalten können. Dies erscheint dem Senat zudem sozialpolitisch geboten. Mit der gesetzlichen Krankenversicherung haben Beamtinnen und Beamte der FHH die Möglichkeit einer beitragsfreien Mitversicherung von Familienangehörigen sowie die Möglichkeit einer einkommensabhängigen Beitragsbemessung, die gerade im Alter vor erheblicher finanzieller Belastung schützen können. Außerdem werden keine risikoabhängigen Zuschläge für Vorerkrankungen oder chronische Erkrankungen erhoben. Ebenso profitieren Anspruchsberechtigte in starkem Maße von den Qualitätssicherungsmaßnahmen, wie sie für die gesetzliche Krankenversicherung grundlegend sind.

Historisch gewachsen ist die Gewährung individueller Beihilfen als Ergänzung der aus eigenen Mitteln zu betreibenden Eigenvorsorge, die aus den Dienstbezügen zu bestreiten ist. Ursprünglich bestand für Beamtinnen und Beamten keine Verpflichtung zum Abschluss einer Krankenversicherung, so dass Berechtigte in eigener Verantwortung Rückstellungen für den Krankheitsfall ansparten. Dementsprechend umfasste die vom Dienstherrn gewährte Besoldung einen Anteil, mit dem die Beamtinnen und Beamten im Rahmen der ihnen obliegenden Verpflichtungen Vorsorge betreiben konnten, zumeist in Form einer Krankenversicherung. Für den Anteil an nicht vorhersehbaren und nicht versicherbaren krankheitsbedingten Aufwendungen gewährte der Dienstherr Beihilfen zu den tatsächlichen Aufwendungen.

Durch die Vielzahl von Maßnahmen im Gesundheitswesen ist heute die Situation bei der Ausgestaltung der Krankheitsvorsorge nicht mehr gekennzeichnet durch nicht versicherbare, nicht vorhersehbare Risiken, es besteht keine Gefahr, dass jemand im Krankheitsfall keinen Versicherungsschutz genießt oder mit unzumutbar hohen eigenen Aufwendungen belastet wird. Zudem besteht seit 2009 auch für die Beamtinnen und Beamten die Verpflichtung zum Abschluss einer Krankenversicherung. Darüber hinaus ist die PKV seit 2009 verpflichtet, einen Basistarif anzubieten, dessen Vertragsleistungen in Art, Umfang und Beitragshöhe den Pflichtleistungen der GKV entsprechen müssen. Damit stehen heute eine Vielzahl unterschiedlicher Versicherungstarife der GKV und der PKV zur Verfügung, die unter anderem auch im Zusammenspiel mit der Beihilfe einen ausreichenden Versicherungsschutz gewährleisten. Dabei sind das System der GKV und das System privater Vorsorge einschließlich ergänzender Beihilfe gleichwertig (BVerwG - 2 C 35/04), die beamtenrechtliche Fürsorgeverpflichtung gebietet es nicht, einem Beamten mehr zu gewährleisten als das, was den Mitgliedern der GKV als medizinisch gebotene Behandlung garantiert wird (BVerwG - 2 BvR 1053/98).

Vor dem Hintergrund der Gleichwertigkeit der Versicherungssysteme war es gerechtfertigt, eine zusätzliche Form der Beihilfegewährung einzuführen, die es ermöglicht, dass sich der Dienst-

herr im höheren Maße an dem Beitrag für eine Krankenvollversicherung durch Gewährung einer Pauschale in Höhe eines Vomhundertsatzes des Versicherungsbeitrags beteiligt. Damit wird die bereits bestehende Wahlfreiheit zwischen den Systemen insbesondere in der Phase nach der Einstellung gestärkt.

Mit der freiwilligen Entscheidung der Beamtinnen und Beamten für eine Pauschale Beihilfe werden in der Regel individuell errechnete und in herkömmlicher Form gewährte Beihilfen entbehrlich. Die Leistung bleibt weiterhin eine Beihilfeleistung des Dienstherrn nach § 80 HmbBG. Es ist hierbei darauf hinzuweisen, dass es sich bei der Pauschalen Beihilfe nicht um einen Arbeitgeberzuschuss im Sinne des SGB handelt. Die einen solchen Zuschuss betreffende Normen des Sozialversicherungsrechts finden auf die Pauschale Beihilfe keine Anwendung.

In der Diskussion über dieses Gesetzesvorhaben wurden vereinzelt verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Pauschale Beihilfe erhoben. Insbesondere dürfe ein Dienstherr aufgrund der durch Art 33 Abs. 5 GG geschützten hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums bedeutsame Alimentationsleistungen an seine Beamtinnen und Beamten nicht in Leistungen anderer Qualität wie Fürsorgehilfen oder Sozialversicherungsleistungen überleiten. Durch die pauschale Beihilfe verlöre der Dienstherr den Einfluss auf den Umfang der zu gewährenden Leistungen und mache sich von einem Dritten abhängig, auf den er keinen Einfluss habe.

Diese Ansicht überdehnt den Begriff der Fürsorgepflicht, sie ist nicht von der verfassungsgerechtlchen Rechtsprechung zur Beihilfe gedeckt. Nach dieser muss der Dienstherr zwar Vorkehrungen dafür treffen, dass der amtsangemessene Lebensunterhalt des Beamten bei Eintritt besonderer finanzieller Belastungen durch Krankheits-, Geburts- oder Todesfälle nicht gefährdet wird, er muss dabei insbesondere auch die vorhandenen Versicherungsmöglichkeiten beachten. Eine in Ergänzung der zumutbaren Eigenvorsorge lückenlose Erstattung jeglicher Aufwendungen verlangt die Fürsorgeverpflichtung aber gerade nicht (BVerfG, Beschluss vom 13. Februar 2008 – 2 BvR 613/06 –, juris, Rn. 11). Vielmehr ist der Beamte im Rahmen der Vorsorgefreiheit in der Wahl seiner Krankheitsvorsorge frei.

Durch die Pauschale Beihilfe erfolgt zudem keine Überleitung der Beamtin oder des Beamten in die gesetzliche Krankenversicherung oder eine Delegation der Fürsorgepflicht an ein anderes System, es wird lediglich ein finanzieller Ausgleich für den Abschluss einer Vollversicherung gewährt. Die Einführung der Pauschalen Beihilfe berührt den Umfang der Fürsorgepflicht des Dienstherrn nicht. Durch die Regelung im Beamtenrecht bleibt in den Fällen, in denen trotz der gewählten Absicherung des Krankheitsrisikos durch Krankheits-, Geburts- oder Todesfälle besondere finanzielle Belastungen eintreten, die den angemessenen Lebensunterhalt des Beamten gefährden, die beihilferechtliche Härtefallregelung bestehen, sie wird durch die Einführung der Pauschalen Beihilfe gerade nicht ausgeschlossen

Am Modell der Pauschalen Beihilfe wird außerdem kritisiert, dass damit ein Mobilitätshindernis geschaffen würde, da Beamtinnen und Beamte, die sich für eine Krankenversicherung in der Gesetzlichen Krankenversicherung entschieden haben, in anderen Bundesländern den vollen Krankenversicherungsbeitrag zu zahlen hätten. Es ist zutreffend, dass für eine Beamtin oder einen Beamten nach einem Dienstherrnwechsel dessen Dienstrecht Anwendung findet, die Fürsorgepflicht des abgehenden Dienstherrn endet mit diesem Wechsel. Die Kosten des Krankenversicherungsschutzes stellen bei einem solchen Wechsel allerdings nur einen der vielfältigen - auch finanziellen - Gesichtspunkte dar, die die Beamtin oder der Beamte bei ihrer oder seiner Entscheidung in die Betrachtung der Auswirkungen einfließen lassen wird. Veränderungen beim

Einkommen, die Kosten der Lebenshaltung oder etwaige Fahrtkosten fließen in diese Erwägungen ebenso ein wie der Gedanke, ob wegen der geänderten Rahmenbedingungen ein Wechsel aus der Gesetzlichen Krankenversicherung in eine private Krankenversicherung sinnvoll erscheint.

Darüber hinaus wird der Ausschluss des Rückkehrrechts zu einer individuell berechneten Beihilfe kritisiert, wenn sich die Beamtin oder der Beamte einmal für eine Pauschale entschieden hat. Die Einführung der Pauschalen Beihilfe erfordert eine klare Trennung der Formen der Beihilfe; einerseits der bestehenden individuellen Beihilfe zu den beihilfefähigen Aufwendungen oder andererseits der Gewährung einer Pauschale zur Ergänzung der Eigenvorsorge in der Krankenvollversicherung. Die Finanzierungsmodelle der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung setzen grundsätzlich voraus, dass die Versicherten auf Dauer im jeweiligen System verbleiben. In der Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenversicherung unterstützen die gesunden Mitglieder mit ihren Beiträgen die Kranken, im Versicherungssystem der PKV werden in Zeiten, in denen das Mitglied gesund ist, aus seinen Beiträgen Rücklagen für Zeiten einer Erkrankung gebildet. In beiden Systemen wird mit den jeweiligen Beiträgen eine Kostendeckung erreicht. Mit der Schaffung einer Wechselmöglichkeit würde dieses Finanzierungsmodell in Frage gestellt. Ein schützenswertes Interesse an der Schaffung einer Möglichkeit für ein die finanzielle Belastung des Beihilfeberechtigten optimierendes Hin- und Herwechseln zwischen der Krankenvollversicherung und dem System der ergänzenden Beihilfe ist nicht erkennbar. Die Erforderlichkeit einer abschließenden Entscheidung wurde von Vertretern der Gesetzlichen Krankenversicherung und dem Vertreter des PKV-Verbandes in der Anhörung von Auskunftspersonen des Unterausschusses „Personalwirtschaft und Öffentlicher Dienst“ der Hamburgischen Bürgerschaft am 15. Februar 2018 bestätigt.

Es ist festzuhalten, dass in allen vorliegenden Varianten eine ausreichende Versorgung der Beamtinnen und Beamten im Krankheitsfall gewährleistet ist, nicht zuletzt durch die fortbestehende Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Das System der gesetzlichen Krankenversicherung und das System privater Vorsorge einschließlich ergänzender Beihilfe sind zwar nicht "gleich", aber "gleichwertig" (BVerwG, Urteil vom 15. Dezember 2005 – 2 C 35/04 –, juris, Rn. 34). Als zu berücksichtigende Rechtfertigung für den Wunsch nach einem Wechsel zurück in die individuelle Beihilfe kommt also allein das finanzielle Interesse des Betroffenen in Betracht. Diesen finanziellen Erwägungen des Beihilfeberechtigten stehen die finanziellen Interessen des Dienstherrn entgegen, der die höheren Ausgaben durch die Pauschale Beihilfe in den frühen Lebensjahren der Beihilfeberechtigten durch die vergleichsweise geringeren Ausgaben in älteren Lebensjahren kompensieren muss, um zu einer ausgeglichenen Finanzierung zu kommen. Da die Entscheidung für die Pauschale Beihilfe freiwillig und in Kenntnis und nach ausdrücklicher Belehrung über den Ausschluss der Rückkehrmöglichkeit erfolgt, wird nicht in unzulässiger Weise in die Rechte der Beihilfeberechtigten eingegriffen.

Darüber hinaus verändert sich durch diesen Regelung die bisherige Rechtslage für die Beamtinnen und Beamten nur unwesentlich. Die Möglichkeit des Zugangs zur gesetzlichen Krankenversicherung ist für Beamtinnen und Beamten bereits heute durch das SGB V in erheblichem Maß eingeschränkt. Im Ergebnis bedeutet die Entscheidung für einen Krankenversicherungsschutz bei einer privaten Krankenversicherung, dass ein späterer Wechsel einer Beamtin oder eines Beamten zurück in die gesetzliche Krankenversicherung ausgeschlossen ist, da die gesetzlichen Voraussetzungen nach Ablauf kurzer Fristen hierfür nicht mehr erfüllt sind. Diese Entscheidung zu Beginn eines Beamtenverhältnisses ist damit in den allermeisten Fällen auch bisher schon unumkehrbar, lediglich ein späterer Wechsel aus der gesetzlichen Krankenversi-

cherung zu einer privaten Krankenkasse ist nicht beschränkt. Mit der Stärkung des Wahlrechts durch die ausgewogenere Beteiligung des Dienstherrn an den Kosten der unterschiedlichen Versicherungsformen rückt die Tatsache, dass eine Alternative besteht, stärker ins Bewusstsein und stellt die Entscheidung und deren Folgen sehr viel mehr in den Fokus.

Seit der Einführung im August haben sich bisher 1.367 Beamtinnen und Beamte für die Pauschale Beihilfe entschieden, von den seit dem 1. August neu eingestellten Personen 358 (Stand Juni 2019). Insbesondere in der Gruppe der Anwärterinnen und Anwärter, bzw. der Referendarinnen und Referendare besteht ein hohes Interesse. Angesichts des kurzen Zeitraums seit Inkrafttreten der Regelung kann aus den derzeit ermittelbaren Zahlen noch keine verlässliche Grundlage ermittelt werden, auf dem eine belastbare Prognose für die weitere Zukunft erstellt werden könnte.

Mit freundlichen Grüßen

Leiter des Personalamts



Gewerkschaft der Polizei

Gewerkschaft der Polizei LB Thüringen Auenstr. 38 a 99089 Erfurt

Thüringer Landtag

Mail: poststelle@landtag.thueringen.de

Landesbezirk Thüringen e.V.

Telefon: 0361 / 59895-0

Telefax: 0361 / 59895-11

E-Mail: gdp-thueringen@gdp.de

Internet: www.gdp-thueringen.de

Bankverbindung neu:

BBBank eG

IBAN: DE52 6609 0800 0000 2624 63

BIC: GENODE61888

Ihr Zeichen
A6.1.

-Drs.6/66961

Ihr Schreiben vom
06.05.2019

Unser Zeichen
WG

Datum
19.06.2019

Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts – Drucksache 6/6961

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gewerkschaft der Polizei bedankt sich für die Möglichkeit der Anhörung zum Gesetzesentwurf.

Die GdP begrüßt grundsätzlich die Einführung der Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen und die Erweiterung der Beihilfemöglichkeiten. Es ist wichtig im Sinne der Bediensteten diese Sicherungen im Gesetz festzulegen.

Zu den einzelnen Punkten:

Zu § 33 Abs. 1 Satz 2 Thür BG

Es wird vorgeschlagen den Polizeibereich auszunehmen, da sich (Aus-) Wirkungen ergeben für Polizeivollzugsbeamte ergeben. Eine Öffnung der momentan alleinigen Zuständigkeit des PÄD könnte nicht zulässig sein bzw. den Spezialbereich der Polizei verallgemeinern bzw. gravierende Änderungen im Rahmen der Prüfung der Polizeidienstunfähigkeit und dem Verfahren mit sich bringen.

Zu § 59 Abs. 2 ThürBG

Die Aufnahme der Langzeitkonten insb. für Telearbeit wird ausdrücklich begrüßt. Für Beschäftigte ergeben sich vorteilhaft nutzbare positive Gestaltungsmöglichkeiten.

Zu § 72 Abs. 6 Thür BG

Eine Flexibilisierung und damit ein Wechsel sollte ermöglicht werden.

Insbesondere junge Beamte werden in dem Zuschuss in Höhe der Hälfte des anteilig für die gesetzliche Grundabsicherung zu zahlenden monatlichen Versicherungsbetrages einen Anreiz sehen, ohne den Blick für spätere Zeiten zu haben!

Alle privaten Krankenversicherungen werden sich natürlich sofort auf die sich mit dieser pauschalen Beihilfe ergebenden (Versicherungs-) Lücken einstellen und entsprechende Ausgleichsversicherungen anbieten. Der durch die Landesregierung nun in der Höhe angedachte Zuschuss wird am Ende noch nicht einmal reichen, um die mit dieser Aus-



Gewerkschaft der Polizei

gleichsversicherung verbundenen erhöhten Beiträge in der PKV kompensieren zu können.

Zu § 74a Thür BG

Die gesetzliche Regelung wird begrüßt greift aber nur auf ein Bruchteil der Schadensfälle. Mit diesem Gesetzesartikel würde sich eine sehr wichtige Forderung erfüllen, die unseren Beschäftigten zu Gute kommt, welche geschädigt wurden.

Eine Erweiterung für Schadensersatzforderungen ist jedoch aufzunehmen und ebenfalls zu schaffen, damit der komplette Bereich abgedeckt wird.

Es wird vorgeschlagen eine gesetzliche Regelung zur Erfüllungsübernahme von Schadensersatzforderungen zu schaffen. Viel zu oft werden Beschäftigte im Dienst beleidigt oder körperlich bzw. an den Sachen geschädigt/verletzt. Die sich daraus anschließenden strafrechtlichen Verfahren scheinen dem einen oder anderen Schädiger vollkommen gleichgültig zu sein. Regelmäßig betroffen sind diese Personen hingegen, wenn sie für eine begangene Verletzung oder Beleidigung ein Schadenersatz zahlen müssen, weswegen viele Beschäftigte zu Recht ein solches einfordern. Sehr frustrierend ist nach einem Verfahren, wenn gerichtlich titulierte Schadensersatzansprüche gegen einen Täter nicht vollstreckt werden können, weil dieser Pfändungsfrei lebt und somit momentan nichts zu holen ist. Wir halten es deshalb aus Fürsorgegründen für geboten, dass der Dienstherr auch die Schadensersatzansprüche der Beschäftigten übernimmt, ihnen den Sachschaden ersetzt und die Vollstreckung des Titels gegen den Schädiger eigenständig verfolgt. Aus diesem Grund ist der Paragraph auf Schadenersatzansprüche zu erweitern.

Änderungen im ThürLaufbG

Zu § 9

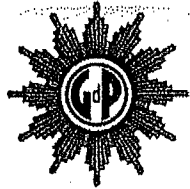
Hier wäre die Einführung gesonderter Laufbahnen für den

- (allgemeinen) Polizeidienst
- Justizvollzugsdienst

sehr zu Vorteil, da damit z.B. innerhalb der Polizei bzw. Justiz in vielen Fragen Gleichregelungen möglich wären, die die innere Verwaltung erleichtern würden.

Diese Fachrichtung für „Polizei- und Justizvollzugsdienst“ sind deshalb sinnvoll, weil im Bereich der Polizei bekanntlich auch Verwaltungsbeamtinnen und -beamte tätig sind. Diese müssen in der Regel bei polizeilichen Einsätzen oder im polizeilichen Alltagsdienst den gleichen Dienst wie Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte verrichten. Exemplarisch sei dargelegt, dass in den Organisations- und Dienstpostenplanen in etlichen Bereichen die gleichzeitige Besetzung mit Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten sowie Polizeiverwaltungsbeamtinnen und -beamten geplant ist. Dies bedeutet, dass Polizeiverwaltungsbeamtinnen und -beamte und Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte nebeneinander die gleiche Dienstleistung verrichten (teilweise sogar im selben Zimmer an einem großen Schreibtisch) und es bedeutet gleichzeitig, dass sie aufgrund der verschiedenen gesetzlichen Vorgaben und Regelungen unterschiedlich behandelt werden.

Es ist auch nicht verständlich, weshalb z. B. im Rahmen der Beförderungen der Polizeivollzugsdienst mit 10% und der Verwaltungsdienst im Polizeibereich nur mit 5% profitieren konnten. Vor allem in den Arbeitszeitregelungen für Verwaltungsbeamtinnen und -beamte bestehen erhebliche Nachteile gegenüber den Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten. Dieses ist dem Personal nicht vermittelbar. Beispielsweise wird den Verwaltungsbeamtinnen und -beamten im Polizeidienst im Rahmen von regelmäßig stattfindenden



Gewerkschaft der Polizei

den Einsatzlagen auferlegt, zusätzliche Dienste, unter anderem am Wochenende und zur Nachtzeit, zu versehen, welche erheblich abweichen von den Tätigkeiten anderer Verwaltungsbeamtinnen und -beamten außerhalb des Polizeibereiches. Dass aufgrund der Dienstzeitregelungen größere Umsetzungsprobleme im Hinblick auf die Dienstzeit außerhalb der Regelarbeitszeit bestehen, wird bisher als Problem des Polizeibereiches ausgelegt, sollte aber hier klar geregelt werden.

Aus diesem Grund und den besonderen Voraussetzungen ist es unseres Erachtens sinnvoll, eine Gleichstellung im Bereich der Polizei/Justiz herzustellen, damit vor allem die besonderen Anforderungen im Polizeidienst auch bei den Verwaltungsbeamtinnen und -beamten honoriert werden können.

Die GdP bittet deshalb um Prüfung, die Fachrichtung einzuführen. Wichtige unterschiedliche Regelungen und Festlegungen zwischen Verwaltungsbereich und Vollzug könnten in einer Rechtsverordnung gemäß § 100 realisiert werden kann.

Nummer 10 Buchstabe b:

Die Änderung im §35 Buchstabe b) wird abgelehnt.

Eine Sprungbeförderung ist nicht als redaktioneller Fehler als Ausnahme im Landespersonalausschuss gestrichen wurden. Der Landespersonalausschuss hatte vor Bildung der aktuellen Landesregierung eine Abschaffung empfohlen, was nicht als redaktioneller Fehler angesehen werden kann. Vielmehr sorgt eine Wiedereinführung dieser Möglichkeit für Unmut und ermöglicht eine Art Willkürlichkeit der Anträge, da gerade damit nicht die Spitzenbeamten im mittleren und gehobenen Dienst bedacht werden. Eine Durchführung dieser Sprungbeförderung führte lediglich zu Unfrieden in den Dienststellen und klares Unverständnis. Aus diesem Grund ist die Sprungbeförderung wieder zu streichen.

Mit freundlichen Grüßen

Stellv. Landesvorsitzender

Stellungnahme der
**AOK PLUS – Die Gesundheitskasse
für Sachsen und Thüringen.**

zum

**Anhörungsverfahren
Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem
Bereich des Dienstrechts**

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Die AOK PLUS begrüßt die Initiative Thüringens, Landesbeamten in Zukunft eine echte Wahlfreiheit zwischen der gesetzlichen (GKV) und der privaten Krankenversicherung (PKV) zu ermöglichen.

Diese Option ergibt sich durch eine Änderung von § 72, Absatz 6 des Thüringer Beamtengesetzes. Mit der Gewährung einer neu eingeführten pauschalen Beihilfe – in Höhe von 50 Prozent des nachgewiesenen Krankenversicherungsbeitrags – ist es neuverbeamteten Personen in Zukunft möglich, sich frei von ökonomischen oder gesundheitlichen Gründen für die aus ihrer Sicht passende Form der Gesundheitsabsicherung zu entscheiden. Die pauschale Beihilfe kann demnach auf Antrag, sowohl für die freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung (Hälfte des nachgewiesenen Krankenversicherungsbeitrages), als auch für eine private Vollversicherung (Hälftiger Beitrag des Basisstarifes) gewährt werden und ersetzt dann die individuelle Beihilfe.

Soziale Gerechtigkeit

Die neue Form der Beihilfegewährung beruht auf einer freiwilligen und unwiderruflichen Entscheidung der beihilfeberechtigten Person zur Gewährung einer pauschalen, anstatt einer individuellen Beihilfe. Besonders für Beamtinnen und Beamte, die aus Gesundheitsgründen oder aufgrund der familiären Situation bisher keinen Zugang oder einen Kostennachteil in der privaten Krankenversicherung erfahren haben, wird damit Fairness beim Beitritt zur Solidargemeinschaft der GKV hergestellt. Insofern ist die Einführung einer pauschalen Beihilfe auch ein großer Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Es ist im Jahr 2019 nicht mehr vermittelbar, warum einige Beamtinnen und Beamte – oft ohne eigenes Zutun – von der „Rosinenpickerei“ der privaten Krankenversicherung profitieren können, während andere mit ihren gesundheitlichen Risiken oder finanziellen Mehrbelastungen in der gesetzlichen Krankenversicherung allein gelassen werden. Eine alleinige Absicherung von Beamtinnen und Beamten durch das System der individuellen Beihilfe und privaten Krankenversicherung ist schlicht nicht mehr nötig. Wir möchten zudem ausdrücklich die Begründung des Hamburger Senats zur dortigen gesetzlichen Änderung heranziehen und den Beitrag des Gesetzes zur Inklusion hervorheben, indem Risikozuschläge für Menschen mit Behinderung entfallen.

Wie in der Begründung zum Gesetzesvorhaben beschrieben, ist davon auszugehen, dass Beamtinnen und Beamte auch in der gesetzlichen Krankenversicherung vor den finanziellen Folgen von Krankheit abgesichert sind. Wie zudem höchstrichterlich festgestellt wurde (BVerwG, Urteil vom 15. Dezember 2005 - 2C 35/04), sind die Systeme der GKV und PKV, inklusive Beihilfe, gleichwertig in ihrem Leistungsspektrum. Somit kommt der Dienstherr seiner Fürsorgepflicht auch mit der Beihilfe zur gesetzlichen Krankenversicherung nach. Die GKV hat viele Vorteile gegenüber der PKV, die nun auch den neuen Beamtinnen und Beamten zur Verfügung stehen:

- kostenfreie Familienversicherung
- keine Aufschläge für chronisch Kranke
- keine Vorleistungen im Krankheitsfall
- sowie ein bestehender Leistungsumfang in Bereichen wie Kur, Psychotherapie oder Logopädie

Von den aktuell ca. 1.000 freiwillig krankenversicherten Thüringer Beamtinnen und Beamten ist bereits ein großer Teil bei der AOK PLUS versichert. Auch diese Personengruppe erhält mit Inkrafttreten des Gesetzes Anspruch auf Gewährung einer pauschalen Beihilfe. Ebenfalls möchten wir zu bedenken geben, dass aufgrund der bisherigen Rahmenbedingungen neuverbeamtete Personen und ihre Angehörigen bisher faktisch in die private Krankenversicherung gezwungen wurden und die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenversicherung verlassen mussten. Dass diese Regelung – die für einige Neu-Beamte Nachteile mit sich brachte – nun in Thüringen abgeschafft wird, ist ein gutes Signal auch in Richtung Fachkräftebindung. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sollten so viele gesetzliche Hürden wie möglich aus dem Weg geräumt werden.

Finanzielle Nachhaltigkeit

Auch wenn die Kosten für die Gewährung der pauschalen Beihilfe die Kosten der individuellen Beihilfe zunächst übersteigen, ist davon auszugehen, dass sich der Aufwand für das Land Thüringen spätestens in der Ruhestandsphase der Beamten amortisiert. Denn für Empfängerinnen und Empfänger der hergebrachten Beihilfe müssen erhebliche Rückstellungen für die Zukunft gebildet werden, die erst langfristig wirksam werden. Insofern ist das Gesetzesvorhaben ein wichtiger Beitrag zum Thema Generationengerechtigkeit: Mittel- und langfristig werden Thüringen und seine Beamtinnen und Beamten auch von der besseren Kostenstabilität und dem niedrigeren Verwaltungsaufwand der GKV profitieren. Nicht zuletzt minimieren sich die Verwaltungsausgaben für die Prüfung der individuellen Beihilfe.

Aus den vorgenannten Gründen begrüßen wir außerordentlich, dass mit Thüringen ein weiteres Bundesland dem Vorstoß Hamburgs folgt. Dort haben sich seit der Gesetzesänderung zum 1. August 2018 ca. 1.000 Beamte für das dortige Modell der pauschalen Beihilfe entschieden. Mit den Stadtstaaten Bremen und Berlin sowie Brandenburg prüfen derzeit weitere Länder entsprechende Änderungen der Beihilfegewährung. Unserer Ansicht nach sorgt die vorgesehene Regelung mit echter Wahlfreiheit letztlich für eine Stärkung der Arbeitgeberattraktivität Thüringens, insbesondere im Vergleich zu den umliegenden Bundesländern, wo keine dahingehenden gesetzgeberischen Aktivitäten wahrnehmbar sind. Als weitergehenden Schritt würden wir es begrüßen, wenn sich der Freistaat Thüringen auf Bundesebene dafür ausspricht, Regelungen für den Wechsel zwischen Bundesländern zu schaffen, um einen Wegfall der pauschalen Beihilfe zu verhindern, sowie mittelfristig auf die Einführung einer pauschalen Beihilfe für alle Beamtinnen und Beamten hinzuwirken.

THUR. LANDTAG POST
21.06.2019 07:58

1414912019



Verband der Ersatzkassen e. V. • Postfach 90 04 16 • 99107 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Herrn Ministerialrat Stöffler
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesvertretung
Thüringen

Leiter

Lucas-Cranach-Platz 2
99099 Erfurt
Tel.: 03 61 / 4 42 52 – 0
Fax: 03 61 / 4 42 52 – 28
www.vdek.com

Ansprechpartner:

find

19. Juni 2019

Stellungnahme der vdek-Landesvertretung Thüringen im Rahmen der schriftlichen Anhörung zum „Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts – Gesetzentwurf der Landesregierung“. (Drucksache 6/6961)

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Stöffler,
sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete,

vielen Dank für die Möglichkeit der schriftlichen Stellungnahme bezüglich der Drucksache 6/6961 zum

„Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts – Gesetzentwurf der Landesregierung“.

Wir beziehen uns aus fachlichen Gründen in der Stellungnahme ausschließlich auf jene Gesetzespassagen, die sich der Regelungen zur sogenannten pauschalen Beihilfe widmen. Der vdek begrüßt die Zielsetzung des Gesetzentwurfs ausdrücklich.

Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) mit ihrem solidarischen Ansatz und ihrer verlässlichen Finanzierung ist ein Erfolgsmodell. Die Zahl der Versicherten ist seit 2012 bundesweit um rund 2,5 Millionen gestiegen, während die Gesamtbevölkerung im gleichen Zeitraum nur um 2,3 Millionen angewachsen ist. Eine Solidargemeinschaft wird umso stärker, je mehr Mitglieder sie tragen. Die GKV ist attraktiv – bislang aber nicht für Beamtinnen und Beamte, die bei einer freiwilligen GKV-Mitgliedschaft für Krankenkassenbeitrag allein aufkommen müssen, während bei anderen Berufsgruppen der Beitrag zur Hälfte vom Arbeitgeber getragen wird. Insofern

würde die angestrebte Gesetzesänderung den Beamtinnen und Beamten eine echte Wahlfreiheit zwischen den unterschiedlichen Versicherungssystemen geben.

Wenn die finanzielle Benachteiligung für freiwillig gesetzlich krankenversicherte Beamtinnen und Beamte wegfällt, orientiert sich die Entscheidung für eine private oder gesetzliche Krankenversicherung an deren Leistungen und Service. Und da muss sich die GKV nicht verstecken.

In der GKV gibt es einen einheitlichen Beitragssatz für alle Mitglieder – es gibt keine Risikoaufschläge für chronisch Kranke oder für Menschen mit Behinderungen und es gibt die beitragsfreie Mitversicherung von nicht berufstätigen Familienangehörigen. Außerdem gehören Psychotherapie, Präventions- und Rehabilitationsleistungen zum regulären Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung. Auch das Sachleistungsprinzip ist ein Vorteil der GKV, weil die gesetzlich Versicherten nicht finanziell in Vorleistung treten müssen und sich das Geld nicht danach von zwei Stellen – der Privaten Versicherung und der Beihilfe – zurückholen müssen, was gerade in Thüringen zurzeit bekanntermaßen recht lange dauert.

Die Private Krankenversicherung übernimmt für ihren Kunden zum Teil auch die Kosten für Leistungen oder Innovationen, die es in der Gesetzlichen Krankenversicherung nicht gibt. Das stimmt – aber nicht alles, was es auf dem Medizinmarkt gibt, ist auch nützlich und sicher. Es mag in der GKV länger dauern, bis Innovationen geprüft und als Regelleistung übernommen werden, aber dann können sich die Versicherten bezüglich Nutzen und Sicherheit auch darauf verlassen.

Wir erwarten, dass sich bei einer entsprechend geänderten Gesetzeslage zahlreiche Beamte für die Gesetzliche Krankenversicherung entscheiden werden. Sie sind uns herzlich Willkommen, denn – wie oben schon beschrieben – wird die Solidargemeinschaft der GKV mit jedem Mitglied stärker.

Etwas Kritisches möchten wir aber auch noch anmerken. Erstens ist hier nach unserer Auffassung neben der Änderung des Landesbeamtengesetzes auch eine Änderung des SGB V notwendig. Das ist im vorliegenden Gesetzentwurf nicht berücksichtigt. Und für eine solche Änderung ist der Bundesgesetzgeber zuständig. Zweitens würden Alleingänge einzelner Bundesländer zu einem Flickenteppich führen und einen späteren Wechsel von Beamtinnen und Beamten in den Dienst eines anderen Bundeslandes, das keine entsprechende Regelung hat, erschweren oder unmöglich machen. Das würde ihre Wahlmöglichkeit auf einem anderen Gebiet wieder einschränken. Auch das spricht aus unserer Sicht für eine bundesweit einheitliche Lösung.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen sehr gern zur Verfügung.

mit freundlichen Grüßen

Leiter der
Landesvertretung Thüringen

- Versand ausschließlich per Mail -

Stellungnahme DGB zur Anhörung des InnKA zum „Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften im Bereich des Dienstrechtes“, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 6/6961

19. Juni 2019

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der DGB-Bezirk Hessen-Thüringen bedankt sich für die Gelegenheit, zum Entwurf des Dienstrechtsanpassungsgesetzes Stellung zu nehmen.

Öffentlicher Dienst/
Beamtinnen- und Beamtenpolitik

@dgb.de

Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Regelungen werden durch uns insgesamt begrüßt. Hervorheben möchte ich die beabsichtigte Einführung der pauschalen Beihilfe als alternative Form der Beihilfegewährung sowie die Einfüllungsübernahme. Beide Regelungen sind aus unserer Sicht sehr wünschenswert und auch in der Formulierung gelungen. Wir haben jedoch im Detail Ergänzungsvorschläge.

Telefon: 0361/
Telefax: 0361/

Im Folgenden beschränke ich mich auf diese Kernpunkte aus Sicht der DGB-Gewerkschaften. Darüber hinaus verweise ich auch auf die Stellungnahme, die der DGB Hessen-Thüringen im Rahmen der Beteiligung nach Thüringer Beamtengesetz gegenüber dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales abgegeben hat und die dem Gesetzentwurf anhängt.

Schillerstraße 44
99096 Erfurt

hessen-thueringen.dgb.de

1.) Zu Artikel 1

a) Pauschale Beihilfe, Änderung § 72 ThürBG

Die Einführung der pauschalen Beihilfe (auch „Hamburger Modell“) begrüßen wir als die Etablierung einer echten Wahlmöglichkeit zwischen einer Mitgliedschaft in der Gesetzlichen Krankenversicherung und einer Mitgliedschaft in der Privaten Krankenversicherung sehr. Mit einer GKV-Mitgliedschaft können einzelne Beamtinnen und Beamten finanziell deutlich entlastet werden. Zudem werden Bedienstete, die sich für das Solidarsystem GKV entscheiden wollen, künftig nicht mehr durch höhere Kosten „bestraft“.

Wir sehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken, wenn der Landesgesetzgeber von seiner Gesetzgebungskompetenz in Folge der Föderalismusreform von 2006 Gebrauch macht. Eine Verletzung des Fürsorgeprinzips ist ebenfalls nicht ersichtlich, wenn den Beamtinnen und Beamten eine freiwillige Wahlmöglichkeit zwischen zwei ähnlich leistungsfähigen Versicherungssystemen eröffnet wird.

Da die Entscheidung für eine Beihilfeform einmalig und unwiderruflich zu erfolgen hat, begrüßen wir die auf unsere Anregung in der Begründung zu § 72 Abs. 5 (neu) benannte Verpflichtung zur „Belehrung über die Rechtsfolgen. Wir regen aber darüber hinaus als Ausfluss des Fürsorgeprinzips an, den letzten Satz neu zu fassen:

„Die oberste Dienstbehörde, im Bereich des Landes das für das Beihilferecht zuständige Ministerium, regelt durch Verwaltungsvorschrift das Verfahren zur Antragsstellung, *Beratung und Belehrung über die Rechtsfolgen*, Festsetzung und Zahlung der pauschalen Beihilfe.“

Es handelt sich bei der Einführung der pauschalen Beihilfe keineswegs um einen Thüringer Sonderweg. Neben der Hansestadt Hamburg haben zwischenzeitlich auch die Hansestadt Bremen und das Land Brandenburg die Einführung beschlossen. Der Berliner Senat hat Eckpunkte zur Einführung einer pauschalen Beihilfe vorgelegt, die Landesregierung von Mecklenburg Vorpommern hat sich positiv dazu geäußert. Aus Sicht des DGB Hessen-Thüringen ist die pauschale Beihilfe als echte Wahlmöglichkeit eine unterschätzenswerte Modernisierung des Beihilferechts.

b) Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen, § 74 a (neu) ThürBG

Die Einführung der Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen aufgrund rechtswidriger tätlicher Angriffe gegen Beamtinnen und Beamte wird durch uns ausdrücklich begrüßt. Bedauerlich ist, dass die Regelung so lange auf sich warten ließ, zeigt doch der Blick in andere Bundesländer und auch zum Bund, dass Thüringen mittlerweile das letzte Bundesland ohne Erfüllungsübernahme ist.

Wir betrachten die Regelung selbst jedoch als sehr bedienstetenfreundlich ausgestaltet und gelungen. Dies ist vor allem am Verzicht auf einen Mindestbetrag und an der Begrenzung auf einen nachzuweisenden erfolglosen Vollstreckungsversuch als Anspruchsvoraussetzung festzumachen.

Wir bedauern aber sehr, dass unsere Forderung nach einer Ausweitung der Erfüllungsübernahme auf Ansprüche wegen verbaler Angriffe und auf Schadensersatz nicht aufgegriffen wurde. Beleidigung und Bedrohung führen zu einer erheblichen psychischen Belastung der Bediensteten und können ebenso massive Folgen für die betroffenen Beamtinnen und Beamten haben wie tätliche Angriffe. Zudem fühlen sich Schädiger oft auch bei rechtskräftigen Verurteilungen wegen verbaler Angriffe nicht beschwert, wenn die gerichtlich festgestellten Ansprüche gegen sie nicht vollstreckt werden können. Auch aufgrund der im Gesetzentwurf benannten „Genugtuungsfunktion“ sollten die betroffenen Bediensteten auch bei nicht tätlichen Angriffen im Zusammenhang mit der Dienstausübung bzw. ihrer Beamteneigenschaft durch den Dienstherrn Schutz und Fürsorge erfahren. Wir bitten um die weitere Diskussion des Themas und regen einen gesonderten Gesetzentwurf zu einem späteren Zeitpunkt an.

2. Weitere Regelungen im Gesetzentwurf

Gegen die beabsichtigten Änderungen durch die Artikel 2,3,4 und 5 bestehen aus Sicht der DGB-Gewerkschaften keine grundsätzlichen Bedenken. Es bleibt aber anzumerken, dass auch die im Detail sinnvollen Maßnahmen voraussichtlich nicht ausreichen werden,

um langfristig genügend qualifiziertes Personal für den öffentlichen Dienst zu gewinnen und zu binden. Der DGB bleibt bei der Forderung nach einer umfassenden Aufwertung des öffentlichen Dienstes. Neben der Beendigung des Personalabbaupfades kann dies durch attraktivere Arbeitsbedingungen, wie z.B. die Verringerung der Arbeitsdichte durch eine angemessene Stellenausstattung, die Absenkung der Wochenarbeitszeit, die Ruhegehaltfähigkeit von Zulagen, die Besserstellung der unteren Besoldungsgruppen, die Wiedereinführung des 13. Monatsgehaltes, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie durch die Förderung von Vielfalt geschehen.

Ich bitte um die Beachtung unserer Anregungen und stehe Ihnen für Rückfragen natürlich gern zur Verfügung.

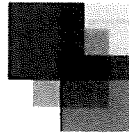
Mit freundlichen Grüßen

Den Mitgliedern des

InnKA

THÜR. LANDTAG POST
21.06.2019 13:35

14233119



tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

Landesvorsitzender

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
6/3128

zu Drs. 6/6961

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361

Telefax: 0361

E-Mail: @dbbth.de

www.thueringer-beamtenbund.de

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

A 6.1

Drs. 6/6961

Ihre Nachricht vom

06. Mai 2019

Datum

20. Juni 2019

Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts

hier: schriftliches Anhörungsverfahren gemäß § 79 GO des Thüringer Landtags

Sehr geehrter Herr Ministerialrat

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen (tbb) bedankt sich für die Möglichkeit zum schriftlichen Anhörungsverfahren zu o.g. Gesetz.

1. Allgemeines:

Der vorliegende Gesetzesentwurf hat sowohl positive als auch negative Elemente. Positiv hervorzuheben ist, dass der Freistaat Thüringen als Dienstherr seiner Fürsorgepflicht dahingehend nachkommen möchte, dass er titulierte, aber nicht vollstreckte Schmerzensgeldansprüche der thüringischen Beamtinnen und Beamten übernehmen will. Ferner ist begrüßenswert, dass die Zugangsvoraussetzung zu den Laufbahnen des höheren Dienstes entsprechend den Laufbahngruppen des mittleren und gehobenen Dienstes erweitert wird. Hierdurch wird ermöglicht, auch in den Laufbahnen des höheren Dienstes Studiengänge bzw. Mindestanforderungen festzulegen, die einen unmittelbaren Zugang zum höheren Dienst eröffnen. Der tbb möchte jedoch jetzt schon darauf hinweisen, dass aus seiner Sicht nur in Ausnahmefällen ein Verzicht auf den Vorbereitungsdienst sinnvoll ist.

Die von der Landesregierung vorgesehene zusätzliche Form der Beihilfegewährung in Anlehnung an das sogenannte „Hamburger Modell“ wird vom tbb **abgelehnt**: Die Einführung der „pauschalen Beihilfe“ nach dem „Hamburger Modell“ wird damit begründet, Beamten eine Wahlfreiheit ihrer Krankenversicherung einzuräumen. **Beamte haben indes, anders als Millionen in der GKV versicherungspflichtige Angestellte, schon heute die Wahlfreiheit zwischen GKV und PKV. Der vorliegende Gesetzentwurf, welcher sich hauptsächlich am „Hamburger Modell“ orientiert, will mit dem Zuschuss die Ausübung dieses Wahlrechts in Richtung GKV befördern, es schafft damit aber nicht mehr Wahlfreiheit, sondern beschränkt sie.** Denn die Beamten können eine einmal getroffene Wahl – anders als heute – nicht mehr revidieren, da ihre Entscheidung „unwiderruflich“ ist. In der heutigen Praxis haben Beamte zum Beispiel die Möglichkeit, sich nach zehn oder mehr Jahren in der GKV doch noch für die Beihilfe mit ergänzender PKV zu entscheiden.

Zu Artikel 1

Änderung des Thüringer Beamtengesetzes

Nr. 3 (§ 13 a Auflösung oder Umbildung von Behörden):

Nach Auffassung des dbb/tbb ist die hier vorgesehene Regelung verfassungsrechtlich nicht zulässig. Nach Artikel 74 Abs. 1 Nr. 27 GG hat der Bund die Gesetzgebungskompetenz für die Statusrechte und – pflichten der Beamten der Länder, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechtes sowie der Richter in den Ländern mit Ausnahme der Laufbahn, Besoldung, Versorgung. Der Bund hat seine Kompetenz mit dem Beamtenstatusgesetz zwar nicht umfassend ausgeschöpft, sodass die Länder in einigen Bereichen eigene Regelungen treffen können. Jedoch bezüglich der Umbildung von Behörden und Körperschaften hat der Bund gemäß den §§ 16 bis 19 BeamStG seine Gesetzgebungskompetenz umfassend ausgeschöpft, sodass der Freistaat Thüringen keine eigenen Regelungen treffen kann.

Daher fordert der tbb § 13 a des Entwurfes ersatzlos zu streichen.

Zu Nr. 5 § 59 Abs. 2

Zu b) „Telearbeit“

Der tbb hält es nach wie vor für erforderlich, eine landeseinheitliche Regelung für Telearbeit zu schaffen, die in den einzelnen Bereichen durch Ausführungsrichtlinien in Form von Dienstvereinbarungen ergänzt werden. Es sollte klar sein, dass es generell gewollt ist, Telearbeit anzubieten. Daher sollte das Wort „können“ durch „sollen“ ersetzt werden.

Nach wie vor gibt es nicht in allen Bereichen Regelungen zur Telearbeit. Soweit vorhanden, sind diese in Form von Dienstvereinbarungen geregelt. Der tbb gibt zu bedenken, dass Telearbeit gerade bei Umstrukturierungen der Landesverwaltung für manche Beschäftigte (Pflegende, Schwerbehinderte etc.) einen guten Belastungsausgleich zu längeren Fahrtstrecken bieten könnte. Bei Wegfall einer Dienststelle würden jedoch die Regelungen zur Telearbeit nicht mehr gelten. Daher wäre es zweckmäßig, einen landeseinheitlichen Rahmen vorzugeben, der „vor Ort“ die Voraussetzungen der Machbarkeit und den weiteren Personenkreis näher definiert.

Zu Nr. 6

Zu c) § 72 Abs. 4

Der tbb versteht und befürwortet den Regelungsinhalt dieser Ergänzung. Wir kritisieren jedoch die Einführung neuer unbestimmter Rechtsbegriffe, hier „strengster Maßstab“ und bitten um Neuformulierung (z.B. Einzelfallbetrachtung) oder Definition. Der Verweis auf Absatz 7 bedarf der Überprüfung, da in Absatz 7 keine Ermächtigungsgrundlage für Rechtsverordnungen geregelt ist.

Zu d) § 72 Abs. 6 („Beitragszuschuss für GKV-Versicherte Beamte“ / Pauschale Beihilfegewährung)

Der tbb hält seine Kritik an der Einführung einer pauschalen Beihilfe aufrecht.

Um eine tatsächliche Wahlmöglichkeit – die wie bereits gesagt heute schon besteht – für Beamte zu erhalten, müsste auch ein Wechsel der Systeme möglich sein, denn bislang ist im



Gesetzentwurf vorgesehen, dass die Beamten eine einmal getroffene Wahl – anders als heute – nicht mehr revidieren können, da ihre Entscheidung „unwiderruflich“ ist.

Als Begründung für die „pauschale Beihilfe“ werden häufig die Beamten mit Kindern, chronischen Erkrankungen und mit Behinderungen genannt. Auch mit Blick auf diese Personengruppen gibt es keinen Handlungsbedarf. Im Rahmen der Öffnungsaktionen der PKV wird bereits heute jeder Beamte unabhängig von seinen Vorerkrankungen und seinem Gesundheitszustand in die PKV aufgenommen.

Daneben wird es für die Entscheidung, Fachkraft im Thüringer öffentlichen Dienst zu werden, ein weiterer Standortnachteil sein: Auf absehbare Zeit dürfte eine „pauschale Beihilfe“ in nur wenigen Bundesländern Deutschlands eingeführt werden. Selbst wenn Thüringen der Einführung der „pauschalen Beihilfe“ zustimmen würde, so haben Beamte, die sich für den Arbeitgeberzuschuss entschieden haben und in ein anderes Bundesland ohne „pauschale Beihilfe“ wechseln wollen, ein Folgeproblem: Sie finden keinen neuen Dienstherrn, der einen Arbeitgeberzuschuss zur GKV anbietet. Wechselnde Beamte müssten dann, wie heute schon, den gesamten GKV-Beitrag selbst zahlen. Sie werden wieder in die klassische Kombination aus Beihilfe und PKV-Restkostenabsicherung zurückkehren wollen. Da sie mit diesem späten Einstieg in die PKV aber den Aufbau der Alterungsrückstellungen nachholen müssten, wird der PKV-Beitrag entsprechend hoch sein. Das „Hamburger Modell“ hätte somit für die wechselnden Beamten den Preis einer dauerhaft höheren Versicherungsprämie.

Zu Nr. 8 § 74 a Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen

Dem Grunde nach begrüßt der tbb diese Regelungen. Bedauerlich ist aber, dass nur die Schmerzensgeldansprüche erfüllt werden, die aufgrund eines tätlichen rechtswidrigen Angriffes erfolgen. Damit ist leider der große Bereich der Beleidigungen von Beamtinnen und Beamten und daraus folgenden Schmerzensgeldansprüchen von dieser Norm ausgenommen. Ferner ist zu kritisieren, dass die Zahlung des Dienstherrn den Betrag, der mit Rücksicht auf die erlittenen immateriellen Schäden angemessen ist, nicht übersteigen darf. Nach Auffassung des dbb ist es Aufgabe des Gerichtes festzustellen, wie hoch der Schmerzensgeldanspruch ist. Hier eine zusätzliche behördliche Prüfung durch den Dienstherrn einzuführen, ist aus Sicht des tbb nicht sinnvoll.

Ferner kann der tbb nicht verstehen, warum die Übernahme der Erfüllung vom Dienstherrn verweigert werden soll, wenn aufgrund desselben Sachverhalts eine einmalige Unfallentschädigung nach § 36 ThürBeamstVG oder ein Unfallausgleich nach § 31 ThürBeamstVG gezahlt wurde.

Artikel 2

Änderung Thüringer Laufbahngesetz

Zu Nr. 4

b) § 9 Abs. 2

Der tbb spricht sich gegen eine Erweiterung um Nr. 12 informationstechnischer Dienst aus. Mit der Schaffung eines Thüringer Laufbahngesetzes im Rahmen der Dienstrechtsreform 2014 wurden die Laufbahnen zusammengefasst. In der Gesetzesbegründung dazu heißt es: „Mit der Bündelung der Laufbahnen in elf übergeordneten Fachrichtungen wird das Laufbahnsystem transparenter und einfacher. Der Personaleinsatz wird zudem flexibilisiert und vereinfacht, da sich ein Laufbahnwechsel auf einen Wechsel zwischen den hier aufgeführten Fachrichtungen reduziert. Dadurch verringert sich auch der Aufwand für die Anerkennung

von Laufbahnbefähigungen. Mit der Auswahl der Fachrichtungen werden alle bestehenden Laufbahnen unter Berücksichtigung der jeweiligen Fachrichtungsverwandtschaft und den in den Ausbildungsgängen vermittelten Kernkompetenzen diesen Fachrichtungen sachgerecht zugeordnet. Sie bieten eine hinreichende Basis für die Ämter der jeweiligen Fachrichtung.“

Wir fordern daher den Gesetzgeber auf, sauber zu arbeiten und sich für ein System zu entscheiden. Entweder werden alle Laufbahnen konsequent gebündelt oder es wird wieder die Möglichkeit von einzelnen Laufbahnen geschaffen.

Eine alleinige Auskopplung der Laufbahn des informationstechnischen Dienstes ist nicht erforderlich und nicht systemgerecht. In nahezu allen zusammengefassten Laufbahnen steigen die Anforderungen. In all diesen Bereichen haben und werden wir Fachkräftemangel erleben. Diese Begründung allein reicht für eine separate Behandlung dieser Gruppe nicht aus.

Auf die Konsequenzen einer Zusammenfassung von Laufbahnen haben wir bereits mehrfach in unseren Stellungnahmen hingewiesen. Der tbb fordert daher eine konsequente Handhabung durch generelles Koppeln oder Entkoppeln.

Zu Nr. 5

Die Zugangsvoraussetzungen zu den Laufbahnen des höheren Dienstes werden vom tbb begrüßt. Ein mit einer Prüfung abgeschlossener Vorbereitungsdienst sollte der Regelfall für den Zugang zu den Laufbahnen des höheren Dienstes des Freistaat Thüringen sein.

Zu Nr. 6 § 15 Abs. 3

Diese Regelung wird vom tbb kritisiert. Es ist nicht erklärbar, warum der Vorbereitungsdienst auch in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis außerhalb des Beamtenverhältnisses geleistet werden kann, wenn sich daran eine Verbeamtung auf Lebenszeit anschließen soll.

Der tbb spricht sich daher für die Beibehaltung der bisherigen Regelung aus. Die Referendare im Vorbereitungsdienst waren bislang Beamte auf Zeit und unterlagen den beamtenrechtlichen Bestimmungen.

Eine Ausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis unterliegt weder den beamtenrechtlichen Bestimmungen, noch den tariflichen Vorgaben des TV-L. Geplant ist jedoch eine Anstellung als Tarifbeschäftigter im Bereich des TV-L (nach derzeitigen Angaben nach E 13). Parallel zu diesem Anstellungsverhältnis sollen die betroffenen Personen weitergebildet werden. Dies entspricht jedoch nicht der bisherigen Definition „öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis“ und es entspricht generell auch nicht der Auffassung einer Ausbildung. Diese Kolleginnen und Kollegen sollen sich vom ersten Tag an in einer Beschäftigung, die nach Eingruppierungsregeln des TV-L einer E 13 entspricht, eingruppiert werden. Damit kann der Ausbildungsanteil nicht den für eine Ausbildung notwendigen erheblichen Anteil zum Qualifikationserwerb umfassen.

Die Ergänzung im „öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis“ ist zu streichen.

Artikel 4

Änderung Thüringer Beamtenversorgungsgesetz

Altersgeld

Der tbb setzt sich für die Einführung einer Thüringer Regelung zum Altersgeld für ausscheidende Beamte ein. In Thüringen ist es derzeit so, dass ein freiwilliger oder aus strukturellen Gründen ‚notgedrungener‘ Aussteiger aus dem Beamtenverhältnis so behandelt wird, als hätte er die höchste Disziplinarstrafe die das Beamtenrecht kennt, erhalten. Das Beamtenverhältnis endet, dem Beamten werden sämtliche Versorgungsansprüche gestrichen und er wird nur in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert. Im Ergebnis hat er dann ein substantiell gemindertes Alterseinkommen.

Der Bund, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben hier bereits Regelungen zum Altersgeld geschaffen. Seit 2016 gibt es zudem ein Urteil des EuGH (Urteil des EuGH vom 13. Juli 2016 in der Rechtssache C-187/15). Dieses führte aus: „(Rn. 27) Wie der Generalanwalt in den Nrn. 41 bis 43 seiner Schlussanträge ausgeführt hat, steht fest, dass eine Regelung wie die im Ausgangsverfahren in Rede stehende, nach der ein Beamter des Landes Nordrhein-Westfalen, wenn er vor dem Eintritt in den Ruhestand aus dem Dienst ausscheidet, um eine Beschäftigung im Privatsektor in der Bundesrepublik Deutschland oder eine Beschäftigung in einem anderen Mitgliedstaat auszuüben, auf seinen Beamtenstatus verzichten muss, für diesen unabhängig von der Dauer seiner Beschäftigung als Beamter zum einen den Verlust der Ruhegehaltsansprüche aus der Beamtenversorgung und zum anderen die Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung bedeutet, wobei die daraus folgenden Altersrentenansprüche erheblich niedriger als die verlorenen Ansprüche sind. (Rn. 28) Eine solche Regelung stellt eine Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit dar, da sie, auch wenn sie auch für Beamte des Landes Nordrhein-Westfalen gilt, die aus dem Dienst ausscheiden, um in ihrem Herkunftsmitgliedstaat im Privatsektor zu arbeiten, geeignet ist, diese Beamten zu hindern oder davon abzuhalten, ihren Herkunftsmitgliedstaat zu verlassen, um eine Stelle in einem anderen Mitgliedstaat anzunehmen. Diese Regelung beeinflusst somit unmittelbar den Zugang der Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen zum Arbeitsmarkt in anderen Mitgliedstaaten als der Bundesrepublik Deutschland und ist daher geeignet, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer zu behindern (vgl. in diesem Sinne Urteile vom 15. Dezember 1995, Bosman, C-415/93, EU:C:1995:463, Rn. 98 bis 100 und 103, sowie vom 21. Januar 2016, Kommission/Zypern, C-515/14, EU:C:2016:30, Rn. 47).“

Dem tbb geht es mit dieser Forderung darum, eine ungerechtfertigte Benachteiligung aus der Welt zu schaffen und damit **den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber attraktiv** zu halten - nur, wer seinen Leistungsträgern neben guten Einkommens- und Arbeitsbedingungen sichere Perspektiven bietet- auch in Sachen Mobilität, wird im Kampf um die besten Köpfe bestehen können

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)